

Wirtschaftsförderung als Demokratieförderung?

Zur Förderung marokkanischer Unternehmerverbände
im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft und deren Einfluß
auf Demokratisierung in Marokko

Diplomarbeit
Fakultät für Soziologie
UNIVERSITÄT BIELEFELD
Wintersemester 2004/05

Verfasser:

Daniel Spalthoff

Siekerwall 15

33602 Bielefeld

dspalthoff@gmx.de

GutachterInnen:

Dr. Stephan Stetter

Prof. Dr. Gudrun Lachenmann

Bielefeld, den 31. März 2005

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
2.	Demokratie- und Wirtschaftsförderung.....	9
	2.1 Warum Demokratieförderung?.....	10
	a) Eigeninteresse.....	11
	b) Demokratie als Wert an sich.....	15
	2.2 Demokratie extern gefördert.....	18
	a) Chancen.....	18
	b) Ethische Aspekte.....	23
	2.3 Wirtschaftsförderung und Demokratie.....	25
	2.4 Zur Lage der Demokratie in arabischen Ländern.....	30
3.	Marokko und die EMP.....	35
	3.1 Zum politischen System Marokkos.....	36
	3.1.1 Monarchie.....	38
	3.1.2 Parlament.....	40
	3.1.3 Makhzen.....	44
	3.1.4 Zivilgesellschaft.....	46
	3.2 Einordnung Marokkos anhand der Polyarchie.....	51
	3.3 Die Rolle der Privatwirtschaft	57
	3.4 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft.....	63
	3.4.1 Aktuelle Dynamiken der Beziehungen der EU zum südlichen Mittelmeerraum.....	64
	3.4.2 Geschichte der Beziehungen.....	66
	3.4.3 Demokratieförderung im Rahmen der EMP.....	68
	3.4.4 Politischer Islam und die EMP.....	70
4.	Marokkanische Unternehmerverbände: Die Perspektive der Geber.....	77
	4.1 Methodologische Vorbemerkungen.....	77
	4.2 Empirische Ergebnisse.....	79
5.	Fallbeispiele: Unternehmerverbände.....	93
	AFEM.....	93
	FENELEC.....	97
	APRAM.....	102
	R&D.....	104
	FNCL.....	107
	CGEM.....	108
6.	Marokkanische Verbände zwischen Gemeinwohl und Makhzen.....	111
7.	Schlußteil.....	123
8.	Literaturverzeichnis.....	135

1. Einleitung

Hat die Förderung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Euro-Mediterranen Partnerschaft auch Demokratiefördernde Effekte? Das ist die diese Arbeit leitende Fragestellung.

Die Länder des südlichen Mittelmeers sind seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts vermehrt ins Blickfeld europäischer Entscheidungsträger gerückt.¹ Diese nahmen zunehmende Migration, Drogenproduktion, Armut und soziales Konfliktpotenzial sowie Terrorismus als von der Region ausgehenden Risiken wahr. Die EU betreibt daher eine Politik mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Region. Ausdruck dieser Politik ist der durch die Konferenz von Barcelona 1995 angestoßene Barcelona-Prozeß und der Euro-Mediterrane Partnerschaft mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Raumes des Wohlstands und der Stabilität. Es ist vorgesehen, daß die südlichen Partner bilaterale Freihandelsabkommen mit der EU abschließen. Später sollen diese Freihandelsabkommen in eine Euro-Mediterrane Freihandelszone übergehen. Vertragsstaaten waren die damaligen 15 EU-Mitglieder sowie 12 Nicht-Mitgliedsstaaten (Marokko, Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, die palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern). Malta und Zypern sind inzwischen selbst EU-Mitglieder geworden, für die Türkei wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen. Mit den Partnerländern soll im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) die Kooperation zwischen der EU und ihren südlichen Nachbarn vertieft werden, und zwar in den drei Bereichen (Körben) Sicherheit/Politik, Wirtschaft sowie Kultur/Soziales.²

Eine der mit der EMP verbundenen Problemlagen ist die autoritäre Herrschaftsstruktur nahezu aller südlichen Partnerländer.³ Abgesehen von Israel, das z.B. auf der renommierten Skala von Freedom House als demokratisch eingestuft wird, sind alle anderen Partnerländer als nur teilweise demokratisch oder sogar nicht demokratisch bewertet.⁴ Dies stellt die europäische Politik vor ein Problem; seit dem Vertrag von

¹ Vgl. Schumacher (1998)

² Vgl. Jünemann (2004)

³ Wie schon oben angemerkt sind Malta, die Türkei und Zypern hier nicht mehr gemeint.

⁴ Vgl. Freedom House (2003)

Maastricht ist Demokratie nämlich erklärtes Ziel europäischer Außenpolitik.⁵ Wie geht die EU mit diesem Problem des Demokratiedefizits in seiner südlichen Peripherie um?

Die EU konzentrierte sich in der EMP auf die Wirtschaftsförderung. Zwar gibt es innerhalb des MEDA-Programms⁶ ein Programm zur Förderung der Demokratie, und auch im dritten Korb sind Gelder für diesen Bereich vorgesehen. Jedoch ist der Bereich insgesamt bescheiden ausgestattet, wenn man ihn mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vergleicht. Oft wurden nur Good Governance-Projekte, die nur Teilbereiche der Demokratisierungsagenda betreffen, durchgeführt, um das Verhältnis zu den Regierungen der jeweils betroffenen Länder nicht zu gefährden.⁷ Die EU konzentriert sich in der Zusammenarbeit also weitestgehend auf den wirtschaftlichen Bereich, weil dies einerseits von den Partnerländern unterstützt wird, und es andererseits die potenziell destabilisierenden Effekte der Freihandelsabkommen abzufedern gilt. Außerdem – und das ist für die vorliegende Arbeit von besonderem Interesse – gibt es die Überlegung, daß auch Wirtschaftsförderung demokratisierend wirken kann.

Zwar stehen einfache Ursache-Wirkungs-Verhältnisse zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung nicht mehr zur Debatte; vielmehr handelt es sich dabei um ein kompliziertes, wechselseitiges Verhältnis.⁸ Die These eines Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung besagt, daß über den Umweg der Wirtschaftsförderung die Gesellschaft zunächst wirtschaftlich, damit letztendlich aber auch politisch modernisiert werden kann. Eine durch wirtschaftliche Prosperität größer und stärker werdende Mittelschicht wird als Voraussetzung für funktionierende Demokratien angebracht; sie würde zudem demokratische Veränderungen einfordern. Außerdem könnte ein gut organisiertes Unternehmertum auf Veränderungen hinwirken, die einerseits technische Regelungen betreffen, darüber hinaus aber den Weg für eine Mitsprache auch in eher grundsätzlichen, z.B. Bürgerrechte betreffenden Angelegenheiten, ebnen. Insbesondere im Falle Marokkos, mit einem traditionell autoritären Regime, in dem große Teile der Wirtschaft vom Staat bzw. vom Königshaus gesteuert werden, kann die Beteiligung

⁵ Vgl. Pippin (2002)

⁶ MEDA steht für *mesures d'accompagnement*; Begleitmaßnahmen. MEDA ist das finanzielle Instrument der Euro-Mediterranen Partnerschaft. Vgl. Europäische Kommission (2003): 66

⁷ Vgl. Youngs (2001a)

⁸ Vgl. Kienle (2004)

anderer Akteure am politischen Leben im Hinblick auf Demokratieförderung sinnvoll sein: Die aktive Beteiligung des Privatsektors an der Herstellung von Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns würde sich demnach auf die Herstellung politischer Partizipationsmöglichkeiten auswirken.

Diese Arbeit konzentriert sich auf den Fall Marokkos. Das gesellschaftliche Umfeld für Demokratisierung ist hier positiv, weil der Staat in den letzten Jahren Reformen mit dem Ziel der politischen Liberalisierung durchgeführt hat. Allerdings sind klientelistische Strukturen sowie der große Einfluß des Staates auf weite gesellschaftliche Bereiche auch hier dominant; erschwerend kommt hinzu, daß in den radikalen Islamisten potenziell demokratiefeindliche Akteure an Stärke gewinnen.⁹

Einer der großen Förderungsbereiche der Euro-Mediterranen Partnerschaft in Bezug auf Marokko ist die Zusammenarbeit mit marokkanischen Unternehmerverbänden innerhalb der Wirtschaftsförderung. Vorrangiges Ziel ist dabei die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft als Vorbereitungsmaßnahme für die geplante EU-Mediterrane Freihandelszone, die im Jahre 2010 in Kraft treten soll. Die Europäische Kommission läßt ihr auf Verbände bezogenes Förderprogramm Programme d'Appui aux Associations Professionnelles (PAAP) direkt von der CGEM, dem marokkanischen Unternehmerdachverband, verwalten.¹⁰ Die für die vorliegende Arbeit zentrale Frage ist dabei, ob die Unternehmerverbände einen Ansatzpunkt darstellen, an dem sowohl Wirtschaft als auch Demokratie (dies wird weiter unten ausgeführt) gefördert werden können. Seit einigen Jahren gibt es Anzeichen, daß die Verbände mehr und mehr eine eigenständige Rolle in der marokkanischen Gesellschaft spielen, und daß sie den Einfluß des Staates zurück drängen.¹¹ Das erklärte Ziel der EU ist, die Verbände als Sozialpartner zu etablieren, als Verhandlungspartner für Regierung und Gewerkschaften, als Lobbyisten, die ein *contre-pouvoir*, also eine Gegenmacht, bilden, und zur Pluralisierung des politischen Lebens Marokkos beitragen.¹²

Die Demokratisierung Marokkos wird jedoch behindert durch das marokkanische System traditionaler Herrschaft, heute de facto ein klientelistisches System, das als

⁹ Vgl. Blumenthal (2003)

¹⁰ Vgl. Séran (2004)

¹¹ Vgl. Catusse (1998a), Sater (2002b)

¹² Vgl. die Interviews mit den Mitarbeitern des PAAP, die in Auszügen im empirischen Teil zu finden sind.

„Makhzen“ bezeichnet wird. Dieses hat den König als Zentrum und ist in Marokko noch immer übermächtig. Auch wenn das Makhzen-System in der Literatur¹³ wenig behandelt wird, geben die vorhandenen Hinweise in der Literatur ebenso wie die im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführten Interviews Anlaß zu dieser Annahme. Für die vorliegende Arbeit ist es daher ebenfalls zentral, genauere Aussagen über den Zusammenhang von Unternehmerverbänden und Makhzen zu machen. Ist das Führungspersonal der Verbände selbst in den Makhzen integriert, werden unliebsame demokratisierende Aktivitäten womöglich unterdrückt oder finden sie, im vorausseilenden Gehorsam, gar nicht statt? Die Förderung der Unternehmerverbände durch die EU wäre demnach nur eine Unterstützung klientelistischer, staatstreuer Strukturen, die der Demokratisierung des Landes entgegenstehen. Dem nachzugehen ist Ziel dieser Arbeit.

Die Unternehmerverbände Marokkos agieren in einem klientelistisch geprägten politischen System. Welchen Beitrag leisten sie in diesem Rahmen zum politischen Prozeß in Marokko? In ihrer Rolle als Interessenvertreter der Unternehmen wäre beides denkbar: sowohl die Beibehaltung des Status Quo, als auch die Forderung nach mehr Demokratie und politischer Teilhabe. Tendieren sie eher zur Stabilisierung oder zur Reform des Politischen? Ist die Förderung marokkanischer Unternehmerverbände durch die EU (über den Aspekt der reinen Wirtschaftsförderung hinaus) auch unter demokratiefördernden Gesichtspunkten sinnvoll? Gibt es Synergieeffekte zwischen Wirtschafts- und Demokratieförderung? Leisten die Verbände zum Beispiel einen Beitrag zur Schaffung von Chancengleichheit im Sinne einer gesellschaftlichen Entwicklung auf breiter Basis, bei der ein großer Teil der Bevölkerung partizipiert? Tragen sie zur Überwindung des Makhzen-Systems in Richtung pluralistischer demokratischer Strukturen bei? Sind die marokkanischen Unternehmerverbände Akteure des sozio-ökonomischen und politischen Wandels in Richtung Demokratisierung? Handelt es sich bei der Förderung der Verbänden um die indirekte Förderung des marokkanischen Staates, der, autoritär regierend, seinen Einfluß auf weite gesellschaftliche Bereiche (hier vor allem: auf die Wirtschaft) auf diese Weise weiter ausbauen kann? Oder werden mit den Unternehmerverbänden Akteure gefördert, die eine „*tiefgreifende soziale und politische Transformation*“¹⁴ vorantreiben, die den

¹³ Vgl. Blumenthal (2003)

¹⁴ Kienle (2004): 73

Einfluß des Staates bzw. des dem Königshaus nahestehenden Makhzen-Systems zurückdrängen und damit demokratisierend wirken?

Die These dieser Arbeit ist, daß die Förderung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der EMP auch eine signifikante demokratiefördernde Komponente hat. Die Verbände spielen eine zunehmend aktive Rolle im politischen Leben Marokkos. Sie bringen eigene politische Vorschläge ein, und stellen daher eine Bereicherung des zivilgesellschaftlichen Sektors Marokkos dar; sie sind eine gesellschaftliche Triebkraft, die am politischen Leben aktiv partizipiert und auf eine Demokratisierung hinarbeitet. Die Arbeitshypothese ist hier, daß die Unternehmerverbände als zivilgesellschaftliche Akteure eingestuft werden können. Zwar sind die Unternehmerverbände keine zivilgesellschaftlichen Organisationen im engeren Sinne, aber diese Arbeit unterstellt ihnen eine zivilgesellschaftliche Funktion. Endgültig bewertet wird die Hypothese dann im empirischen Teil der Arbeit (Kapitel 4, 5 und 6).

Ein hiergegen oftmals vorgebrachtes Argument ist, daß die Unternehmerverbände in das klientelistische Makhzen-System überwiegend integriert sind, gesellschaftliche Anstöße in Richtung Demokratisierung von ihnen daher nicht zu erwarten sind. Vielmehr handele es sich in den Tätigkeiten der Verbände um reine Lobbying-Aktivitäten *innerhalb* der bestehenden Ordnung, die die bestehenden Privilegien ausbauen und festigen. Die Förderung durch die EU hätte demnach unter Gesichtspunkten der Demokratieförderung keinen eigenen Mehrwert.

Dieses Argument wird in dieser Arbeit aufgegriffen; die hier vorgestellten empirischen Ergebnisse machen hingegen die These von der demokratisierenden Funktion der EU-Förderung von Unternehmerverbänden in Marokko plausibel. Hervorgehoben werden muß hier jedoch, daß es sich nicht um eine entweder/oder-Frage handelt; vielmehr wird in dieser Arbeit versucht, einzelne Verbände auf dem Kontinuum zwischen den beiden genannten Idealtypen „demokratisierende Wirkung/Status-Quo-Orientierung“ zu verorten und, darauf aufbauend, Aussagen über die marokkanischen Verbände im allgemeinen zu treffen.

Die Bearbeitung dieser empirischen Fragestellung erfordert allerdings einleitend die Beschäftigung mit dem theoretischen Konzept der Demokratie und ihrer Förderung

ebenso wie die Darstellung des politischen Systems Marokkos und der Euro-Mediterranen Partnerschaft. Im folgenden 2. Kapitel werden daher zunächst die theoretischen Grundlagen von Demokratie und ihrer Förderung behandelt: warum wird Demokratie gefördert? Geschieht dies aus Eigeninteresse, oder ist Demokratie ein Wert „an sich“? Wie stehen die Chancen der Förderung der Demokratie durch externe Akteure, und wie ist diese Förderung unter ethischen Gesichtspunkten zu bewerten? Schließlich wird kurz die Problematik der Demokratie in arabischen Ländern diskutiert; dies ist für die Bearbeitung der Fragestellung notwendig, weil arabische Länder mit typischen Problemen konfrontiert sind, die Demokratisierung behindern.

Im Anschluß daran wird das politische System Marokkos Gegenstand der Untersuchung sein, gefolgt von einer kurzen Analyse der Euro-Mediterrane Partnerschaft, soweit diese für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit relevant ist (Kapitel 3). Bei der Untersuchung des politischen Systems Marokkos wird zuerst eine Darstellung der politischen Institutionen Monarchie und Parlamentarismus vorgenommen, es folgt die Analyse des traditionellen, de facto klientelistischen Makhzen-Systems sowie der damit einhergehenden Privilegienstrukturen. Schließlich wird die Zivilgesellschaft in Marokko Gegenstand der Untersuchung sein. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Teil der Arbeit dann eine ausführliche Darstellung der Rolle der Privatwirtschaft in Marokko und deren Förderung zur Herstellung von politischen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns.

Im zweiten Teil des 3. Kapitels wird dann auf die Euro-Mediterrane Partnerschaft eingegangen (3.4). Der Darstellung der aktuellen Dynamiken folgt ein geschichtlicher Abriss der EU-Beziehungen zum südlichen Mittelmeerraum, die Demokratieförderung im Rahmen der EMP sowie eine Darstellung der Zielkonflikte zwischen Demokratie und anderen Zielen am Beispiel des politischen Islam. Ergebnisse sind, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Kooperation der wichtigste Bestandteil der EMP ist. Die Demokratisierung sah sich dem Problem gegenüber, daß die Machthaber der südlichen Partnerländer oft kein Interesse an ihr hatten, und daß zudem die Gefahr besteht, durch zügige politische Liberalisierung die Stabilität der Länder zu gefährden (democracy-reform dilemma).¹⁵ Als potenzielle Akteure der Demokratisierung in den Ländern wurde daher der Privatsektor ausgemacht, weil dieser einerseits den Einfluß des Staates zurückdrängen kann, ohne andererseits die politische

¹⁵ Stetter (2003):153

Stabilität zu gefährden. Insbesondere für den Fall Marokkos kann gesagt werden, daß der Privatsektor ein vielversprechender Partner ist. Die theoretische Plausibilität der Überlegung, daß in den Verbänden demokratisierende Akteure zur Verfügung stehen, kann also bestätigt werden.

Im zentralen Teil der Arbeit (Kapitel 4, 5 und 6) wenden wir uns daher der empirischen Überprüfung der These von den demokratiefördernden Effekten der Förderung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der EMP zu. Die empirischen Ergebnisse bauen hauptsächlich auf umfangreichen, semi-strukturierten Interviews und Dokumentenanalyse auf.¹⁶

Das Kapitel 4 behandelt zunächst die Perspektive der Geber auf die marokkanische Verbandslandschaft. Die Verbände werden hier als schwach beschrieben; jedoch sind Fortschritte, nicht zuletzt aufgrund der Förderung durch die Geber, zu verzeichnen. Im Hinblick auf die Fragestellung ist die Position der Verbände auch nach Einschätzung der Geber vielversprechend.

Das 5. Kapitel behandelt 6 Verbände als Fallbeispiele. Hier wird deutlich, daß die Verbände über die reine Interessenslogik hinaus wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen und teilweise eine Perspektive der Gemeinwohlorientierung einnehmen. Dies bestätigt die demokratisierende Funktion der Verbände in der marokkanischen Gesellschaft.

Das Kapitel 6 schließlich versucht eine Bewertung der Frage, inwiefern Verbände zu demokratisierenden Vertretern gegenüber dem Staat werden und auf die Ablösung klientelistischer Strukturen hinarbeiten. Die Ergebnisse sind auch hier in die Richtung zu interpretieren, daß die Verbände sich zunehmend vom klientelistischen Makhzen-System lösen. Die Fragestellung nach der demokratisierenden Funktion der Zusammenarbeit mit den marokkanischen Unternehmerverbänden im Rahmen der EMP wird also hier abschließend differenziert positiv beantwortet.

Die vorliegende Arbeit dokumentiert, daß die Förderung der marokkanischen Unternehmerverbände durch die EU über die Wirtschaftsförderung hinausgehend

tendenziell demokratisierende Effekte hat: die Stärkung der Verbände als zivilgesellschaftliche Akteure trägt bei zur Stärkung einer „Gegenmacht“, die den Staat doppelt herausfordert: einerseits drängt sie ihn aus seinem Engagement insbesondere im wirtschaftlichen Bereich zurück; der Staat profitiert aber auch von der Entwicklung, indem er von diesen Akteuren zunehmend entlastet wird: indem die Verbände nicht mehr nur Partikularinteressen vertreten, sondern zunehmend Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen übernehmen, stehen dem Staat Partner zur Verfügung, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft und zur wirtschaftlichen Entwicklung auf breiter Basis beitragen. Diese Neutarierung der Kräfteverhältnisse wird von der EU unterstützt, und es gibt gute Gründe anzunehmen, daß diese Unterstützung wirtschaftliche und politische Dynamiken forciert, die zu mehr Demokratie und mehr Wohlstand in Marokko führen.

¹⁶ Die Interviews wurden vom Autor zwischen Juli und Oktober 2004 während eines Praktikums bei der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) in Casablanca durchgeführt.

2 Demokratie- und Wirtschaftsförderung

Um zu dem für die in dieser Arbeit vorgenommene Untersuchung der demokratiefördernden Effekte der Unterstützung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der EMP erforderlichen Vorverständnis zu kommen, ist hier zunächst eine Darstellung des Themenkomplexes der Demokratieförderung westlicher Staaten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aus theoretischer Sichtweise vonnöten. Warum überhaupt Demokratieförderung? Was sind die Motive? Handelt es sich um reine Rhetorik, oder ist die Demokratie den westlichen Staaten wirklich wichtig? Wenn ja, warum? Diese Fragen werden Gegenstand des ersten Abschnitts sein (2.1). Ergebnisse sind, daß die Demokratie Bestandteil der Identitäten westlicher Staaten geworden ist, und deshalb auf den politischen Agenden gut platziert ist. Dennoch gibt es Zielkonflikte, bei denen die Demokratisierung anderen Zielen (ökonomischen, sicherheitspolitischen) untergeordnet wird.

Im zweiten Abschnitt des Kapitels (2.2) wenden wir uns der Praxis der Demokratieförderung zu: Kann man Demokratie als externer Akteur überhaupt „fördern“, und wenn ja, wie? Handelt es sich nicht um einen rechtlich oder zumindest moralisch unzulässigen Eingriff in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates? Dem Problem des Eingriffs externer Akteure in die Souveränität von Staaten wird begegnet mit der Überlegung, daß „harte“ Mittel der Demokratisierung, wie z.B. Kriege oder verdeckte militärische Einsätze, zur Durchsetzung von Demokratie ethisch und funktional höchst problematisch sind; es hat sich aber ein breiter Konsens ergeben hat, der „weichere“ Methoden wie die der Entwicklungszusammenarbeit anerkennt.

Im nachfolgenden Abschnitt wird dann das Verhältnis der Demokratie- zur Wirtschaftsförderung (2.3) behandelt. Sind spill-over-Effekte möglich, in dem Sinne, daß die Förderung der Wirtschaft auch der Demokratie hilft? Diese Frage ist für die Bearbeitung der Fragestellung von hoher Bedeutung, und wird positiv beantwortet werden.

Schließlich (2.4) werden wir uns den besonderen Bedingungen, denen Demokratisierung in arabischen Ländern unterliegt, zuwenden. Zentrales Argument wird sein, daß ein Zurückdrängen des Staates in arabischen Ländern im Prozeß der Demokratisierung notwendig ist, und daß der Privatsektor insbesondere in Marokko hierbei als Partner fungieren könnte.

Vor dem Hintergrund des die internationalen Beziehungen zwischen 1945 und 1990 strukturierenden Kalten Krieges blieben europäische und US-amerikanische Bestrebungen, Demokratie im Ausland zu fördern, weitestgehend auf die Fälle beschränkt, in denen dies dem Kampf gegen den Kommunismus förderlich war.¹⁷ Als das Ende des Ost-West-Konfliktes die Unterstützung prowestlicher Diktatoren nicht länger rechtfertigte, kam die Demokratieförderung in US-amerikanischer, europäischer und japanischer Außenpolitik wesentlich prominenter zum Ausdruck. Die EU bekannte sich durch den Entschluß des Rates der Entwicklungsminister im November 1991 zur Demokratieförderung; fest verankert in der EU-Politik wurde dieses Ziel einen Monat später im Vertrag von Maastricht. Die OECD, der Europarat, das Commonwealth und die Organisation amerikanischer Staaten sahen ebenfalls technische Unterstützung für Wahlen und andere institutionelle Elemente demokratischer Regime vor, und das UNDP begann, systematisch politischen Wandel zu unterstützen. Dabei ging die Demokratieförderungs-Agenda über die Förderung der Menschenrechte hinaus; zwar sind beide miteinander verknüpft, aber die Demokratieförderung stellt ein viel ambitionierteres Programm dar.¹⁸ Indessen verlagerte sich die Diskussion von der Frage, ob die Demokratie die beste Regierungsform darstellt, hin zur Frage ob und in welchem Ausmaße internationale Akteure aktiv Demokratie fördern sollten.¹⁹ Warum dieses internationale Engagement für Demokratie? Was sind Chancen und Grenzen der Förderung von Demokratie durch externe Akteure, und welche ethischen Bedenken sind mit Eingriffen externer Akteure verbunden? Diese Fragen sind Gegenstand des ersten Teils dieses Kapitels (2.1).

2.1 Warum Demokratieförderung?

Weltweit gaben sich in den Jahren 1974 bis 1990 viele Staaten eine demokratische Ordnung (die sogenannte „third wave of democratisation“²⁰). Heute sind von 192 von Freedom House untersuchten Staaten nur noch 49 nicht frei; alle anderen sind wenigstens teilweise frei (54), und 89 sind sogar als frei eingestuft.²¹ Dieser Siegeszug der Demokratie wurde von einigen Autoren zum Anlaß genommen, das „Ende der

¹⁷ Vgl. Youngs (2001a): 2

¹⁸ Vgl. Youngs (2001a): 2

¹⁹ Vgl. Schraeder (2002): Preface

²⁰ Huntington (1993)

²¹ Vgl. Freedom House (2005)

Geschichte“²² zu prophezeien; die Idee folgt dem Argument, daß es nur noch eine Frage der Zeit sei, bis sich mehr oder weniger alle Staaten demokratisieren würden. Das kantische Argument der friedfertigen Demokratie²³ heranziehend, wurde erwartet, daß sich keine Kriege mehr ereignen, bzw. nur noch Rückzugskämpfe von Nichtdemokratien geführt werden. Weltgeschichtlich würde also nicht mehr viel passieren; das Ende der Geschichte schien besiegelt.

Dieser optimistischen Auffassung von der unaufhaltsamen Demokratisierung steht die Tatsache entgegen, daß sich viele Staaten (z.B. in Asien oder der arabischen Region) nahezu immun gegen demokratische Veränderung zeigten; außerdem sind viele (formal) demokratischen Staaten de facto „restricted“, „delegative“, „low intensity“ oder „semi-democracies“.²⁴ Weiterhin waren Rückschläge zu verzeichnen, in denen bereits demokratische Staaten wieder autoritär regiert wurden (z.B.: Militärputsch in Pakistan). Die „third wave“-Diskussion reagierte darauf mit der Überlegung, daß Wellen immer „reverses“ produzieren, also Rückwellen, die die Richtung der eigentlichen Wellen jedoch nicht umkehren, sondern lediglich verzögern. Schließlich wurde angedacht, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit eine vierte Welle zum Zuge kommen kann.²⁵ Solche teleologischen Prognosen sollen hier nicht weiter verfolgt werden; der Autor geht davon aus, daß das Denken in solchen Analogien in die Irre leiten kann und es zunächst sinnvoller ist, empirisch zugängliche Sachlagen darzustellen, um dann hinterher eventuell auch theoretisch gehaltene Aussagen zu wagen. Im Folgenden werden grundlegende Motive für die Förderung von Demokratie dargestellt; diese sind ökonomisch oder sicherheitspolitisch begründetes Eigeninteresse sowie die Förderung der Demokratie als Wert an sich.

a) Eigeninteresse

Trotz der oben dargestellten Grenzen blieb die Friedens-Hypothese Kants prominent: nach Kant neigen Demokratien (bzw. in Kants Terminologie: republikanisch verfaßte Staaten) zum Frieden, weil diejenigen, die die Kosten des Krieges zu tragen haben, dieselben sind wie die, die über Krieg und Frieden zu entscheiden haben: die Bürger. Das Argument wurde weiterentwickelt und empirisch überprüft, allerdings mit

²² Fukuyama (1992)

²³ Kant (1795)

²⁴ Youngs (2001a):1

²⁵ Vgl. Diamond (1997)

unterschiedlichen Ergebnissen.²⁶ Es herrscht aber weitgehend Konsens darüber, daß Demokratien untereinander relativ friedfertig sind, wohingegen sich die Friedens-Hypothese nicht auf die Beziehungen von Demokratien zu Nichtdemokratien ausdehnen läßt. Die in Demokratien üblichen institutionellen Beschränkungen (die Herrschaft der Bürger), durch gemeinsame Werte entstandener gegenseitiger Respekt von Demokratien füreinander sowie transnationale Beziehungen der Bürger verschiedener Staaten zueinander erschweren das Zustandekommen eines Krieges zwischen zwei demokratisch verfaßten Staaten. Außerdem behindert der den Demokratien eigene Respekt von Freiheit und Bürgerrechten die Legitimation von Kriegen gegen andere Demokratien.²⁷ Die in Demokratien anzutreffende „Kultur des Kompromisses“ und der friedlichen Streitbeilegung überträgt sich auf zwischenstaatliche Verhältnisse, wenn es sich um die Beziehungen zwischen Demokratien handelt, und die oben bereits genannten institutionellen Beschränkungen verkomplizieren die Kriegsentscheidung in Demokratien; hierdurch wird darüber hinaus Zeit gewonnen: eine Demokratie braucht in der Regel länger, um einen Krieg zu beginnen. Dies führt dazu, daß sich potentielle Opfer eines Angriffs ob dieser Komplikationen sicherer fühlen: weil die Kriegsentscheidung in Demokratien viel Zeit in Anspruch nimmt, hat der Opferstaat umgekehrt mehr Zeit zur Mobilmachung zur Verfügung. Der Handlungsdruck wird entschärft, das Sicherheitsdilemma²⁸ dadurch abgeschwächt und die Wahrscheinlichkeit des Krieges sinkt.²⁹

Diese Überlegungen zeigen, daß es plausibel ist, aus sicherheitspolitischen Überlegungen heraus undemokratische Staaten zu Demokratien machen zu wollen.

Neben diesem sicherheitspolitischen Argument gibt es auch ein ökonomisches für die Überlegung, daß Demokratie im Ausland gefördert werden sollte. Aus der Literatur ist allerdings nicht klar ersichtlich, ob privatwirtschaftliche Interessen die Demokratieförderungs-Agenda unterstützen.³⁰ Einerseits wurde argumentiert, daß Geschäftsinteressen multinationaler Unternehmen die treibende Kraft hinter der

²⁶ Rummel (1983) bestätigt die These der friedfertige Demokratie, Small/Singer (1976) verwerfen sie: in der von ihnen untersuchten Periode haben die Demokratien sehr wohl Kriege geführt; diese dauerten im Durchschnitt sogar etwas länger als die der nicht-demokratischen Staaten.

²⁷ Doyle (1983): 3-57

²⁸ John Herz (1950): 157-180. Nach Herz entsteht das *security dilemma* dadurch, daß Akteure sich in einer anarchischen Welt, d.h. ohne eine die Beziehungen regelnde übergreifende Instanz (z.B. ein Staat, im Falle der internationalen Beziehungen also ein Weltstaat), sich zwangsläufig existentieller Bedrohung durch andere Akteure gegenübersehen. Die rationale Reaktion besteht in der Maximierung der Sicherheit durch Machtanhäufung (Aufrüstung), was wiederum die Unsicherheit der anderen Akteure erhöht usw.

²⁹ Russett (1993)

Demokratisierungsförderung sind; dies erklärt sich aus der Überlegung, daß die Geschäftswelt von in Demokratien üblichen höherem Wirtschaftswachstum und steigender Kaufkraft sowie der Rechtssicherheit profitieren würde. Das wäre insofern positiv zu beurteilen, als Wirtschaftsinteressen wahrscheinlich qualitativ hochwertige Demokratie begünstigen würden, inklusive sozialer Harmonie und hohen Bildungsstandards. Allerdings wurde dies auch häufiger kritisch beurteilt; es könnte nämlich ebenso plausibel im Interesse des „Kapitals“ liegen, „low-intensity“-Demokratie ihrer im Vergleich zu autoritären Regimen höheren Legitimitätsreserven wegen zu fördern. Dies wäre dann effizienter, weil soziale Unruhen besser unterdrückt werden könnten; außerdem hätte es einen disziplinierenden Effekt auf die Arbeiterschaft.³¹ Die Forderung nach Demokratie war durch den Westen auch mit der nach wirtschaftlicher Liberalisierung verknüpft worden; und in einer pluralen Gesellschaft hätten orthodoxe Strukturanpassungsprogramme mit wenig organisiertem Widerstand zu rechnen. Die Demokratieagenda würde dann nur eine neue Form westlicher Dominanz der Entwicklungsländer darstellen, die deren Handlungsspielraum weiter einschränkt; Protagonist dieser Bewegung wäre eine transnationale Wirtschaftselite, die Zivilgesellschaft(en) für ihre Zwecke mißbraucht³².

Gleich ob das Interesse der Geschäftswelt positiv oder negativ beurteilt wurde: vielen schien deren Interesse an Demokratie nicht besonders ausgeprägt.³³ Good Governance und Rechtsstaatlichkeit scheinen der Geschäftswelt oft wichtiger zu sein als Demokratie. Es erscheint daher wenig plausibel, daß Geschäftsinteressen großen Druck auf Regierungen ausübten, Demokratie auf die Agenda zu setzen.

Allerdings gibt es eine neuere Studie, in der die Haltung multinationaler Unternehmen (MNU) zur Demokratie untersucht wird, die zu divergierenden Ergebnissen kommt. Youngs (2004) belegt darin empirisch, daß „low-intensity“-Demokratien von westlichen Unternehmen vermehrt als geschäftliche Tätigkeit behindernd wahrgenommen werden. Allerdings scheiterten die MNU darin, ein kohärentes oder proaktives Engagement für qualitativ hochwertige Demokratie, in Übereinstimmung mit der internationalen Demokratieförderungs-Agenda, zu entwickeln.³⁴ Es ist daher unwahrscheinlich, daß MNU die nationalen Demokratisierungsgagenden entscheidend mitgeprägt haben.

³⁰ Vgl. Youngs (2001a): 13 f

³¹ Vgl. ebd.

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. ebd.

³⁴ Vgl. Youngs (2004): 127

Insgesamt läßt sich sagen, daß reines Eigeninteresse, sei es sicherheitspolitischer, sei es ökonomischer Natur, nicht ausreicht, um den prominenten Platz der Demokratie auf der Agenda der westlichen Staaten zu erklären. Im Folgenden wird daher auch ein weiterer, konstruktivistisch informierter Argumentationsstrang dargestellt. Gemeint ist hier der Konstruktivismus der Internationalen Beziehungen, der neben dem Realismus und dem Liberalismus eines der großen Paradigmen der Disziplin darstellt.³⁵ Wir werden hier nur sehr kurz auf die Theorien der Internationalen Beziehungen eingehen. Der Realismus und, in der Nachfolge, der Neorealismus, stellen sicherheitspolitische Überlegungen ins Zentrum ihrer Theorie: die auf Hobbes zurück gehende Überlegung, daß in einer anarchistischen Welt Mord und Totschlag herrschen, wird von ihnen auf die Staatenwelt übertragen. Es gibt keine oberste Instanz, die Fehlverhalten von Staaten effektiv sanktionieren könnte; diese Struktur führt dazu, daß jeder Staat die Existenz eines jeden anderen Staates potentiell bedroht. Im Einzelfall kann diese konflikthafte Situation abgeschwächt werden, zum Beispiel durch Bündnispolitik; dies ändert aber nichts an der Grundüberlegung, daß Staaten sich in einer feindlichen Umwelt bewegen, und es daher immer zuerst gilt, das „nationale Interesse“ (im Sinne militärischer Macht) zu befördern. Kooperation mit anderen Staaten funktioniert immer nur so lange, bis das Kosten-Nutzen-Kalkül eines der beteiligten Staaten in den negativen Bereich gerät. Dies ist häufig der Fall, weil die internationalen Beziehungen ein Nullsummenspiel sind: Sicherheit ist ein relatives Gut, also ist der Zugewinn eines Staates der Verlust eines anderen.³⁶

Der Liberalismus teilt zwar gewisse Grundannahmen des Realismus; z.B. konstatiert auch eher eine anarchistisch-verfaßte Staatenwelt. Allerdings, und dieser Unterschied ist entscheidend, sind die Beziehungen der Staaten zueinander kein Nullsummenspiel; vielmehr sind Zugewinne in Form von Sicherheit, aber auch in Form von wirtschaftlicher Prosperität möglich, wenn sich Kooperationsformen einspielen. Die wirtschaftlichen Interessen der Akteure führen zu internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und lassen die Wahrscheinlichkeit des Krieges sinken. Die Problematik der ständigen Bedrohung durch andere Staaten wird hier also nicht sicherheitspolitisch begegnet, sondern mit einer Politik der Förderung von Wirtschaft und Handel.³⁷

³⁵ Vgl. Batistella (2003)

³⁶ Vgl. Batistella (2003): 111 ff

³⁷ Vgl. Batistella (2003): 143 ff

Versucht man nun diese Denkschulen politischen Programmen zuzuordnen, so fällt auf, daß die oben dargestellte sicherheitspolitische Motivation der Demokratisierung dem Realismus nahesteht; die Staaten, die Demokratisierung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit voranzutreiben suchen hingegen dem Liberalismus.

Wenn aber, wie wir soeben gesehen haben, weder sicherheits- noch wirtschaftspolitische Überlegungen die Prominenz der Demokratisierungsagenda erklären, so ist man gezwungen zu anderen theoretischen Mitteln zu greifen. Wir werden im Folgenden sehen, daß der Konstruktivismus die beiden vorgestellten Theorien Realismus und Liberalismus nicht nur zu integrieren versteht, sondern auch über darüber hinausgehende Erklärungskraft verfügt.

b) Demokratie als Wert an sich

Wenn das Wirken eines ideellen Wertes in den internationalen Beziehungen aufgezeigt werden soll, wird es notwendig auf konstruktivistische Argumentationen zurückzugreifen. Der Konstruktivismus³⁸ der Internationalen Beziehungen versucht, die Bedeutung von in sozialen Prozessen entstehenden Identitäten und Normen in die Analyse mit einzubeziehen.

Die strukturelle Seite wird dabei verstanden als Ergebnis einer Interaktion verschiedener Akteure, gleichzeitig aber auch als Rahmen, in dem diese stattfindet; diese Interaktion formt auch die Identitäten der Akteure. Die Aufmerksamkeit richtet sich hier weniger auf „objektive“ materielle Faktoren³⁹ als vielmehr auf normative, und das heißt: ideelle Faktoren. Was also ein Staat als sein nationales Interesse definiert, wie sich die Beziehungen zu anderen Staaten gestalten, ist keineswegs natürlich vorgegeben, sondern hängt ab von den Perzeptionen und der Identität des Staates, und vor allem auch von Normen. Alle drei Variablen – Identitäten, Normen, Wahrnehmungen - sind das Ergebnis intersubjektiver Konstruktionsprozesse. Insofern führt die Gegebenheit einer anarchischen Staatenwelt nicht automatisch dazu, daß jeder Staat der Feind eines jeden anderen Staates ist (wie es der Realismus annimmt). Vielmehr ist dies eine mögliche Form der Beziehung zwischen Staaten, neben der aber auch andere existieren. Und da diese Beziehungsformen sozial hergestellt werden, hängt es letztendlich von den

³⁸ Für die Ausführungen zum Thema Konstruktivismus vergleiche im Folgenden, so nicht anders gekennzeichnet, Batistella (2003): 267 ff.

³⁹ Wie der bis dahin vorherrschende Realismus, der das *national interest* immer nur *in terms of power*, also in zunächst militärischer, dann später auch ökonomischer Macht als Voraussetzung der militärischen einbeziehend, jedoch immer nur materiell, verstand. Vgl. Morgenthau (1951).

Staaten selbst ab, wie die „anarchistische“ Welt beschaffen ist: „Anarchy is what the states make of it.“⁴⁰

Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß der soeben zitierte Autor Nationalstaaten als die zentralen Akteure seines Gegenstandsbereichs, der Internationalen Beziehungen, auffasst. In der soziologischen Diskussion gilt diese Auffassung als überholt; das starre Denken in „containerhaften“, nach dem Vorbild des Nationalstaates vorgestellten nationalen „Gesellschaften“ wird sogar als Problem, als „obstacle épistémologique“⁴¹ gesehen, daß die soziologische Theoriebildung unnötig lange behinderte. Theorien wie z.B. die der Weltgesellschaft⁴² oder der transnationalen sozialen Räume⁴³ stehen für die Aufgabe der Überbewertung des Nationalstaates in der sozialwissenschaftlichen Diskussion, und dies zugunsten anderer Akteure. Der Autor dieser Arbeit geht daher trotz der Bezugnahme auf Wendt (1995) davon aus, daß Nationalstaaten Akteure neben anderen sind, und daß der Nationalstaat nicht a priori der entscheidende Akteur ist. Dies ist im Übrigen auch die von der Mehrheit der konstruktivistischen Theoretiker der Internationalen Beziehungen vertretene Auffassung: der Konstruktivismus grenzt sich von den anderen beiden großen Paradigmen der Internationalen Beziehungen, Realismus und Liberalismus, gerade auch durch die Ablehnung des Staatszentrismus ab. In der sozial konstruierten Welt (hier: der internationalen Beziehungen) spielen Staaten selbstverständlich eine Rolle; allerdings gibt es weitere Akteure, von denen nicht von vornherein behauptet wird, daß ihre Rolle weniger wichtig sei.

Bei der transnationalen Verbreitung von Normen z.B. wurde von Konstruktivisten gezeigt, daß unterschiedlichste Akteure, von NGOs und Medien über Staaten und Internationalen Organisationen bis hin zu Spezialisten und Bürokratien, eine Rolle spielen.⁴⁴ Insofern stellt Wendt (1995) hier also eine Ausnahme dar. Im folgenden wird eine nicht staatszentrierte Variante des Konstruktivismus verfolgt, denn das dieser Arbeit zugrunde liegende Ziel ist es, die Rolle nicht-staatlicher Akteure, der Unternehmerverbände, bei der Demokratisierung in Marokko zu untersuchen. Theoretische Annahmen, die den Staat ins Zentrum stellen, sind hier also ungeeignet, weil sie dazu neigen, die Gestaltungsmacht nicht-staatlicher Akteure zu unterschätzen.

⁴⁰ Vgl. Wendt (1995)

⁴¹ Luhmann (1998): 23 ff

⁴² Stichweh (2000)

⁴³ Faist (2001)

⁴⁴ Vgl. Finnmore/Sikkink (1998)

Mit Hilfe des Konstruktivismus wird es also möglich, Außenpolitik als auch durch (internationale) Normen beeinflusst zu begreifen. Und das Bekenntnis der EU und vieler weiterer internationaler Akteure zur Demokratieförderung ist dann ein Beispiel für eine sich international ausbreitende Norm. Während der Realismus die demokratiefördernde Politik eines Staates wenn überhaupt nur aus dem (sicherheitspolitischen) Eigeninteresse eines Staates (Kants Friedensthese) zu rechtfertigen wußte, kann es nach dem Konstruktivismus sehr wohl im Eigeninteresse eines Staates liegen, normative Vorstellungen *um ihrer selbst Willen* zu fördern.

Genau dies liegt im Falle der Demokratieförderung der Europäischen Union vor: Demokratieförderung ist, unter Mithilfe anderer internationaler staatlicher und nicht-staatlicher) Akteure, zur Norm geworden⁴⁵. Dies gilt insbesondere auch für die westlich-industrialisierten Länder, wo sich praktisch keine undemokratischen Staaten mehr antreffen lassen und die Demokratie (und Demokratieförderung) zentraler Bestandteil staatlicher Identitätskonstruktionen geworden ist.

Insgesamt kann hier kein eindeutiges Bild des Stellenwertes der Demokratieförderung innerhalb der Agenden westlicher Staaten gezeichnet werden. Einerseits gewinnt die Demokratieförderung hier eindeutig an Bedeutung; andererseits scheint die Demokratieförderung, insofern sich Zielkonflikte mit anderen (vor allem sicherheitspolitischen) Interessen ergeben, oft zu Ungunsten der Demokratieförderung entschieden zu werden.⁴⁶ Auch in der europäischen Demokratisierungsagenda selbst finden sowohl realistische als auch liberalistische und konstruktivistische Überlegungen ihren Ausdruck. Dies ist nicht überraschend, weil die EU als Staatenverbund sehr viele unterschiedliche Positionen zu vereinbaren hat, und dies sich dann in den Ergebnissen, die immer Kompromisse sind, widerspiegelt. So beschreibt Schraeder,⁴⁷ daß die nordischen Staaten in erster Linie humanitäre Interessen verfolgten, Deutschland hingegen mit Hilfe der Wirtschaftspolitik demokratisieren wollte; den südlichen Mitgliedsstaaten hingegen waren bei der europäischen Mittelmeerpolitik sicherheitspolitische Aspekte am wichtigsten.⁴⁸ Es wäre also im Gegenteil überraschend, wenn die europäische Demokratisierungsagenda bezogen auf die Mittelmeerstaaten kohärent einer einzigen Überlegung folgt.

⁴⁵ Vgl. Schraeder (2002a): 1

⁴⁶ Vgl. Olsen (2002)

⁴⁷ Schraeder (2003): 21-44

Festgehalten werden kann hier, daß wir drei verschiedene Motivationen zur Förderung von Demokratie identifiziert haben, und daß in der Demokratisierungsagenda ein Mix aus allen dreien vorliegt. In dieser Arbeit werden wir die Demokratieförderung der EU daher am spezifischen Fall der Beziehungen zu Marokko im Abschnitt zur Euro-Mediterranen Partnerschaft einer genaueren Betrachtung unterziehen. Vorerst wenden wir uns der Praxis der Demokratieförderung durch externe Akteure, insbesondere den Chancen und den ethischen Aspekten, zu.

2.2 Demokratie extern gefördert

a) Chancen

Bis 1990 wurde in der wissenschaftlichen Literatur den internen Faktoren bei der Demokratisierung eine wesentlich größere Rolle zugeschrieben als den externen.⁴⁹ Externe Faktoren wurden, wenn überhaupt, nicht systematisch untersucht.⁵⁰ Es lassen sich hier zwei Erklärungsmodelle unterscheiden: einmal die die strukturelle Seite betonenden Autoren, denen z.B. sozio-ökonomische Zusammenhänge wichtig sind. Demokratisierung wird dann als von ökonomischen Modernisierungsprozessen und bestimmten Änderungen in Sozial- und Schichtstrukturen ausgehend aufgefaßt. Das andere Erklärungsmodell bemüht Akteure,⁵¹ deren Handlungen zu entscheidenden Veränderungen im Machtgefüge führen; so z.B. Veränderungen im Verhältnis von Moderaten und Hardlinern innerhalb autoritärer Regime. Die Rational Choice-Version dieser Richtung erklärt Demokratisierung durch die Handlungen von Machteliten, die, als Reaktion auf schlechte wirtschaftliche Performanz, zur Überzeugung gelangen, daß das herrschende System nicht ausreichend legitimiert ist: Wenn die Politik keine Rahmenbedingungen schafft, unter denen die wirtschaftliche Aktivität der Bürger erfolgreich sein kann, kann man mit guten Gründen Alternativen, z.B. politische Liberalisierung, fordern. Setzt sich diese Ansicht bei einem hinreichend großen Teil der

⁴⁸ Vgl. Youngs (2001a): 61

⁴⁹ Unter 2.1b wurde schon darauf hingewiesen, daß theoretisch in dieser Arbeit nicht davon ausgegangen wird, daß der Staat zentraler Akteur ist. Insofern mag die Unterscheidung externe/interne Akteure zunächst unbegründet erscheinen. Sie wird hier vorerst aufrecht erhalten, weil sie eine Achse der Diskussion um die Demokratieförderung darstellt. Damit wird jedoch nicht der Vorrang interner vor externen Akteuren (oder umgekehrt) bei der Demokratieförderung unterstellt.

⁵⁰ Vgl. hier und im folgenden: Youngs (2001a): 3 ff

⁵¹ Ich werde diese beiden Erklärungsansätze der Einfachheit halber im Folgenden als strukturalistisch bzw. als akteurstheoretisch bezeichnen. Diese Unterscheidung ist eine gängige innerhalb soziologischer Theorieklassifizierung. Vgl. Giddens (1984)

Bevölkerung durch, sind die Machthaber gezwungen, politische Reformen einzuleiten, um ihre Machtbasis nicht völlig zu verlieren.

Beide Erklärungsmodelle lassen allerdings äußere Faktoren weitestgehend außer Acht. Dies änderte sich 1990, als im Laufe des Zusammenbruchs des Ostblocks westliche Regierungen sehr wohl Einfluß auf die demokratische Entwicklung der Mittel- und Osteuropäischen Länder nahmen. Die Beitrittsperspektive der europäischen Union für einige der betroffenen Staaten beispielsweise förderte die Demokratisierung dieser Länder.⁵² In den 90er Jahren wurde daher argumentiert, daß der Einfluß äußerer Faktoren in der Wissenschaft nicht ausreichend in Betracht gezogen wurde. Auch hier lassen sich, der vor 1990 entstandenen Tradition folgend, eine strukturalistische und eine akteurstheoretische Betrachtungsweise unterscheiden:

Strukturelle Prozesse werden sowohl als Triebkraft der Demokratisierung ausgemacht, als auch als deren Hindernis. Nach dem Untergang des Kommunismus in Osteuropa wurde ein Schneeball-Effekt ausgemacht, welcher die dritte Welle der Demokratisierung losgetreten habe. Die Vorbild-Funktion westlicher Demokratien wurde durch Fernsehen und neue Technologien im Allgemeinen verstärkt; gleichzeitig ließ sich eine verbesserte Vernetzung transnationaler Akteure (NGO's, Akademiker, Stiftungen) beobachten.⁵³ Ideen, Informationen und Bilder wurden, z.B. durch das Fernsehen vermittelt, immer schwieriger zu kontrollieren. Als im Laufe der 90er Jahre die Demokratisierung ins Stocken kam, gerieten hingegen die demokratiehemmende Strukturen in den Blick: die Globalisierung wurde als demokratische Rechte unter Druck setzende Entwicklung beobachtet; und es wurde argumentiert, daß die Globalisierung die Diversität politischer Regime fördert, anstatt einheitlich westlich-demokratischen Normen zum Durchbruch zu verhelfen: die Völker würden nämlich zu traditionelle Formen politischer und sozialer Organisation Zuflucht nehmen, um einerseits ihre Identitäten zu bewahren und sich andererseits eine unterscheidbare Basis im globalen Wettbewerb zu verschaffen. „*In this sense, the globalization of free markets and democracies were rivals not allies.*“⁵⁴

⁵² Vgl. Ethier (2003)

⁵³ Hier taucht der Begriff des Akteurs im Abschnitt der strukturalistischen Richtung auf. Dies ist kein Widerspruch, weil die entscheidenden Triebkräfte für das Erklärungsmodell nach wie vor strukturelle Veränderungen sind.

⁵⁴ Zitat: Youngs (2001a): 5

Allerdings kam auch in den Blick, daß nur auf strukturelle Faktoren beschränkte Erklärungsmodelle zu kurz griffen. Die Globalisierung wurde mehr und mehr als ein durch den Staat vermittelter Prozeß angesehen; in der strukturalistischen Perspektive kam der Staat als Akteur jedoch nicht auf angemessene Weise in den Blick. Gesucht wurde nach einem Paradigma, das beide Ansätze verbindet: sowohl die strukturellen Faktoren, wie z.B. die Globalisierung, als auch den Staat und die Zivilgesellschaft als Akteure innerhalb dieser Struktur. Hier kommt wieder der Konstruktivismus ins Spiel: dieser verstand es, auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen sowohl *state's agency* als auch Struktur (in Form von z.B. sich international ausbreitenden Normen) zu verbinden. Die strukturelle Seite wird verstanden als Ergebnis einer Interaktion verschiedener Akteure, gleichzeitig aber auch als Rahmen, in dem diese stattfindet; diese Interaktion formt auch die Identitäten der Akteure. Die Ausbreitung der Demokratie als Norm verläuft demnach wie folgt:

Staaten sehen sich zunächst dem Druck von transnationalen Advocacy-Gruppen (z.B. NGOs) ausgesetzt, die die Ausrichtung der Politiken anhand einer bestimmten, demokratischen Wertorientierung einfordern. Die Reaktion des undemokratischen Staates besteht zunächst in einer nur rhetorischen Aneignung dieser Norm. Diese Norm kann jedoch irgendwann zum elementaren Interesse eines Staates werden, dann nämlich, wenn die Norm internalisiert wird, sozusagen Einzug erhält in die Identitätskonstruktion staatlicher Akteure.⁵⁵

Wie sieht nun die Demokratieförderung durch externe Akteure im Lichte des Konstruktivismus aus? Bisher wurde ja bereits auf den Einfluß transnationaler NGOs auf Staaten hingewiesen. Wie aber ist die Rolle von externen staatlichen Akteuren (bzw., da sich diese Arbeit ja auf die EU konzentriert: eines Staatenverbundes)? „According to the new constructivist framework, states played a vital role in conditioning what norms were taken up elsewhere in the international system to the extent that governments' ,discourse' and related action affected the way in which other countries' identities and perceived interests were constructed.“⁵⁶

Das besondere an diesem Ansatz ist die Annahme, daß Interessen und Normen durch Interaktion konstruiert werden. Dadurch ergeben sich Sozialisations-Dynamiken. Bestimmte als angemessen angesehene Normen setzen sich durch und werden in

⁵⁵ Vgl. Finnmore/Sikking (1998)

„Glaubenssystemen“ verankert. Den Staaten – neben anderen Akteuren - wird also hier eine aktive Rolle in der Förderung von Demokratie (und anderen normativen Vorstellungen) zugeschrieben.⁵⁷ Wie sieht diese Rolle nun konkret aus?

Die dargestellte konstruktivistische Argumentation läßt hier verschiedene Methoden der Demokratieförderung plausibel erscheinen: einerseits ist es der Beitrag eines Staates zum Zustandekommen einer internationalen Gemeinschaft, die sich (in Rhetorik und Praxis) der Demokratie verpflichtet. Dadurch werden Sozialisations-Dynamiken angestoßen und verstärkt. Ergänzt werden kann diese Strategie durch den Einsatz von materiellen High Politics-Instrumenten. Beides sollte, damit es effektiv ist, durch technische Förderung auf der Mikro-Ebene unterstützt werden.⁵⁸ Beiden Strategien ist jedoch gemein, daß sie eher den übergreifenden Rahmen internationaler Politik beeinflussen, welcher besonders bei den langfristigen Prozessen des Demokratieaufbaus und der Demokratiekonsolidierung wichtig ist. Hier wird auch die Beschränktheit der Einflußmöglichkeiten externer Akteure deutlich: ihre Aktivitäten werden vermutlich eher eine unterstützende denn eine treibende Kraft auf dem Weg zur Demokratisierung darstellen. Externe Akteure können solche Prozesse beschleunigen oder verlangsamen, aber nicht in ihrer Entwicklung bestimmen. Vorgeschlagen wurde deshalb, interne und externe Faktoren als zwei Facetten desselben Prozesses zu begreifen, jedoch als stark interdependente Faktoren, und nicht als unabhängige Variablen. Der Einfluß externer Akteure kann den Handlungspielraum nutzen, der zwischen internen Einflüssen und internationalen strukturellen Veränderungen frei wird. *„If international structure and domestic politics were variables conditioned by each other, the policy choices of external governments would act as a conduit between these two levels, conditioning the way in which each was harnessed by the other.“*⁵⁹

Die Fähigkeit westlicher Staaten, Demokratie im Ausland zu fördern, wurde noch einmal stark in Frage gestellt durch Fukuyamas' These vom Ende der Geschichte entgegengesetzte Überlegung, daß der Westen sich im Niedergang befinde: die Überzeugungskraft seiner Ideen (soft power) sah sich nach dem Ende des Kalten Krieges schnell neuen Herausforderungen gegenüber; einige Entwicklungsländer traten

⁵⁶ Zitat: Youngs (2001a): 5

⁵⁷ Gleichzeitig hält diese theoretische Perspektive den Blick frei für weitere, nicht-staatliche Akteure, wie wir später sehen werden. Vgl. zum theoretischen Stellenwert des Staates die Diskussion unter 2.1b

⁵⁸ Vgl. Youngs (2001a): 7

⁵⁹ Zitat: Youngs (2001a): 8

mit einem neuen Selbstbewußtsein auf und verteidigten ihre Gesellschaftsentwürfe aggressiver gegen den Westen. Gleichzeitig gab es Anzeichen für eine Schwächung der „hard power“ des Westens: verhältnismäßig geringe Wachstumsraten der westlichen Volkswirtschaften und eine gleichzeitige zunehmende Abhängigkeit von Märkten in Entwicklungsländern; eine militärische Vorherrschaft, die sich mehr und mehr Herausforderern gegenüber sieht und die in vielen Ländern als imperialistisch und allein einem materiellen Eigeninteresse folgend verstanden wird;⁶⁰ schließlich demographische Trends, die einen starken Bevölkerungsrückgang in den westlichen Staaten verursachen und, gemessen in traditionellen Werten militärischer Macht, zum Nachteil für den Westen sind. „*The relative power of western governments was, in fact, in rapid decline.*“⁶¹

Nicht behandelt wurde bis jetzt eine andere Form der staatlichen Einflußnahme auf Demokratisierung im Ausland: der Krieg. Das Demokratisierungsargument wurde, wenn nicht an erster Stelle, so doch zumindest als Teilrechtfertigung für den Angriff der Nato auf Jugoslawien (1999) sowie der USA auf Afghanistan (2001) und den Irak (2003) angeführt. Wie die Chancen für eine erfolgreiche Demokratisierung in diesen Fällen liegen, ist noch nicht auszumachen; es gibt aber in allen drei Fällen ernsthafte Probleme. Insbesondere der Fall des Iraks läßt momentan nur eine sehr pessimistische Einschätzung zu. Andererseits war der Aufbau der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland ein Erfolg; Deutschland wird heute als eine der stabilsten Demokratien weltweit angesehen. Zwar waren hier insbesondere auch interne Faktoren maßgeblich; so verfügte Deutschland bereits über demokratische Erfahrung und Strukturen aus der Weimarer Republik. Dennoch: der verlorene Krieg war ein ausschlaggebender Faktor für die spätere Demokratisierung (West-) Deutschlands.

Schraeder (2003)⁶² unterscheidet verschiedene Gewaltstufen der Demokratieförderung: klassische Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, politische Konditionalität (von der EU erfolgreich zur Demokratisierung der Beitrittsstaaten in Mittel- und Osteuropa eingesetzt), Wirtschaftssanktionen, verdeckte Interventionen, paramilitärische

⁶⁰ Vgl. z.B. die aktuelle Diskussion um die Bestrebungen des Iran im Bereich der Nukleartechnik: „Aus der Perspektive vieler Iraner zeigen solche Äußerungen die arrogante Haltung des Westens insgesamt, den mangelnden Respekt nicht nur der USA, sondern auch Europas gegenüber einem souveränen Staat, der nach wirtschaftlicher Entwicklung und wissenschaftlichem Fortschritt strebt.“ Perthes (2005): 63

⁶¹ Youngs (2001a): 8

⁶² S.26 f

Interventionen, schließlich, als stärkste Gewaltstufe, die militärische Intervention. Als verbreitetstes Instrument hat sich die Entwicklungszusammenarbeit durchgesetzt; diese ist moralisch relativ unbedenklich und gleichzeitig nicht zu wirkungsarm. Insgesamt genießt auch das mittlere Drittel der Reihe – d.h. neben der Entwicklungszusammenarbeit auch Konditionalität und Wirtschaftssanktionen – weitverbreitete Unterstützung; dieses stellt einen Mittelweg zwischen den Zwangsinstrumenten und der (oft wirkungsarmen) klassischen Diplomatie auf der „high politics“ Ebene dar.

Die auf einem Krieg folgende Demokratisierung und andere Formen der „harten“ Einmischung sollen hier jedoch nur der Vollständigkeit halber erwähnt sein. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf europäische Demokratisierungsaktivitäten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, dies am Beispiel der Wirtschaftsförderung der EU in Marokko im Rahmen der EMP; kriegerische Formen staatlicher Einflußnahme in Richtung Demokratisierung spielen hier keine Rolle.

b) Ethische Aspekte

Diese Hinweise führen uns jedoch schnell zu einer anderen Problematik: der ethischen Dimension der Demokratieförderung. Ist es legitim, in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen? Ist es nicht das Recht einer jeden Bevölkerung, sich seine eigene politische Ordnung zu geben? Das Mittel des Krieges zur Durchsetzung der Demokratie kann hier bereits als rechtlich illegitim ausgeschlossen werden⁶³ (und auch eine moralische Rechtfertigung muß, wenn sie nicht überhaupt schon durch den Rechtsbruch ausgeschlossen wird⁶⁴, sehr weit hergeholt werden). Wie aber sieht es mit nichtkriegerischen Formen der Einflußnahme aus?

Ohne die wissenschaftliche Debatte in ihrer ganzen Breite wiedergeben zu wollen, soll hier dennoch kurz auf eine Position der Rechtfertigung von Demokratie eingegangen werden. Die entscheidende Frage ist, ob es sich bei der Demokratie um einen

⁶³ Mehrere Normen des Völkerrechts gehen in diese Richtung, so das Angriffsverbot und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Am deutlichsten ist die Friendly Relations Declaration der UNO vom 24. Oktober 1970, nach der „alle Völker das Recht“ haben, „ohne Eingriff von Außen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung frei zu verfolgen“. Und weiter: „jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht in Übereinstimmung mit den Satzungsvorschriften zu achten“. Zitiert nach Kiminich/Hobe (2000): 114.

⁶⁴ Wie Kant es annahm, nachdem es immer oberste moralische Pflicht ist, die Gesetze einzuhalten. Vgl. Kant (1795): 35 ff

universellen Wert handelt, der damit jeder Gesellschaft zugänglich ist (Universalismus), oder ob die Demokratie eine historisch-kulturell spezifische Ausformung des Politischen ist, neben der andere, gleichwertige Formen möglich sind (Kulturrelativismus). Analog wurde auch für den Bereich der Menschenrechte diskutiert, wobei hier die universelle Geltung leichter zu bejahen war als für die Demokratie. Dennoch argumentiert z.B. Amartya Sen für die universelle Gültigkeit auch der Demokratie. Er beginnt mit einer Begriffsbestimmung: „Universeller Wert“ kann in diesem Zusammenhang nicht bedeuten, daß alle Menschen dem zustimmen (was empirisch offensichtlich nicht der Fall ist), sondern nur, daß alle Menschen dem *vernünftigerweise* zustimmen *könnten*.

In diesem Sinne, also als allgemein-nachvollziehbare Idee, hat die Demokratie nach Sen drei Funktionen, die durch kein funktionales Äquivalent zu ersetzen sind: erstens ist politische Freiheit und Partizipation Teil des „well-beings“ der Individuen als soziale Wesen (*intrinsic value*). Zweitens hat die Demokratie den *instrumentellen Wert*, daß größere, durch politische Entscheidungen verursachte bzw. tolerierte Katastrophen (z.B.: Hunger) vermieden werden können, wenn die Bevölkerung Möglichkeiten der politischen Einflußnahme hat (Kritik der Regierung durch Oppositionsparteien, Diskussion in den Medien, Abwahl usw.). Schließlich kommt der Demokratie ein *konstruktiver Wert* zu; die Praxis der Demokratie erlaubt und ermutigt allgemeine Diskussionen über Werte, Bedürfnisse, Rechte und Pflichten; und leistet daher einen Beitrag zur Bestimmung dieser Begriffe.

Weil diese Verdienste der Demokratie eben nicht regional beschränkt sind, sondern überall genossen werden könnten, ist die Demokratie ein universeller Wert.

Das Argument der „kulturellen Unterschiede“ läßt er dabei nicht gelten, weil dieses auf einem monolithischen Kulturbegriff beruht, der viel zu oberflächlich ist. Vielmehr lassen sich alle Kulturen als wertheterogen beschreiben; von daher ist es in allen diesen Kulturen prinzipiell möglich, Demokratie zu etablieren.⁶⁵

Im Folgenden wird uns das Verhältnis von Wirtschaftsförderung und Demokratie beschäftigen. Uns interessiert dabei insbesondere die Frage, ob „spill over-Effekte“ in dem Sinne, daß Wirtschaftsförderung auch Demokratie fördert, theoretisch möglich sind.

⁶⁵ Vgl. Sen (1999): 9 ff

2.3 Wirtschaftsförderung und Demokratie

Nachdem wir bisher theoretische Grundlagen der Demokratisierung behandelt haben, wollen wir uns nun dem Verhältnis von Wirtschaftsförderung und Demokratie zuwenden. Kann die Wirtschaftsförderung für sich reklamieren, Demokratie direkt oder indirekt zu fördern? Wir werden hier nah am Fall Marokkos argumentieren; als arabisches Land weist Marokko Besonderheiten auf, die dies rechtfertigen. So wird denn auch ein zentrales Argument dieser Arbeit der Überlegung entwachsen, daß von wirtschaftlichen Akteuren in arabischen Ländern Veränderungsdruck zu erwarten ist; dies trifft nicht auf alle Länder zu.

Im Abschnitt zum Eigeninteresse der demokratiefördernden Staaten wurde bereits auf die Perspektive internationaler Unternehmen eingegangen und auf ihr Verhältnis zur Demokratieförderung hingewiesen. Die Frage, ob die Privatwirtschaft Demokratie fördert oder ihr entgegenarbeitet, konnte nicht klar entschieden werden; es erschien jedoch wenig plausibel, daß deren Engagement über Good Governance und Rechtsstaatlichkeit hinausgehende Veränderungen gefordert werden. Wie sieht dies für die Privatwirtschaft des zu demokratisierenden Staates aus?

In der Frage, wo Demokratieförderung anzusetzen habe, sind verschieden Antworten denkbar: Maßnahmen wie Regierungsberatung, Förderung von demokratischen Institutionen wie z.B. Parlamenten, Parteien usw. ließen sich als dem Top-Down-Ansatz zugehörig charakterisieren, weil sie, in der politisch-institutionellen Sphäre, also gleichsam an der „Spitze“ des politischen Systems ansetzend versuchen, Demokratie zu stärken. Demgegenüber gibt es den Bottom-Up-Ansatz, welcher „Unten“, an der Zivilgesellschaft zumeist in Form von nicht-staatlichen Organisationen, teilweise auch von privatwirtschaftlichen Initiativen, die sich beide vom politischen Zentrum her gesehen eher in der Peripherie befinden, ansetzt.⁶⁶ In den 90er Jahren war die Annahme populär, daß Liberalisierungen außerhalb der politischen Sphäre i.e.S. Spill Over-

⁶⁶ Die Ansicht, die Politik befinde sich „oben“, die Zivilgesellschaft jedoch „unten“, ist vielfach kritisiert worden, z.B. von Luhmann (2000): in der modernen Gesellschaft existieren mehrere Funktionssysteme nebeneinander her, von denen keines alleine in der Lage ist, die Systemintegration zu gewährleisten und daher „über“ den anderen zu stehen. Das Denken in „oben/unten“ entstammt demnach dem Zeitalter der stratifikatorischen Gesellschaftsdifferenzierung. Außerdem kann kritisiert werden daß, wenn man bei der Metapher „oben/unten“ bleiben möchte, die Zivilgesellschaft keinesfalls unten zu verorten ist, weil sie ja bereits, in Form von NGOs, organisiert ist. Unten wäre dann anderes, z.B. die öffentliche Meinung. Da „bottom-up“ bzw. „top-down“ aber Eigenbegriffe in der Diskussion über die EMP sind, werde ich sie im Folgenden weiter verwenden.

Effekte produzieren könnten, die zur Einführung vollständiger politischer Demokratie führen. Eine Stärkung von Nichtregierungsorganisationen könnte die Politik unter Druck setzen und Demokratisierung im Kern des politischen Systems einfordern, so die u.a. von Youngs vertretene These.⁶⁷ In den mittel- und osteuropäischen Ländern war dies nach dem Zusammenbruch des Kommunismus sehr effektiv; starke zivilgesellschaftliche Forderungen, von Nichtregierungsorganisationen vorgetragen, haben, neben der EU-Beitrittsperspektive, einen großen Teil zur Demokratisierung in den meisten dieser Länder beigetragen.⁶⁸ Diese politikfernen Nichtregierungsorganisationen können Interessen artikulieren und diese dann evtl. ins politische Zentrum einspeisen, Informationsarbeit leisten und Machtkontrolle ausüben. Sie können einen Beitrag dazu leisten, daß die Politik auf einer breiten gesellschaftlichen Basis steht.

Insbesondere im Hinblick auf die arabischen Länder wurde die Ansicht geäußert, eine Demokratisierung habe hier keine Chance, weil sie vom Staat blockiert wird. Die Zivilgesellschaft ist hier insgesamt relativ schwach ausgeprägt, die politischen Eliten weisen Forderungen nach der Beschränkung ihrer Macht bisher souverän zurück und fördern nicht gerade zivilgesellschaftliches Engagement. Weil zivilgesellschaftliche Dynamiken hier blockiert werden, habe die Demokratieförderung oben anzusetzen. „*In der arabischen Welt, in der sich die Gesellschaft kaum artikuliert und der Staat übermächtig ist, müssen Reformen von den Machthabern ausgehen.*“⁶⁹

Dennoch basiert auch die Euro-Mediterrane Partnerschaft auf der Annahme, daß Demokratieförderung zwar einerseits die Förderung von institutionellen Reformen enthält, welchen aber aufgrund der skeptischen Haltung der Machthaber in den betreffenden Staaten enge Grenzen gesetzt sind. Deshalb wird diese Strategie - zentral auch für die dieser Arbeit zugrunde liegende Fragestellung - ergänzt durch eine Bottom-Up-Strategie, sprich: der Förderung der Zivilgesellschaft. Die semi-autoritären Regime des südlichen Mittelmeerraums sind sich dieser „hidden agenda“ wohl bewußt:

⁶⁷ Vgl. Youngs (2001a), 14

⁶⁸ Vgl. Ethier (2003)

⁶⁹ Diktaturen in Bewegung, FAZ vom 15.12.2004: S.1

„To the extent that civil engagement can undermine authoritarian structures, these governments feel threatened by European support for civil society actors.“⁷⁰

Die Staaten akzeptierten den die Zivilgesellschaft betreffenden Teil der EMP dennoch, insbesondere weil die EU im Gegenzug vertiefte ökonomische Kooperation versprach. Gleichzeitig war jedoch auch die EU mit dem Problem konfrontiert, daß die Unterstützung der Zivilgesellschaft oft nur eine indirekte Förderung des Staates ist. Jünemann kommt zu dem Schluß, daß der Bottom-Up-Ansatz der EU im südlichen Mittelmeer nur mit wenig Erfolg umgesetzt wurde.⁷¹

Kienle (2004) sieht selbst das Konzept der Förderung zivilgesellschaftlicher Akteure kritisch:

„Versuche, durch von außen geförderte „Zivilgesellschaften“ oder wirtschaftliche Liberalisierung zur Demokratisierung autoritärer Regime beizutragen, sind ohne tiefgreifende soziale und politische Transformationen zum Scheitern verurteilt. (...) Wirtschaftliche Liberalisierung schließlich führt nicht notwendigerweise zur politischen Liberalisierung oder Demokratisierung.“

Zugleich zeigt er die Möglichkeit dieser Verknüpfung auf:

„Dies kann sie nur, wenn sie zur Entstehung von wirtschaftlichen und damit politischen Machtzentren beiträgt, die von den herrschenden Machtzentren unabhängig sind.“⁷²

In autoritären Staaten, in denen der Staat einen großen Einfluß auf die Wirtschaft ausübt, sei es direkt, durch Besitz, sei es indirekt, durch klientelistische Verflechtungen zwischen wirtschaftlichen und politischen Eliten, können also auch wirtschaftliche Akteure diesen Einfluß eindämmen. Unter Bedingungen der Globalisierung kann diese Rücknahme des staatlichen Einflusses sogar dem Eigeninteresse des Staates entsprechen: Angesichts der Globalisierung wird es für den Staat zunehmend schwieriger, seine angestammte Steuerungsfunktion weiter auszuüben. Insbesondere im Zuge einer globalisierten Wirtschaft wird die Form der politischen Steuerung ein

⁷⁰ Jünemann, Annette (2002): 87

⁷¹ Jünemann (2002): 102

⁷² Kienle (2004): 73

Wettbewerbsfaktor: ineffektive Steuerungsformen, z.B. ein das Wirtschaftsleben dominierender Staat, führen zu ineffizientem Wirtschaften. Deshalb ist man auf neue Steuerungsformen angewiesen, die, jenseits der Dichotomie von Markt versus Staat, auf die Potentiale sowohl öffentlicher als auch privater Akteure angewiesen sind.⁷³ Dem Argument der systematischen Wettbewerbsfähigkeit folgend könnte es erforderlich sein, neue gestaltende Akteure an der Gouvernanz zu beteiligen, und komplexere Organisationsmuster zuzulassen bzw. zu fördern.⁷⁴ Der Staat könnte also gezwungen sein, Macht abzugeben, um Macht zu erhalten bzw. neue Handlungsspielräume zu erschließen.

In Marokko scheint genau dies von den Autoritäten angenommen zu werden; jedenfalls deutet die Forderung von Hassan II nach stärkeren Unternehmerverbänden in diese Richtung.⁷⁵

Zwar argumentiert Dillman in seiner Arbeit über Wirtschaftsreformen und Demokratie in Nordafrika, daß Wirtschaftsreformen im Maghreb eher zur Stärkung der Machtposition der politischen Eliten beigetragen haben. Die von externen Akteuren (EU USA, Weltbank usw.) verlangten Reformen stellten zwar einerseits eine Einschränkung des Handlungsspielraums dieser Eliten dar; andererseits eröffneten sie auch neue Möglichkeiten. Durch die Einbindung der nationalen Ökonomie in globale Waren- und Finanzströme, bei gleichzeitiger Beibehaltung des Staates als Vermittler zwischen Akteuren der nationalen und der internationalen Ökonomie, konnten sie vielfältige neue Ressourcen erschließen und, obwohl die Zahl der Verlierer der Liberalisierung größer wurde, ihre Machtbasis stärken, indem sie diese Ressourcen ihren Patronage-Netzwerken zuführten. Ihre politische und ökonomische Macht konnte so nicht nur aufrechterhalten, sondern ausgebaut werden.⁷⁶ Zum selben Schluß kommt Schlumberger (2000a) (ebenfalls bezogen auf arabische Staaten):

„In the course of liberalization, new business opportunities were created for a number of entrepreneurs, because the states, lacking exogenous resources, came to depend on a more active private sector which would contribute a larger share to GDP. In all Arab countries, liberalisation was implemented in a highly selective manner, which allowed private de facto monopolies to emerge. Attracted by prospects of quick profits, more

⁷³ Vgl. Eßer et al.(1996a)

⁷⁴ Hillebrand (1996)

⁷⁵ Vgl. Catusse (1998): 259

*and more bureaucrats and regime members established private businesses; today, families of the heads of state, the upper strata of bureaucracy and governmental institutions, leaders of the ruling parties and the top ranks of the military establishment and security services all run their private enterprises.*⁷⁷

Gräfe (2003) kommt in seiner Untersuchung über Privatunternehmer und Unternehmerverbände des Saatgutsektors im Prozeß wirtschaftlicher Liberalisierung in Ägypten zu dem Schluß, daß Wirtschaftsverbände den Aufbau der ägyptischen Volkswirtschaft behindern, weil ihnen die Funktion zukommt, Renten für einzelne Unternehmer zu akquirieren. Damit werden die Verbände zu wichtigen Verbündeten des Systems. Wirtschaftliche Liberalisierung würde damit zur Stärkung der politischen Eliten beitragen.

Es muß allerdings angemerkt werden, daß Dillman Marokko ausdrücklich als Ausnahme der Entwicklung, daß wirtschaftliche Liberalisierung zur Stärkung politischer Eliten führt, ansieht. Immerhin wurde bereits unter König Hassan II., insbesondere aber unter seinem Sohn und Nachfolger Mohamed VI. auch vorsichtige demokratische Reformen durchgeführt. Trotzdem lenkt diese Analyse den Blick auch beim Beispiel Marokkos auf das für die Frage der Demokratie entscheidende Verhalten der politischen Eliten: haben diese ein Interesse an Demokratie, oder sehen sie diese vielmehr als ihrer Macht abträglich? Hier ist aber auch an das oben angeführte Argument zu erinnern, daß politische Eliten ein Eigeninteresse an politischen (demokratischen) Reformen haben könnten: wenn sie durch schlechte ökonomische Performance ihre Macht insgesamt bedroht sehen und daher, zwecks Verbreiterung der Legitimationsbasis, das geringere Übel der Reform einer nicht ganz unwahrscheinlich bevorstehenden Revolution vorziehen.⁷⁸

Demokratisierungsdynamiken sind aber letztendlich nicht nur auf nationale Akteure zurückzuführen; vielmehr ist bei der Formierung einer Gegenmacht in Marokko auch die Rolle transnationaler Akteure zu beachten. Zivilgesellschaftliche Dynamiken sind heute transnational verankert, d.h. sie sind nicht allein durch nationale Faktoren zu erklären. Vielmehr spielen hier transnationale Diskurse eine wichtige Rolle. Nationale, z.B. zivilgesellschaftliche Akteure können dann gleichsam als Brückenköpfe der

⁷⁶ Dillman (2002)

⁷⁷ Schlumberger (2000): 257

⁷⁸ Vgl. auch oben unter 2.1a

Verbreitung demokratischer Ideale dienen. Ob dies auf die Unternehmerverbände zutrifft, wird im empirischen Teil dieser Arbeit untersucht werden.

2.4 Zur Lage der Demokratie in arabischen Ländern

Zunächst ist jedoch eine Diskussion der Perspektiven der Demokratie in den arabischen Ländern hilfreich. Während im vorliegenden Kapitel bisher vor allem theoretische und allgemeine Überlegungen bezogen auf Demokratisierung vorgetragen wurden, möchten wir uns nun noch intensiver dem konkreten Fall der arabischen Länder zuwenden, mit besonderem Augenmerk auf Marokko. Die Besonderheiten, denen sich die Demokratie in den arabischen Ländern gegenüberstellt, rechtfertigen dieses Vorgehen. In diesem Abschnitt werden wir sehen, daß die autoritären politischen Strukturen in arabischen Ländern eng verknüpft sind mit klientelistischen Strukturen; und daß das Zurückdrängen des Staates im Prozeß der Demokratisierung notwendig ist.

Die arabischen Länder gehören zu den politisch am wenigsten entwickelten Regionen der Welt.⁷⁹ Marokko bildet hier, wenn es auch zu den eher demokratischen unter den arabischen Ländern gehört, keine Ausnahme.

Es gibt laut Literatur keinen Zusammenhang zwischen einer islamischen Bevölkerungsmehrheit und autoritärem politischen Regime.⁸⁰ Die Literatur bestätigt dies. Es wird sogar angenommen, daß der Islam überhaupt keine Rolle spielt bei der Frage, ob *electoral competitiveness* herrscht, also Konkurrenz zwischen verschiedenen Personen und Programmen, die in Regierungen gewählt werden können.⁸¹ Dafür spielt die Variable „arabischer Staat“ eine sehr große Rolle:

„A non-Arab Muslim-majority country was almost twenty times more likely to be ‚electorally competitive‘ than an Arab Muslim-majority country.“⁸²

Die Ergebnisse wurden zwar insbesondere von Lakoff (2004) kritisiert. Die Einteilung in arabische/nicht-arabische Staaten anhand der Zugehörigkeit zur Arabischen Liga bzw. der arabischen Bevölkerungsmehrheit sei nicht zulässig; die Annahme, beide

⁷⁹ Vgl. Stepan/Graeme(2004a)

⁸⁰ Vgl. ebd.

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² Stepan/Graeme (2004b): 141

Gruppen unterscheiden sich politisch, zweifelhaft. Der Begriff „electorally competitive“ sei überhaupt nicht trennscharf. Bei aller Kritik weist das Ergebnis aber eindeutig in eine Richtung: während es sicher scheint, daß die Hälfte der nicht-arabischen Muslime der Welt in „electorally competitive states“ (eine nach Zahlen von Freedom House, vgl. Oben, und Polity IV, einer anderen NGO, gebildete Kategorie) lebt, lebt kein einziger Bürger eines Staates der Arabischen Liga in einem solchen.

Der Artikel von Ghalioun (2004) kritisiert zwar diese Position, liefert aber eigentlich nur qualitative Erklärungen für die von Stepan/Robertson vertretene These. Für Ghalioun ist die Dimension der Wahlen nicht ausreichend, um das politische Übel der arabischen Gesellschaften auch nur annähernd zu beschreiben. Während die populistischen oder nationalistischen Regime der Postindependence-Ära wenigstens noch populär waren, genießen die gegenwärtigen Regime keine populäre Unterstützung:

„Beyond the issue of dictatorship there is the complex problem of the almost complete rupture between governments that answer to no one - political predators unrestrained by law or morality – and those whom they govern, who find themselves reduced to a state of cruel marginalization and indeed slavery. These oppressed citizenries are denied the rights to express their opinions, to organize themselves freely in civic associations, and to take part in the making of decisions that affect their lives and futures... These newer regimes enjoy no popular support. They serve only the interests of the clans who hold power, they communicate in no way whatsoever with their citizenries, and they depend for their survival solely upon coercion and multiple security services. These regimes go beyond dictatorship; they put the state in the service of elites corrupted against the nation. Such an organization of power presupposes and demands the dis-organization – which is to say the oppression – of society. It is readily apparent that the problem here goes far beyond the absence of free elections.“⁸³

Wie ist es zu dieser Konstellation gekommen, wenn doch die Regime der Postindependence-Ära noch Unterstützung genossen und in der Gesellschaft verankert waren? Ghalioun führt hier zwei Faktoren an: die Modernisierung, die ambivalente Effekte produziert, tat dies in der arabischen Welt in noch stärkerem Maße, als sie als Modernisierung „from above“ daherkam: sie ließ „societies in political and moral

⁸³ Ghalioun (2004): 126 f

disarray and many citizens cut off from the support and reference points provided by tradition“⁸⁴. Indem ein modernisierender Staat Macht zentralisiert, indem er sich mit neuen technischen Mitteln der Organisation und Kontrolle ausstattet, wird der Staat stärker, die Gesellschaft hingegen schwächer: ältere Quellen des Zusammenhaltes und sozialer Solidarität werden unterminiert.

Der zweite Faktor, der nach Ghalioun dem Autoritarismus in der arabischen Welt überall zum Durchbruch verhalf und zur Feudalisierung des Staates führte, sind die westlichen Staaten: Normalerweise werden tyrannisch-zentralistische Systeme überwunden, indem sie Revolten produzieren oder Rufe nach Demokratie immer lauter werden lassen, was schließlich in einem Systemwechsel mündet. Ohne die westliche Welt, die autoritäre Regime in dieser geostrategisch hochsensiblen Weltgegend als Bollwerk gegen den Kommunismus, später dann gegen den arabischen Nationalismus und, heutzutage, gegen den Islamismus unterstützte, hätte sich diese Regime niemals so lange solchen gesellschaftlichen Widerständen zum Trotz halten können:

„The inflow of oil and mineral rents, as well as salary remittances from nationals working abroad, allowed the powerholders to discount popular pressure. They had gained the means to create a clientelist stratum whose backing would help them bypass the need for popular support. Endowed with considerable resources and freed from any possibility of popular pressure, the Arab regimes could ignore public opinion, and did not have to worry about improving their governance or seeking public support. It seemed that their fate was tied to the benevolence of Western governments. Thus it was that these regimes acquired a sense of being autonomous vis-à-vis their own societies.“⁸⁵

Das Verhalten der Eliten würde demnach in hohem Maße von den strategischen Optionen des Westens, besonders der EU und der USA, abhängen. Viele westliche Regierungen machen demgegenüber die arabische Kultur verantwortlich, welche mit demokratischen Werten angeblich nicht vereinbar ist. Politische Gewalt sei natürlicher Bestandteil arabischer Gesellschaften. Die einzige Veränderung, zu der die

⁸⁴ Ghalioun (2004): 128 In diesem Sinne könnte man dem Argument, daß der Islam bzw. die arabische Mentalität oder Kultur für autoritäre politischen Strukturen verantwortlich ist, entgegenen, daß hier nicht ein zuviel, sondern ein zu wenig an (arabischer, muslimischer etc.) Kultur vorliegt, daß die Entwurzelung verantwortlich zu machen ist.

⁸⁵ Ghalioun (2004): 129

Gesellschaften fähig seien, ist der Übergang von der Planwirtschaft hin zu Marktwirtschaft und freiem Unternehmertum. Der Vorwurf des Postkolonialismus wird bemüht, um die arabischen Bevölkerungen auch weiterhin vor einer „von außen aufgezwungenen“ Demokratie zu schützen.⁸⁶

Wie erscheint Marokko vor diesem Hintergrund der Diagnose der politischen Verhältnisse in den arabischen Ländern? Es läßt sich festhalten, daß Marokko sich einfügt in die Reihe autoritärer Regime, wie sie oben beschrieben sind. Zwar werden seit dem Amtsantritt Mohamed VI. vereinzelt Fortschritte in Richtung auf Demokratisierung ausgemacht; außerdem befindet sich Marokko auf der Totalitarismus-Skala der arabischen Staaten auf der liberaleren Seite. Aber trotz alledem ist Marokko nach gängigen Kriterien ein autoritär regierter Staat, der Opposition unterdrückt: Regierungen werden nicht gewählt, sondern vom König ernannt, der nach wie vor alle Zügel fest in der Hand hält. Zeitungen werden verboten; die drei Tabuthemen Monarchie, Einheit und Islam sind nach wie vor unantastbar. Angesichts einer solchen Konstellation von Demokratie zu sprechen, wäre stark übertrieben. Klientelistische Makhzenstrukturen sowie Korruption schwächen demokratisierende Dynamiken noch zusätzlich.⁸⁷

In Marokko scheint das Umfeld für eine erstarkende Zivilgesellschaft und eine Zurücknahme des staatlichen Einflusses bei erstarkendem Privatsektor positiv, weil der König selbst die Demokratisierung teilweise unterstützt, oder ihr aber zumindest nicht völlig feindlich gegenübersteht. Zwar wurde argumentiert, daß die Demokratisierung in den arabischen Staaten von oben auszugehen habe; in Marokko läßt sich denn auch, wie wir im nächsten (3.) Kapitel sehen werden, eine teilweise Liberalisierung „von Oben“ beobachten.

In diesem Kapitel (2) haben wir, um zu dem für die in dieser Arbeit vorgenommene Untersuchung der demokratiefördernden Effekte der Unterstützung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der EMP erforderlichen Vorverständnis zu kommen, zunächst eine Darstellung des Themenkomplexes der Demokratieförderung westlicher Staaten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aus theoretischer Sichtweise

⁸⁶ Der Dependenztheoretiker Samir Amin (1989) z.B. sah in der Forderung des Westens nach mehr Demokratie einen versteckten Angriff auf den real existierenden Sozialismus.

⁸⁷ Zum politischen System Marokkos vgl. das folgende Kapitel (3).

erarbeitet. Wir haben gesehen, daß die Demokratie Bestandteil der Identitäten westlicher Staaten geworden ist, und deshalb auf den politischen Agenden gut platziert ist. Dennoch gibt es Zielkonflikte, bei denen die Demokratisierung anderen Zielen (ökonomischen, sicherheitspolitischen) untergeordnet wird. Nach der Darstellung der konkreten Maßnahmen zur Demokratieförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit haben uns die ethischen Aspekte beschäftigt; „harte“ Mittel der Demokratisierung, wie z.B. Kriege oder verdeckte militärische Einsätze, zur Durchsetzung von Demokratie wurden als ethisch und funktional höchst problematisch eingestuft; jedoch hat sich ein breiter Konsens ergeben, der „weichere“ Methoden wie die der Entwicklungszusammenarbeit anerkennt. Zur Frage nach dem Verhältnis von Demokratie- und Wirtschaftsförderung wurde festgestellt, daß zumindest theoretisch „spill-over-Effekte“ in dem Sinne, das die Förderung der Wirtschaft auch der Demokratie hilft, möglich sind. Insbesondere in arabischen Ländern wie Marokko, in denen ein „krakenhafter“ Staat große Teile nicht nur der Politik, sondern auch der Wirtschaft kontrolliert, kann der Privatsektor als Partner agieren: ein Zurückdrängen des Staates ist in arabischen Ländern im Prozeß der Demokratisierung notwendig, und hier treffen sich privatwirtschaftliche Interessen mit dem der Demokratisierung.

Im folgenden Kapitel (3) werden wir uns intensiver mit dem politischen System Marokkos beschäftigen, ebenso mit der Euro-Mediterranen Partnerschaft. Zur Bearbeitung der Fragestellung ist beides von hohem Nutzen, um sowohl die internen, als auch die durch die EMP extern angestoßenen Dynamiken, die sich auf marokkanische Politik auswirken, besser einschätzen zu können.

3. Marokko und die EMP

Zur Untersuchung der demokratiefördernden Effekte der Zusammenarbeit mit marokkanischen Unternehmerverbänden im Rahmen der Wirtschaftsförderung der EMP ist es zunächst nötig, hierfür relevante Elemente des politischen System Marokkos (Monarchie, Parlament, Makhzen, Zivilgesellschaft) genauer zu untersuchen. Besonders von Interesse sind die politischen Institutionen, deren Demokratiegehalt, die Zivilgesellschaft sowie die Rolle der Eliten in Bezug auf Demokratisierung; wir werden die Ergebnisse dann mit der Theorie der Polyarchie von Dahl (1971) gegenüberstellen und bewerten. Ergebnisse sind, daß die Zivilgesellschaft und das Parlament im politischen Prozeß keine große Rolle spielen, weil sie vereinnahmt werden bzw. über wenig Gestaltungsmacht verfügen. Schließlich wird uns die Frage nach der Rolle der Privatwirtschaft in der marokkanischen Politik beschäftigen, womit der bereits im vorherigen Kapitel hergestellte Konnex Demokratisierung-Wirtschaft wieder aufgegriffen wird. Im zweiten Teil des Kapitels wird die Euro-Mediterrane Partnerschaft Untersuchungsgegenstand sein (3.4).

Die marokkanische Gesellschaft ist heute mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Dazu gehören Armut und Arbeitslosigkeit, Verjüngung der Gesellschaft, Migrationsdruck in Richtung Europa und Drogenproduktion. Zu nennen ist auch der Saharakonflikt und das gespannte Verhältnis zu Algerien: die Westsahara, die bis 1975 unter spanischer Kolonialverwaltung stand, wurde von Marokko unter Berufung auf die vor-spanische Herrschaft unter marokkanischen Sultanen beansprucht. 1975 fand dann der vom König initiierte „grüne Marsch“ statt, bei dem 350.000 marokkanische Zivilisten, und kurz danach auch 80.000 Soldaten, die Westsahara besetzten, welche bis dahin fast ausschließlich von einer nomadischen Bevölkerung bewohnt wurde. Spanien zog sich zurück, und eine von Algerien finanzierte Unabhängigkeitsbewegung, die Polisario Front, etablierte sich gegen den marokkanischen Herrschaftsanspruch. Die UNO plant seit längerem ein Referendum über den Status des Territoriums, was aber bisher immer an der Ablehnung von Detailbestimmungen durch eine der Parteien scheiterte. Marokko betrachtet die Westsahara als marokkanisches Territorium, was international allerdings nicht anerkannt ist.⁸⁸

⁸⁸ Vgl. zur Westsahara-Problematik: Maghraoui (2003)

Das Assoziationsabkommen mit der EU wird als Chance gesehen, diese Problemlagen, wenn nicht zu lösen, so doch wenigstens zu entschärfen. Durch politische, wirtschaftliche und soziale Kooperation könnte die wirtschaftliche Lage Marokkos verbessert werden; dies ginge im Idealfall einher mit niedrigerer Arbeitslosigkeit und sinkendem Migrationsdruck. Die Drogenproduktion in Marokko könnte wirksamer bekämpft werden, wenn für die in diesem Bereich tätigen Menschen erwerbsmäßige Alternativen bereit stünden. Der Sahara-Konflikt könnte friedlich beigelegt werden, wenn das marokkanisch-algerische Verhältnis entspannter wäre; auch hier könnte die EU eine Rolle z.B. als Vermittler spielen, weil ja neben Marokko auch Algerien Partnerland der Euro-Mediterranen Partnerschaft ist. Das Verhältnis zur EU birgt jedoch auch Risiken für Marokko.

3.1 Zum politischen System Marokkos

In den seit 1999 herrschenden König Mohamed VI wurden viele Hoffnungen gesetzt, was die Bewältigung dieser Probleme und die Öffnung des politischen Systems angeht. Während sein Vater, König Hassan II eher autoritär regierte, gab sich der junge Mohamed VI ein liberales Image: er verbesserte die Stellung der Menschenrechte, änderte das Familienrecht in Richtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, und erlaubte die Rückkehr zahlreicher Oppositioneller, die von seinem Vater ins Exil gezwungen wurden. Personalpolitisch erneuerte er die Spitzen des Staates, indem er junge Berater seiner Generation einführte; belastete Repräsentanten des alten Systems wurden entlassen. Besonders die Entlassung des als extrem autoritär geltenden Innenministers Driss Basri, der in seiner Funktion des Innenministers mächtiger war als der Premierminister, während seiner 25-jährigen Herrschaft einen gewaltigen Repressionsapparat aufbaute, einen Geheimdienst dirigierte, welcher auch alle anderen Ministerien ausspionierte, und der schließlich auch für Wahlen (!) verantwortlich war, wurde von vielen als Zeichen der Erneuerung begrüßt.⁸⁹ Biographische Daten des Königs lassen darüber hinaus eine persönliche Nähe zu Europa vermuten: in Frankreich arbeitete er an seiner Doktorarbeit über marokkanisch-europäische Beziehungen, und absolvierte ein Praktikum bei der Europäischen Kommission.⁹⁰ Die lang erwarteten Reformen, die, politisch, einem partizipativen System den Weg ebneten sollten, und, wirtschaftlich, Marokko auf die Einbindung in die globale Wirtschaft vorbereiten

⁸⁹ So z.B. von Nuino (2000)

⁹⁰ Vgl. Willis (1999)

sollten, wurden in Angriff genommen. Die relative Stabilität der politischen Lage schien dem jungen König den Weg für seinen modernen Weg der Reformen zu ebnen:

„The absence of any clear challenge to his rule means that Mohamed VI will be free to pursue the more modernist, outward-looking and reformist inclinations that his background and initial record indicate he possesses. The key question would seem to be whether more traditional, more entrenched and more clientelistic structures that built up over time around his father will allow him to move in such new directions.“⁹¹

Die von Willis (1999) angesprochenen klientelistischen Strukturen, das System des sogenannten *Makhzen*, stellen denn auch ein zentrales Problem für die Bestrebungen, Marokkos dar, sein politisches System zu liberalisieren. Aber schon die hier unterstellte vorausgesetzte Abwesenheit von Herausforderung der Herrschaft von Mohamed VI hat sich spätestens mit den von radikalen Islamisten 2003 in Casablanca durchgeführten Attentate erledigt; diese führten dann auch zu einer Verschärfung der staatlichen Sicherheitskompetenzen. Nach den vielen erwarteten Reformen waren einige Beobachter ob der bescheidenen Ergebnisse doch sehr enttäuscht.⁹² Der König behielt, abgesehen von der Heirat einer bürgerlichen Frau,⁹³ die königliche Etikette bei; sein Beraterstab bestand aus Leuten seiner Generation, deren Erfahrung zwangsläufig beschränkt sein mußte; Reformen wurden nicht in dem Umfang durchgeführt, den sich viele erhofft hatten. Kienle (2004) kommt sogar zu dem Schluß:

„Es ist am Ende schwierig, Mohammed VI. als größeren Demokratisier als seinen Vater Hassan II. zu sehen.“⁹⁴

Über diese einleitenden Bemerkungen zur jüngsten Entwicklung hinaus ist eine detailliertere Analyse der Strukturen der marokkanischen Monarchie notwendig, um die Demokratisierungspotentiale des Landes, die im Zentrum der vorliegenden Arbeit stehen, besser zu verstehen. Welche sind die gesellschaftlichen Kräfte, die auf Veränderung und Demokratisierung hinarbeiten? Welche arbeiten dagegen, sind eher

⁹¹ Willis (1999): 128

⁹² Vgl. Dalle (2004)

⁹³ deren Familie allerdings eine der angesehenen aus Fès stammenden ist und daher der Elite der Fasi zugeordnet werden kann. Aus den Fasi rekrutieren sich in Marokko große Teile der Bildungs-, Wirtschafts- und politischen Eliten. Vgl. zu den Fasi: Meyer (1997)

⁹⁴ Kienle (2004): 68

am Status Quo interessiert? Wie ist die Position des Königs in diesem Zusammenhang zu sehen?

3.1.1 Monarchie

Marokko ist offiziell eine konstitutionelle Monarchie. So sind in der Verfassung Rechte und Pflichten des Königs geregelt. Allerdings ist der marokkanische König, anders als in den konstitutionellen Monarchien des Vereinigten Königreichs oder Spaniens, neben seiner politischen Funktion auch „Oberbefehlshaber der Gläubigen“ in Marokko. Diese religiöse Funktion leitet sich aus seiner Berufung auf eine Abstammung vom Propheten Mohamed her.⁹⁵

Blumenthal merkt hierzu an:

„Kritische marokkanische Verfassungsjuristen interpretieren diese „Sakralität“ des Königs als strikt religiöse“, also: nicht als politische. „Die Praxis der marokkanischen Rechtsprechung, mindestens seit 1970, stellt den König jedoch in dieser „sakralen“ Eigenschaft unter keinerlei Kontrolle und damit über die Verfassung.“⁹⁶

Demnach wäre es möglich, der Tätigkeit des Königs innerhalb der bestehenden Verfassung verfassungsmäßige Grenzen zu setzen. Die Stellung des Königs „über der Verfassung“ ist also keineswegs durch die Verfassung vorgegeben, sondern vielmehr eine relativ neue Konstellation, die sich so insbesondere unter Hassan II, dem Vater des seit 1999 amtierenden Mohammed VI, ausprägte.

Zur Diskussion um die Frage, ob Marokko ein Staat nach westlichem Vorbild mit einer modernen Verfassung ist, in der es traditionelle Elemente gibt, oder ob es sich eher um einen traditionellen, dem Kalifat ähnlichen Staat handelt, plädiert Wolf (1993) für eine Mittelposition: einerseits ist die Legitimation der Macht ganz und gar nicht demokratisch. Andererseits handelt es sich auch nicht um eine „islamisch“ legitimierte Herrschaft, wie man sie in Marokko traditionell kannte, weshalb die Islamisten sich teilweise in Opposition zum Königshaus befinden:

⁹⁵ Vgl. Blumenthal (2003)

⁹⁶ Zitat: Blumenthal (2003): 2

„Cette légitimation du pouvoir, au sens marocain, est en opposition avec des principes essentiels du pouvoir démocratique, au sens large. Autrement dit, non seulement l'exercice du pouvoir, mais aussi son fondement sont en désaccord avec ce que la pensée politique européenne reconnaît comme des valeurs démocratiques fondamentales. (...) Des spécialistes de l'Islam nous assurent, néanmoins, que la légitimation „islamique“ du pouvoir, telle qu'elle est conçue au Maroc, s'écarte des principes classiques en des points importants, et autant qu'en puisse juger un non-spécialiste, leurs arguments sont des poids. Les reproches que formule l'opposition fondamentaliste contre le roi seraient ainsi bien fondés.“⁹⁷

Das politische System Marokkos scheint also sowohl westlich/modern als auch traditionell/religiös legitimiert zu sein, wobei keiner der beiden Pole eine dauerhaft dominante Stellung einzunehmen vermag. Was folgt aus dieser Doppelstruktur (Funktion: religiös/politisch bzw. Legitimation: religiös/modern)? Enthalten sich gläubige Muslime in Marokko jeglicher Kritik an der Politik des Königs, weil dieser auch religiöses Oberhaupt ist? Dem ist nicht so. Wie Maghraoui (2001) analysiert, ist die Legitimität der marokkanischen Monarchie zwar in einer symbolischen Ordnung verwurzelt, die auch als traditionell beschrieben werden kann. Dennoch: diese Ordnung ist nicht durch vererbte persönliche Qualitäten bestimmt. Vielmehr wird zwischen der Person des Königs und der Monarchie als Institution unterschieden; so kann man sich sehr wohl mit der Monarchie als Symbol nationaler Einheit und als legitime Regierungsform identifizieren, und gleichzeitig die Person des Königs als unfair oder ungerecht ansehen. So läßt sich auch die paradoxe Tatsache erklären, daß Hassan II zwar ein relativ unbeliebter König war, aber dennoch 2 Millionen Menschen am Trauermarsch in der Hauptstadt Rabat anläßlich seines Todes teilnahmen. Der Trauermarsch war zwar in großen Teilen organisiert; dennoch spricht die Teilnahme einer solch großen Zahl von Menschen, die überwiegend vom Land stammten und in die Stadt transportiert werden mußten, gegen staatliches Organisieren als alleiniger Faktor. Andererseits scheint aber die Erklärung, daß die Bevölkerung alle Taten des Königs gutheißt, weil dieser eben auch eine religiöse Funktion innehat, falsch zu sein: es gab es in der Geschichte marokkanischer Monarchie immer wieder Widerstand auch gläubiger Muslime. Im Übrigen lassen sich die politischen Entwicklungen des Landes auch anders erklären:

⁹⁷ Zitat: Wolf (1993):364

„The king and his political allies – high military officers, the urban political and economic elite, and rural notables – have been the major beneficiaries of Morocco’s agrarian policies since independence. (...) Those who stood to benefit from agrarian reforms, the poor and landless peasants, simply had no political representation, and they were violently repressed when they mobilized to claim lands. King Hassan got away with his agrarian policies not because he had some mystical hold over his followers but because these policies materially benefited key political actors.“⁹⁸

Eigentlich ist die Rolle des Königs eine unabhängige. Als „arbitraire“, also als unabhängiger Schiedsrichter im Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte, hat er das Gemeinwohl im Auge zu behalten. Was aber wenn der König selber Akteur im politischen Geschehen ist, mit anderen Kräften um Ressourcen konkurrierend?

Die oben genannten „key political actors“ führen uns zur Frage nach der Rolle der Eliten und Institutionen in Marokko und deren Bezug zum Königshaus. Marokkos politisches System ist dabei gekennzeichnet durch die Koexistenz zweier Systemtypen: dies sind ein formelles, parlamentarisch-pluralistisches System, sowie das informelle, auf klientelistischen Beziehungen basierende System des Makhzen:

3.1.2 Parlament⁹⁹

Das parlamentarisch-pluralistische System zeichnet sich aus durch Wahlen und formal demokratische Institutionen. In dem Zweikammersystem wird die erste Kammer alle 5 Jahre gewählt, seit 2002 mit Verhältniswahlrecht. Die zweite Kammer, „Chambre des Conseillers“ (Beraterkammer), ist in der Verfassung von 1996 als Gegengewicht zur ersten konzipiert; in ihr sitzen 3/5 lokale Vertreter sowie 2/5 Vertreter von „Berufsvertretungskammern und Gewerkschaften“.¹⁰⁰ An diesem parlamentarischen System wird kritisiert, daß insbesondere die zweite Kammer den Parlamentarismus

⁹⁸ Zitat: Maghraoui (2001): 77

⁹⁹ Vgl. im folgenden, so nicht anders gekennzeichnet: Blumenthal (2003)

¹⁰⁰ Blumenthal (2003): 3. Aus welchen Berufsvertreterkammern genau diese Abgeordneten kommen, konnte nicht ermittelt werden; vermutlich handelt es sich um Handelskammern. Diese wurden in einem Interview mit einem Mitarbeiter eines EU-Projekts als sehr staatsnah beschrieben. Für die Fragestellung hätte dies dann keine unmittelbare Relevanz, weil sie sich ja gerade auf die demokratisierende Funktion formal staatsunabhängiger Unternehmerverbände bezieht. Auch Kienle (2004):68 sieht in dieser zweiten Kammer, im Rahmen der Frage nach der Demokratisierung Marokkos, eine „konservative Kraft“, die politischem Wandel entgegensteht.

schwächt und verlangsamt. Die beiden Kammern des Parlaments müssen die Regierung und den Premierminister bestätigen; allerdings erst, nachdem der König die 5 „Souveränitäts-Ministerien“ (Innen, Außen, Verteidigung, Justiz, Religion) besetzt und den Premierminister selbst vorgeschlagen hat. Die Mitwirkungsrechte des Parlaments sind also hier recht beschränkt.¹⁰¹ Dem entspricht, daß die Wahlen bis in die 90er Jahre hinein größtenteils gefälscht wurden, daß Druck ausgeübt wurde usw., und daß die Wahlen in den Augen unabhängiger Beobachter meist nur Alibiveranstaltungen waren. Es gibt Anzeichen, daß sich dies ändert; so wurden bereits bei den Wahlen von 1998, insbesondere aber von 2002, Standards eingehalten, die einem westlichem Demokratieverständnis näherkommen. 1998 gab es die große Überraschung, daß es einen Regierungswechsel gab, in dem Hassan II die beiden größten Oppositionsparteien, die USFP (Union Socialiste des Forces Populaires; sozialdemokratisch), Istiqlal (konservativ) sowie die RNI (Rassemblement National des Indépendants; mitte-rechts) zur Regierungsbildung heranzog; Premierminister wurde Abderrahmane Youssouffi. Paradoxerweise stärkte dieser Regierungswechsel das Königshaus; dies lag nicht zuletzt an der erneuten Ernennung des Innenministers Driss Basri und der Tatsache, daß Basri und Youssouffi sich gegenseitig blockierten: während Youssouffi für die Reformagenda stand, war Basri Reformgegener; lachender Dritter war das Königshaus.¹⁰²

In den Wahlen von 2002 wurde der Fortschritt des Regierungswechsels auch wieder relativiert; eine schwache Wahlbeteiligung (52%), erdrutschartige Siege der Islamisten (die vermutlich nur dank ihres Verzichts, in allen Wahlkreisen anzutreten, keine absolute Mehrheit erhielten) insbesondere in den Großstädten und eine Regierung, die sich von der vorherigen wenig unterscheidet, wurden ernannt. Ein Lichtblick: aufgrund einer Quote hat sich der Frauenanteil im Parlament von 0,6 auf 10,7% um ein Vielfaches erhöht; ein bitterer Beigeschmack bleibt, weil die großen Parteien nicht in der Lage waren, Frauen auf regionalen Listen prominent zu platzieren (keine einzige z.B. auf den Listen der USFP, einer sozialdemokratisch-progressiven Partei), und daher für alle Parteien noch eine nationale, für Frauen reservierte Liste eingerichtet werden mußte.¹⁰³ Bemerkenswert ist auch, daß die einzige Partei mit einem signifikanten Frauenanteil auch auf regionalen Listen die islamistische *Parti de la justice et du*

¹⁰¹ Vgl. De la Guérivière (2003)

¹⁰² Vgl. Nuino (2000): 79

¹⁰³ Vgl. zu den Wahlen von 2002: De la Guérivière (2003)

*développement (Partei der Gerechtigkeit und der Entwicklung, PJD) war. Womöglich handelt es sich hierbei, trotz der religiös-konservativen Ausrichtung, um eine der bedeutendsten Reformkräfte Marokkos; dafür spricht, daß sie sowohl vom politischen Establishment als auch von klientelistischen Makhzenstrukturen relativ unabhängig ist.*¹⁰⁴

Auch heute noch von Interesse ist die These von Lopez Garcia (1992), bezogen auf die Wahlen von 1992: in Analogie zum Verhältnis von Staat/Königshaus/Makhzen und den aufmüpfigen Stämmen in der präkolonialen Epoche, in der die Stämme sich gegenseitig zugunsten der Zentralmacht neutralisierten, wirkt heute das Gegeneinander der Parteien, mit Hilfe der indirekten Wahl, zugunsten des Königshauses:

*„Mais comme c’était le cas avec le Makhzen et les tribus à l’époque pré-coloniale, aucune des nouvelles tribus – les partis – ne peut émerger par rapport aux autres, d’où la fonction niveleuse du suffrage indirect; niveleuse en effet pour le système, mais masquant la volonté populaire, quoiqu’il ne faille pas perdre de vue les données générales, pour éviter de confondre formation majoritaire ... et majorité sociologique du pays.“*¹⁰⁵

Die Beobachtung, daß die Parteienkonkurrenz das politische Geschäft nicht fördert, sondern blockiert, scheint heute, 12 Jahre später, nach wie vor richtig zu sein. Die marokkanische Parteienlandschaft ist zwar vielfältig (22 Parteien sind momentan im Parlament vertreten), größtenteils sind sie jedoch (oft eher auf persönliche als auf programmatische Differenzen zurückzuführende) Absplitterungen anderer Parteien. Sie funktionieren sehr personenzentriert und sind durch klientelistische Beziehungen geprägte Organisationen. Zudem ist die Ernennung des Regierungschefs und der zentralen Ministerposten Sache des Königs; der momentan herrschende Premierminister entstammt nicht nur nicht der stärksten Partei oder der Regierungskoalition, sondern ist der parteilose ehemalige Vermögensverwalter des Königs.

Camau (1996) sieht einen Zusammenhang zwischen Rivalitäten traditionell klientelistischer Gruppen untereinander und den sich auf die nationale Ebene in übersetzenden Parteidifferenzen:

¹⁰⁴ Vgl. Blumenthal (2004)

„Ces réseaux (...) répondent à une double nécessité: les populations rurales ont besoin de „patrons“ qui défendent leurs intérêts auprès du pouvoir central et les assistent dans les conflits locaux; les leaders politiques ont besoin de clients qui leur permettent de figurer dans la compétition pour le pouvoir. La survivance – liée aux conflits locaux – des groupements les plus petits de l'ancienne structure tribale se combinera avec la division des partis politiques, dont elle déterminera les bases de recrutement. Ceux-ci recueilleront des adhésions en fonction des oppositions locales. L'adhésion de tel groupement local à tel parti provoquera l'adhésion du groupement rival au parti rival.“¹⁰⁶

Lokale Konflikte, in denen politische Führer die ländliche Bevölkerung an sich binden, schreiben sich fort bis in die nationale Parteienlandschaft, weil die lokalen Gruppen Rekrutierungsreservoir der Parteien sind und Parteizugehörigkeit sich nach der lokalen Gruppenzugehörigkeit richtet. Tritt eine lokale Gruppe einer Partei bei, wird die rivalisierende Gruppe der rivalisierenden Partei beitreten. Das Weiterleben lokaler Konflikte in der marokkanischen Parteienlandschaft schwächt das Parteiensystem daher zusätzlich.

Abschließend kann daher festgehalten werden: tatsächliche Macht und Mitwirkungsmöglichkeiten der Parteien bzw. des Parlaments sind schwach ausgebildet. Der König schwächte 2002 das Parlament noch zusätzlich durch die Benennung seines, vgl. unter 3.1.1, Vermögensverwalters, der keiner Partei angehört, zum Premierminister:

„All of this is but another sign of the King's clear intention to increase his grip on government, to avoid internal political debate and accompanying pressure, and to give it a clear technocratic leaning towards social and economic efficiency.“¹⁰⁷

Der Westen sieht all dies mit einem lachenden und einem weinenden Auge: der König demokratisiert das Land nicht mit dem Engagement, das man sich von europäischer Seite her gewünscht hätte. Andererseits hält er die Islamisten, potentiell stärkste Partei, in

¹⁰⁵ Zitat: Lopez Garcia (1992): 423

¹⁰⁶ Camau (1996) : 89

¹⁰⁷ Zitat: Sater (2003): 141

Schach, indem er ihnen durch die Ernennung klar signalisierte, wer das Sagen hat, und daß er sich durch Wahlen nicht aus der Fassung bringen lässt; indem er letztendlich aber die Bedeutungslosigkeit politischer Parteien noch verstärkte. Das Risiko dieser Strategie scheint zu sein, daß sie die Islamisten weiter stärken könnte:

*„...it seems clear that it is the political force that has chosen to be in the opposition, that is, the Islamists, that is going to be the most credible popular force in the future.“*¹⁰⁸

Abschließend bleibt festzuhalten, daß das marokkanische parlamentarische System nicht den an demokratische Systeme gestellten Anforderungen genügt: es verfügt über zu wenig Gestaltungsspielraum. Insbesondere die Wahl der Regierung durch das Parlament ist eine Farce, weil die zentralen Ministerien sowie der Regierungschef direkt vom König benannt werden, ohne daß das Parlament substanziellen Einfluss auf die Wahl ausüben könnte. Dazu kommt, daß die Parteien ebenfalls schwach sind, und oft regionale Rivalitäten die Bildung von und die Zugehörigkeit zu Parteien bestimmen. Im Folgenden werden wir untersuchen, welche weiteren Institutionen in Marokko Politik gestalten; zunächst begegnet uns hier das Makhzen-System.

3.1.3 Makhzen

Das dritte (nach König, Parlament/Parteien) tragende Element des politischen Systems Marokkos ist, trotz seines Einflusses weitgehend unbekannt; man findet wenig Literatur zum Thema, denn ein Charakteristikum dieses informellen Systems ist es, daß man in Marokko nicht darüber spricht (oder schreibt). Es handelt sich um ein informelles, *„nicht unbedingt durch die Verfassung, aber durch die normative Kraft des Faktischen“*¹⁰⁹ abgesichertes Herrschaftsnetz, genannt Makhzen.¹¹⁰ Dieses Herrschaftsnetz hat sein Zentrum am Königshof. Es besteht einerseits aus Ritualen und Zeremonien, die Hierarchie und Autorität herstellend die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes prägen, die Privilegien und Rang als Funktion familiärer Herkunft, sozialer Verbindungen und der Nähe zum Zentrum der Macht, also zum König, zuweisen. Zugleich ist es

¹⁰⁸ Zitat: Sater (2003): 142

¹⁰⁹ Zitat: Blumenthal (2003): 2

¹¹⁰ Zur Bedeutung des Wortes Makhzen: Wehr (1985): „Al-Makhzan: marokkanisches Regierungssystem, abgeleitet wird dieses vom Wort *makhzan*, was so viel heißt wie Speicherraum, Warenhaus, Depot“. In einem Interview wurde weiter erklärt, daß die öffentliche Hand über dieses Depot verfügte. In Notfällen konnte man hier Hilfe erhoffen.

„eine politische Verwaltungsstruktur, von vom König ernannten Beratern und regionalen Autoritäten, den Walis, bis hin zu den Stadtviertel-Verwaltungsvorstehern, den Moquadems, reichend. Eine Struktur mit Verwaltungs- und Sicherheitsaufgaben, die in dieser Form, zum Teil parallel zu den gewählten Gebietskörperschaften, Stadträten u.a.m., zum Teil diese überlappend, die öffentliche Ordnung bewahrt.“¹¹¹

Diese beiden Strukturen arbeiten teilweise auch Hand in Hand; so wird berichtet, daß man zum Erhalt offizieller Dokumente von der Verwaltung die Empfehlung des dem Makhzen-System zuzurechnenden Stadtviertelvorstehers (der formal-rechtlich überhaupt nicht existiert) benötigt.¹¹² Interessant ist diese Doppelstruktur aus Sicht der Strafverfolgung: bei Straftaten, an deren Aufklärung größeres Interesse besteht, wird die Parallelstruktur des Makhzen-Systems genutzt; Viertelvorsteher sind meist sehr gut informiert, und so können Beschuldigte oft erstaunlich schnell ausgemacht werden.¹¹³

Catusse 2002 beschreibt das Makhzen-System folgendermaßen:

„Le système politique makhzénien marocain pourrait être en effet considéré comme une „formation sociale“ organisée autour d’un ordre néo-patrimonial.“¹¹⁴

Es ist schwer zu sagen, welchen Anteil das Makhzen-System an den Entscheidungsfindungen in der marokkanischen Gesellschaft hat. Es spricht jedoch viel dafür, daß seine Bedeutung im politischen System sehr hoch ist; angesichts eines schwachen Parlaments, schwacher Parteien und, wie weiter unten dargestellt, der schwachen Stellung von Nichtregierungsorganisationen und Presseorganen, liegt die Erklärung nahe, daß das Machtvakuum sowie die Verbindung der marokkanischen Gesellschaft mit dem Königshaus durch diese traditionell-klientelistische Struktur gefüllt wird. Aber auch im Bereich der Wirtschaft verfügt das Makhzen-System über Einfluß. Die Frage ist in beiden Fällen, wie die plausiblerweise immer wieder auftretenden Interessenkonflikte zwischen (ökonomisch-) rationalen Positionen und Makhzenpositionen gelöst werden, und wie dazu die Position des Königs ist. Dieser steht zwar im Zentrum des Makhzensystems, es häufen sich jedoch die Anzeichen, daß er selber mit dieser Konstellation nicht ganz zufrieden ist.

¹¹¹ Zitat: Blumenthal (2003): 2

¹¹² Vgl. Nuino (2000): 78

¹¹³ Interview in Marokko.

Hier bleibt festzuhalten, daß es sich beim Makhzen um ein informelles, intransparentes System von Abhängigkeiten und klientelistischen Beziehungen mit dem König im Zentrum handelt. Es überzieht das ganze Land und verfügt über Vertreter bis hinunter zur lokalen Ebene. Es operiert zwar verdeckt, daher liegen wenige Erkenntnisse über seine Gestaltungsmacht vor; dennoch ist anzunehmen, daß das Makhzen-System das Land beherrscht und über weitaus mehr Macht verfügt als politische Parteien oder das Parlament. Es kann als eines der Haupthindernisse für demokratisierende Dynamiken angesehen werden. Deshalb ist es für die Frage, ob die Verbände demokratisierende Funktionen wahrnehmen, besonders relevant, inwiefern die Verbände mit dem Makhzen-System verflochten sind. Die Literatur bietet zu dieser Frage keinerlei Hinweise; deshalb werden wir dieser Frage im empirischen Teil dieser Arbeit weiter nachgehen.

3.1.4 Zivilgesellschaft

Nachdem wir die zentralen politischen Institutionen (Monarchie, Parlament, Makhzen) untersucht haben, werden wir uns nun der Partizipationsmöglichkeiten „von Unten“ zuwenden: der Zivilgesellschaft. Theoretisch kommt nämlich der Zivilgesellschaft in der Demokratie eine bedeutende Rolle zu. Die uns daher in diesem Zusammenhang interessierende Frage ist die, ob die Unternehmerverbände als zivilgesellschaftliche Akteure eingestuft werden können; als Arbeitshypothese wird dies zunächst bejaht. Zwar sind die Unternehmerverbände keine zivilgesellschaftlichen Organisationen im engeren Sinne, aber diese Arbeit unterstellt ihnen eine zivilgesellschaftliche Funktion. Ob dies so zutrifft, wird sich im empirischen Teil der Arbeit ergeben.

In den 90er Jahren gewannen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Marokko an Bedeutung. Dies ging einher mit der vorsichtigen Liberalisierung des politischen Systems, die bereits von Hassan II zum Ende seiner Herrschaftszeit eingeleitet wurde. Gleichzeitig wanderten in den letzten Jahrzehnten große Teile der ländlichen Bevölkerung in die Städte ab; ab Anfang der 90er war die Gruppe der in einer Stadt lebenden Marokkaner größer als die der auf dem Land lebenden.¹¹⁵ Die Landflucht hatte oft verheerende Folgen, was sich insbesondere in den Slums, den *Bidonvilles*, der

¹¹⁴ Zitat : Catusse (2002): 204

¹¹⁵ Vgl. Roque (2004b)

großen Städte beobachten läßt: eine katastrophale materielle Lage geht einher mit dem Verlust von Gemeinschaft und Wertesystemen sowie mit sozialer Entwurzelung; eine Konstellation, die oft als idealer Nährboden für Terrorismus angesehen wird.¹¹⁶ Die zivilgesellschaftlichen Organisationen könnten vielleicht die Rolle der dieser Entwurzelung entgegenarbeitenden Akteure einnehmen.

Die großen zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Marokko sind die Menschenrechtsbewegung, die Frauenbewegung und die Berberbewegung. Zudem gibt es zahlreiche NGOs in den Bereichen der wirtschaftlichen Modernisierung und Lokalentwicklung sowie der (oft religiös fundierten) Wohltätigkeit.¹¹⁷

Allerdings fällt in Marokko auf, daß viele NGOs nicht unabhängig sind von bestehenden Parteien oder vom Staat: am Beispiel des Menschenrechtsdiskurses zeigt Sater (2002a), wie das Thema von Parteien und Staat gleichsam vereinnahmt wird. Die Nähe der Ligue Marocaine des Droits de l'Homme (LMDH) zur damaligen Regierungspartei Istiqlal schränkte ihre Kritikfähigkeit stark ein. 1981 starben mehr als 600 Demonstranten bei einer Demonstration, zu der die Gewerkschaft Confédération Démocratique du Travail (CDT) aufgerufen hatte; es gab hier keine nennenswerte Kritik seitens der LMDH. Derweil wurde die Association Marocaine des Droits de l'Homme (AMDH), die den Sozialdemokraten von der USFP nahesteht, ebenso wie die Partei selbst ab 1981 Opfer starker Repression. Von beiden NGOs (LMDH, AMDH) kann daher gesagt werden, daß sie aufgrund der Nähe zu politischen Parteien oft keine unabhängige Arbeit leisten.¹¹⁸ Übrigens waren die ersten beiden Frauen im marokkanischen Parlament, für die USFP bzw. für Istiqlal, ehemalige hochrangige AMDH bzw. LMDH-Mitglieder; diese NGOs werden also auch als politisches Rekrutierungsreservoir betrachtet, was ihre Unabhängigkeit zusätzlich in Frage stellt; was aber andererseits auch in westlichen Ländern üblich ist.

Neben dem Bereich der Menschenrechte wurden seit Mitte der 80er vermehrt Frauenorganisationen gegründet, für die diese Diagnose ausdrücklich nicht zutrifft. NGOs wie z.B. die Association Démocratique des Femmes du Maroc (ADFM), die aus einer kommunistischen Partei (Parti du Progrès et du Socialisme, PPS) hervorging, sich jedoch mit der Zeit mehr und mehr von dieser distanzierte und unabhängiger wurde. In

¹¹⁶ Vgl. Belaala (2004)

¹¹⁷ Vgl. Roque (2004a)

¹¹⁸ Vgl. Sater (2002a)

der Diskussion um die Änderung des *code de famille*, des Familienrechts¹¹⁹ (die Änderung wurde 2003 beschlossen) spielten die Parteien dann sogar kaum eine Rolle; es waren vielmehr feministische und islamistische Kräfte außerhalb des Parteienspektrums, die die Diskussion beherrschten.

„Women’s associations seem to have gained a remarkable independence, which might be due to the nature of their demands within a conservative, Arabo-Islamic cultural framework. Mass-based political parties have rarely focussed on the demands of women for their votes which might be dependent upon the votes of their men and thus inferior to men’s votes. The mobilisation of mainly rural women during the famous Casablanca demonstration against the PIFD (Plan d’Integration de la Femme au Développement; D.S.) (March 2000) illustrates the fragile political position of political parties in favour of women’s rights.“¹²⁰

Der Fall der Frauenrechte scheint jedoch eine Ausnahme zu sein; im Allgemeinen nutzen die Parteien ihre Verbindungen zu NGOs, um ihre Machtposition zu erhalten oder zu sichern, oft auf Kosten der Arbeit der NGO. Dies wurde deutlich, als z.B. 2001 Ali Lahjouji, ehemaliger Präsident des Unternehmerdachverbandes CGEM eine Partei gründen wollte, Forces Citoyennes, und dabei scheiterte, weil er nicht die nötigen Genehmigungen erhielt.¹²¹ Gleichzeitig wurde im Parlament einer Gesetzesvorlage diskutiert, die die Gründung von Parteien erschwerte.

Überraschend ist die Fähigkeit des Staates, zivilgesellschaftliche Diskurse (und Organisationen) zu vereinnahmen:

„One of the most striking features of Morocco’s civil society is the state’s capacity to participate in its construction. The state penetrates discourses that are initiated by groups in civil society, thereby shaping the extent of civil society criticism.“¹²²

Die Organisationen der Zivilgesellschaft würden also nicht aus eigener Kraft aktiv werden, sondern wären immer abhängig vom Wohlwollen und vom Interesse der politischen Parteien, die, ohnehin schwach, in erster Linie am Machterhalt interessiert

¹¹⁹ Die Änderung wurde im Jahre 2003 beschlossen.

¹²⁰ Zitat: Sater (2002a): 109

¹²¹ In einem Interview in Marokko wurde berichtet, daß er daraufhin auch innerhalb der CGEM entmachtet wurde.

¹²² Zitat: Sater (2002a): 112

sind. In diesem Zusammenhang interessant ist das von Sater (2002a) zitierte Mitglied des Rats für Menschenrechte CCDM:

„In fact, these problems of human rights affect far more people in Morocco than do political and civil rights and, once these problems are solved, we should focus our attention on other issues. We have to include problems of poverty, education and labour law, such as the right to education. Moreover, we have to create a human rights culture. If we have this, people behave accordingly, and we will not need human rights organisations. With illiteracy rates being high, people can be manipulated by NGOs saying ‚Hey, I can do this much better.‘ (...) If we have a culture of human rights, we don't need NGOs to speak for them. Then the people can speak for themselves.“¹²³

Die Argumentation zielt hier vordergründig auf „empowered individuals“; letztendlich handelt es sich aber um eine Schwächung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Gunsten des Staates. Dieser nutzte in den letzten Jahren den Menschenrechtsdiskurs, der potenziell eine Herausforderung für ihn darstellt, um sein nationales und internationales Image zu verbessern, und zwar durch die Schaffung von Institutionen, Ministerien, Räten und einem Dokumentationszentrum für Menschenrechte. Internationalen Beobachtern blieb nichts anderes übrig, als dieses Engagement gut zu heißen. Störend ist nur die (von vielen Menschenrechtsaktivisten geäußerte) Vermutung, daß sich in den letzten 15 Jahren auf dem Gebiet der Menschenrechte in Marokko nichts wesentlich verändert habe, von der rhetorischen Ebene einmal abgesehen. Andererseits hat Marokko alle wesentlichen Menschenrechtskonventionen unterzeichnet und ratifiziert.¹²⁴ Es fällt daher schwer, ein eindeutiges Bild der Lage der Menschenrechte in Marokko zu zeichnen. Die Regierung bemüht sich im Bereich der Menschenrechte; aber sie versucht auch, kritische NGOs zu schwächen bzw. zu beeinflussen.

Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß der Bereich der Menschenrechte beispielhaft für die Verfassung der marokkanischen Zivilgesellschaft insgesamt ist: große Teile sind staatlich kontrolliert. Das (rhetorische) Bekenntnis zu den Menschenrechten entspricht oft nicht den realen Verhältnissen; der entsprechende Diskurs wird zur Stabilisierung der bestehenden Ordnung instrumentalisiert. Für den Bereich der Frauenrechte ist das allerdings nicht der Fall: Parteien engagieren sich

¹²³ Zitat: Sater (2002a): 113

nicht, die Diskussion spielt sich zwischen (staatsfernen) Feministinnen und Islamisten ab. Der König reagierte mit einer moderaten Änderung des *Code de famille*. Angesichts der Massenverhältnisse der Demonstrationen, die in Rabat (dafür) und, um ein vielfaches größer, überwiegend aus von Islamisten mobilisierten, aus ländlichen Gebieten stammenden Frauen bestehenden, in Casablanca (dagegen) abgehalten wurden, erscheint dies noch progressiv.

Es scheint zwar, als gebe es in Marokko eine Neutarierung der Machtzentren; alte Allianzen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien sind nicht mehr so fest wie noch vor einigen Jahren. LMDH und AMDH, gemeinsam mit der neugegründeten *Verité et Justice*, die sich auf die sensibelsten Bereiche der Menschenrechte konzentriert, auf gewaltsames Verschwinden und Folter, veröffentlichten eine Liste mit hochrangigen, für einige der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen in Marokko verantwortlichen Beamten. Die politische Kritik radikalisierte sich also. Die Reaktion des Staates kam prompt in Form einer Verurteilung von 35 Aktivisten zu Haftstrafen von bis zu 4 Monaten wegen unerlaubten Demonstrierens anlässlich des 52. Jahrestages der UN Declaration of Human Rights am 9. Dezember 2000.

Die historisch enge Beziehung zwischen politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Assoziationen beschränkt die Kritikfähigkeit der NGOs. Dies ist, wenn man auch hervorheben könnte, daß die NGOs ihre guten Kontakte gelegentlich in staatliche Aktionen umsetzen könnten, aus demokratietheoretischer Sicht ein eindeutiger Nachteil: Kennzeichen der Zivilgesellschaft ist ja gerade, daß sie, als Bewegung von Unten bzw. als Sphäre, sowohl vom Staat als auch vom Privatsektor unabhängig ist. Dies ist in Marokko nicht gegeben, die Zivilgesellschaft wird in großen Teilen vom Staat kontrolliert.

Dies führt uns zur Arbeitshypothese dieser Arbeit, daß die Wirtschaftsverbände demokratisierend wirken: wenn große Teile der Zivilgesellschaft zu wenig unabhängig sind, als daß von ihnen Veränderungen ausgehen könnten, dann muß die Frage gestellt werden, ob dies auch für die Unternehmerverbände gilt, denn diese Arbeit unterstellt den Verbänden zivilgesellschaftliche Funktionen: Sie sind zwar dem Privatsektor zuzurechnen; dennoch sind von ihnen wichtige gesellschaftliche Impulse zu erwarten.

¹²⁴ Vgl. Magnarella (1999): 6

Wie wir im ersten Teil der Arbeit gesehen haben, ist der „allmächtige Staat“, der starken Einfluß nimmt auf weite gesellschaftliche Bereiche (Wirtschaft, Zivilgesellschaft) in den arabischen Ländern ein großes Hindernis für politische und wirtschaftliche Entwicklung, so auch in Marokko (wenn auch in geringerem Umfang als z.B. in Tunesien.)¹²⁵ In Marokko ist sind daher von den Verbänden, als zwar dem Privatsektor zuzurechnende Akteure, im Verhältnis Staat-Wirtschaft-Zivilgesellschaft dennoch den Staat zurückdrängend, demokratisierende Impulse zu erwarten. Im empirischen Teil werden wir diesen nachgehen.

3.2 Polyarchie

Wir werden nun die gewonnen Erkenntnisse über das politische System Marokkos systematisch reformulieren. Wir greifen dabei zurück auf den von Dahl (1971) erarbeiteten Kriterienkatalog, und wenden ihn auf die marokkanische Situation und die Rolle der Verbände an.

Dahl konzeptualisierte Demokratie mit dem Begriff der Polyarchie: Polyarchien sind demnach die „real-existierenden“ Demokratien, wobei Demokratie als Idealzustand nirgendwo verwirklicht ist. Eine Polyarchie ist ein Staat, der im Wesentlichen zwei Kriterien erfüllt: einerseits muß er inklusiv sein, d.h. er muß die Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen (Partizipation), andererseits muß er sich öffentlicher Kritik bzw. öffentlichem Wettbewerb (public contestation) gegenüber öffnen. Die Konzeption von Dahl beinhaltet nicht nur die Freiheit zu wählen oder zu kandidieren, sondern auch die Redefreiheit, die Freiheit zur Veröffentlichung abweichender Meinungen, Organisationsfreiheit; kurz: nicht nur einen eng gefaßten politischen Pluralismus, sondern einen breiteren sozialen Pluralismus.¹²⁶

Er nennt 8 notwendige, nicht hinreichende Bedingungen für Demokratie:

1. “the freedom to form and join organizations;
2. the freedom of expression;
3. the right to vote;
4. the right of political leaders to compete for support;
5. alternative sources of information;

¹²⁵ Vgl. Ibrahim (1993), Ghalioun (2004)

¹²⁶ Vgl. Diamond (1997): 3

6. eligibility for public office;
7. free and fair elections;
8. institutions for making government policies dependent on votes or other expression of preference.”¹²⁷

Wie ist nun, angesichts dieser 8 Voraussetzungen, die politische Lage in Marokko zu beurteilen? Den obigen Ausführungen entnehmen wir, daß Marokko bei allen 8 Komponenten Defizite aufzuweisen hat:

Die Freiheit, Organisationen zu gründen und ihnen beizutreten ist noch relativ positiv zu beurteilen; dennoch war das Regime, insbesondere unter Hassan II, lange Zeit repressiv und verhinderte das Zustandekommen kritischer Parteien oder NGOs. Zwar ist Marokko in dieser Hinsicht seit den 90er Jahren liberaler geworden; dennoch ist die Partei der radikalen Islamisten nach wie vor verboten. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen betreffend mag die Lage quantitativ gesehen gut sein; die Nähe zu politischen Parteien und zum Staat sowie der Ausschluß relevanter Themen aus dem politischen Zentrum, wenn sie zu kontrovers sind (Frauenrechte), zeigen ein anderes Bild. Hier sind auch die Unternehmerverbände einzuordnen: als ein gesellschaftliches Sprachrohr für Bürger (hier: Unternehmer bzw. Unternehmen), das Interessen formuliert und artikuliert. Inwiefern die Unternehmerverbände diese Funktion erfüllen, und ob sie darüber hinaus noch weitere Funktionen wahrnehmen, die in Richtung Demokratisierung zu deuten sind, wird Gegenstand des kommenden Kapitels sein. Wenn es um sensible Bereiche geht (Monarchie, nationale Einheit, Islam), ist die Toleranzgrenze des marokkanischen Staates recht gering. Wir werden hier ein Beispiel aus dem Bereich der Medien aufgreifen, der unter diesem ersten Punkt abgehandelt werden kann; er ist jedoch auch für die Punkte 2 (freie Meinungsäußerung) und 5 (alternative Informationsquellen) bezeichnend:

Die Pressefreiheit gilt in Marokko nur sehr eingeschränkt. Im Dezember 2000 ließ der sozialdemokratische Premierminister zwei Zeitungen verbieten, weil sie einen Brief veröffentlicht hatten, der die USFP mit zwei gescheiterten Putschversuchen des Militärs gegen den König aus den 70er Jahren in Verbindung brachte. Weil viele Zeitungen

¹²⁷ Zitat: Dahl (1971): 3

durch Parteien kontrolliert werden, ebenso die Journalistengewerkschaft, gab es in Marokko trotz dieses Vorfalls keine anschließende Diskussion über die Pressefreiheit. Erst als die französische *Le Monde* das Thema diskutierte, und die *International Federation of Human Rights* ihr jährliches Meeting im Januar 2001 in Casablanca abhielt, kam der Chefredakteur eines der verbotenen Blätter zu Wort, was zu einer höchst peinlichen Situation für die anwesende politische Elite führte; einige Tage später wurde denn auch das Verbot aufgehoben.

Noch zur Zeit von Hassan II schrieb Bendourou (1996) zum Thema Pressefreiheit:

*„The print media have a certain amount of leeway to criticize the government, but they cannot directly attack the policies of the king, or criticize his decisions or speeches - limits that have been particularly firm since the end of the 70s. Moreover, press freedom can only be exercised within bounds marked by respect for the kingdom’s sacred principles of monarchy, Islam, and territorial integrity.“*¹²⁸

Dies ist auch heute noch zutreffend. Zwar kann heute in marokkanischen Zeitungen viel mehr diskutiert werden als noch unter Hassan II; so wird gelegentlich sogar Kritik an Politiken laut, die auch vom König vertreten wird. Allerdings gibt es nach wie vor das sensible Thema der Monarchie; im November 2001 wurde der Chef des Wochenmagazins *Demain* verhaftet, weil er über den angeblichen Verkauf des Königspalastes in Shkirat berichtete. Der königliche Staatsanwalt brachte seine Position auf die Formel:

*„A stone remains a stone, until it becomes a stone of a royal palace: then it becomes sacred.“*¹²⁹

Die Punkte drei und vier des Dahlschen Kriterienkataloges (Wahlrecht/das Recht politischer Führer um Unterstützung zu konkurrieren) scheinen oberflächlich gesehen erfüllt zu werden: das allgemeine Wahlrecht gilt in Marokko, und politische Führer, die um Unterstützung kämpfen, gibt es zuhauf (vgl. 22 Parteien im Parlament). Jedoch werden die Grenzen dieser beiden Rechte in Marokko schnell deutlich: wie wir oben gesehen haben, sind die marokkanischen Parteien schwach und werden künstlich vom König schwach gehalten. Wenn man die Punkte 6 (Wählbarkeit für öffentliche Ämter)

¹²⁸ Zitat: Bendourou (1996): 115

und 7 (freie und faire Wahlen) mit einbezieht, wird deutlich: Marokko hat hier schwere Defizite. Der amtierende Ministerpräsident ist überhaupt nicht gewählt worden, sondern direkt vom König ernannt. Die Zahl der durch Wahlen zu besetzenden *public offices* ist schon arg begrenzt, und vor allem die wichtigsten unter ihnen werden vom König besetzt (Ministerien für Außen-, Innen-, Verteidigungspolitik, Religion, Justiz); diese Tatsache läßt die „Wahl“ eines Parlamentes, das eine Regierung „bestätigen“ muß, wie zur Farce werden. Zum letzten Punkt muß nicht mehr viel gesagt werden: Institutionen, die dafür sorgen, daß Regierungspolitik von Wahlen oder anderen Formen der Präferenzäußerung abhängt, gibt es in Marokko nicht (wenn man voraussetzt daß Dahl dabei nicht an die Präferenzäußerungen eines Königs dachte).

Zur besseren Übersicht seien die Dahlschen Kriterien am Beispiel Marokkos hier in Form einer Tabelle dargestellt:

Dahls Kriterium	am Fall Marokkos
1. Organisationsfreiheit	eher positiv
2. Meinungsfreiheit	eher negativ
3. Aktives Wahlrecht	eher positiv
4. Politische Konkurrenz	eher negativ
5. Alternative Informationsquellen	eher negativ
6. Passives Wahlrecht	negativ
7. Freie + faire Wahlen	negativ
8. Institutionen	negativ

Tabelle 1

Am ehesten bestehen Organisationsfreiheit und aktives Wahlrecht (erst seit den letzten Wahlen), beide mit Einschränkungen. Um Meinungsfreiheit, politische Konkurrenz und alternative Informationsquellen ist es schon schlechter bestellt; passives Wahlrecht, freie und faire Wahlen sowie insbesondere die Institutionen, die dafür Sorge tragen, daß Regierungspolitik von den Präferenzen der Wählern abhängen, sind schwach vertreten.

Die Gültigkeit der 8 Voraussetzungen von Dahl wird zudem durch die Korruption in Marokko zusätzlich eingeschränkt. Korruption von Amtsinhabern kann Rechtsschutz völlig unterlaufen und freie Wahlen zunichte machen; die Freiheit der Medien ist eingeschränkt, wenn Redakteure bestochen werden usw. Und die Korruption ist ein großes Problem in Marokko:

¹²⁹ Von Sater (2002a) zitiert auf Seite 112; nach: Le Journal Hebdomadaire 17-23 Nov. 2001

„*La corruption fait parti intégrante de la vie économique et politique du Maroc.*“¹³⁰

Die Korruption findet in den Kriterien Dahls keinen direkten Ausdruck. Dennoch ist es im Hinblick auf die starke Position des klientelistischen Makhzen-Systems in Marokko sinnvoll, das Ausmaß der Korruption in Marokko einzuschätzen. Wir greifen hier auf den *Corruption Perceptions Index* von Transparency International zurück. Er spiegelt die Wahrnehmung von Geschäftsleuten und Länderanalysten wieder. Die Skala reicht von 10 (very clean) bis 1 (very corrupt); die Bewertung umfaßt 146 Länder. Marokko befindet sich im Länderranking auf Platz 77, wobei sich auf Platz 1 das als am wenigsten korrupt wahrgenommene Land (Finnland) befindet; auf der Korruptionsskala erreicht es den Wert 3,2; das deutet darauf hin, daß Korruption weit verbreitet ist. Dies kann nicht überraschen, wurde doch in diesem Kapitels bereits der Einfluß des klientelistischen Makhzen-Systems beschrieben.

Nachdem wir gesehen haben, daß es in allen 8 Demokratie voraussetzungen Dahls in Marokko große Probleme gibt, und zudem die weit verbreitete Korruption demokratisierende Dynamiken zusätzlich schwächt, lohnt es sich, auch einen Einblick in die quantitativen Dimensionen der Demokratiemessung in Bezug auf Marokko zu erhalten. Zu diesem Zweck beziehe ich mich auf den Freedom House Index, der, bei allen methodischen Mängeln, doch zu veranschaulichenden Zwecken und zum Vergleich und zur Einordnung Marokkos im Verhältnis mit anderen Staaten herhalten kann.

Der Freedom House Democracy-Index mißt politische Rechte (pl, political rights) sowie Bürgerrechte (cr, civil rights), und stuft Länder anhand der Ergebnisse ein: von 1 bis 2,5 gilt als frei, von 3 bis 5 als teilweise frei, schließlich von 5,5 bis 7 als nicht frei. Wenn diese quantitative Methode sich auch dem Vorwurf der Oberflächlichkeit ausgesetzt sehen dürfte, weil er vielschichtige Realitäten in eine Skala von 1 bis 7 zwingt, so kann der Freedomhouse-Index dennoch als Indikator gelten, der die demokratische Lage in verschiedenen Ländern vergleichbar macht.

Auffallend ist hier, daß es im MONA-Raum nur ein Land gibt, das als frei eingestuft wird (Israel), demgegenüber aber 16 nicht-freie. Marokko befindet sich mit dem Wert 5 als teilweise freies Land im Mittelfeld, gemeinsam mit den 4 Staaten Bahrein, dem

¹³⁰ Zitat: Transparency Maroc (2001): 7

Jemen, Kuwait und Jordanien. Marokko ist also, verglichen mit den anderen Staaten der Region, ein Land mit relativ vielen demokratischen Freiheiten; noch mehr Freiheiten genießen die Bürger in nur 2 anderen Staaten (Kuwait, Israel), in 3 weiteren (Bahrain, Jordanien, Jemen) sind die Freiheiten etwa gleich, in 16 anderen Staaten jedoch sind die demokratischen Freiheiten weniger ausgeprägt. Dennoch: Marokko ist in Nordafrika der einzige von Freedom House als „partly free“ eingestufte Staat; es stellt insofern eine relativ demokratische Ausnahme von der Regel der autoritären Herrschaft in dieser Region dar.

Kienle 2004 merkt zur Einordnung der arabischen Staaten kritisch an:

„Die von zahlreichen Medien und der öffentlichen Meinung getroffene Unterscheidung zwischen nicht und zumindest teilweise von Demokratisierung berührten Staaten spiegelt weniger in diesen Ländern ablaufende politische Prozesse, als vielmehr unterschiedliche Grade der Sympathie für ihre Regierungen wieder. Die Regime Marokkos, Tunesiens oder Ägyptens werden als Freunde betrachtet, weil sie die islamistische Opposition ausgrenzen oder gar verfolgen. Die langzeitige, doch inzwischen beendete Verbindung des sudanesischen Regimes mit Hasan al-Turbi läßt eine solche Verwechslung zwischen Demokratisierung und allgemeiner politischer Orientierung nicht zu. Das syrische Regime verfolgt zwar auch Islamisten, doch seine früheren Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion und seine Politik gegenüber Israel erscheinen verdächtig genug, um ihm das demokratische Gütesiegel zu verweigern.“¹³¹

In der Tat ist Marokko im Freedom House Index als partly free, Syrien als nicht frei eingestuft (Syrien belegt sogar, gemeinsam mit dem Sudan, mit Libyen und Saudi-Arabien, die schlechtesten auf der Skala möglichen Werte, mit einem Durchschnittswert von 7). Andererseits sind auch Ägypten und Tunesien als nicht frei eingestuft. Kienles Kritik trifft also auf den Freedom House Index bestenfalls teilweise zu. Dennoch kann im Hinterkopf behalten werden: angesichts der guten politischen Beziehungen zwischen westlichen Staaten wie den USA zu Marokko, die sich auf die Bewertung auswirken könnten, ist Marokko auf der Demokratieskala möglicherweise noch schlechter zu bewerten.

¹³¹ Zitat : Kienle (2004): 68

3.3 Die Rolle der Privatwirtschaft

Vor dem Hintergrund dieser mäßigen Demokratiebilanz Marokkos und der Schwäche direkter demokratiefördernder Akteure in Marokko bekommt die Frage nach der Relevanz der indirekten Förderung von Demokratisierung durch externe Wirtschaftsförderung ein besonderes Gewicht. Kann die z.B. durch die EU geleistete Wirtschaftsförderung für sich beanspruchen, auch Demokratie zu fördern? Diese Frage wird uns in diesem Abschnitt beschäftigen. Wir werden dabei an die Abschnitte zur Rolle der Wirtschaftsförderung in der Demokratieförderung (2.3) und zur Demokratie in arabischen Ländern (Kapitel 2.4) anschließen, und diese Ergebnisse auf Marokko beziehen.

Bereits im Teil zu Demokratie und Wirtschaftsförderung (2.3) wurde das Argument diskutiert, daß wirtschaftliche Öffnung in arabischen Staaten zu einem erstarkten Staat führte. Durch die Liberalisierung wurden neue Ressourcen verfügbar, zu welchen Staatseliten, also oft die besten Zugangsbedingungen hatten. Schlumberger (2000a) konstatiert, daß Staatseliten „get-rich-quick“ Schemata im privaten Sektor bestens zu nutzen wußten. Nach Dillman (2002) führen zumindest partielle ökonomische Reformen zu einem Erstarren des Staates, und stehen einer Öffnung des politischen Systems entgegen.

Allerdings faßt Dillman (2002) Marokko explizit als Gegenbeispiel auf; hier ging partielle Wirtschaftsreform einher mit politischer Liberalisierung unter Hassan II und Mohamed VI. Für den Fall Marokkos scheint das Argument des durch wirtschaftliche Reformen erstarkten Staates also nur eingeschränkte Gültigkeit zu besitzen: schon der verstorbene Vater des heutigen Königs Mohamed VI, Hassan II, forderte stärkere Wirtschaftsverbände.¹³² Diese sollten eine wichtige Rolle in der Vorbereitung der Unternehmen auf den sich z.B. durch das Freihandelsabkommen mit der EU ergebenden Konkurrenzdruck spielen. Gleichzeitig zieht der Staat sich aus seinem beträchtlichen wirtschaftlichen Engagement zurück: Catusse (2002) zeichnet ein genaueres Bild der durch die in den 80er Jahren von IWF und Weltbank forcierten *structural adjustment programs* (SAP) angestoßenen Veränderungen der Stellung des Makhzens in der marokkanischen Gesellschaft:

¹³² Vgl. Catusse (1998): 259

„Le système politique makhzénien marocain pourrait être en effet considéré comme une „formation sociale“ organisée autour d’un ordre néo-patrimonial. Les structures de ce dernier ont été, en parti, ébranlées par les réformes économiques encadrées depuis 1983 par un Programme d’ajustement structurel (PAS) inspiré sinon contrôlé par les bailleurs de fonds internationaux, Banque mondiale et Fonds monétaire international. Les dispositifs d’alliances et d’interactions sur lesquels il repose connaissent ainsi un certain déséquilibre. Ce sont essentiellement les capacités redistributives de l’Etat qui sont touchées: les privatisations des entreprises publiques ont de toute évidence entraîné un bouleversement d’importance sur les moyens d’action économiques de l’Etat en tant qu’administrateur, en tant que „déteneur du monopole de la violence légitime“ et d’attributs souverains, mais surtout en tant que représentant de l’intérêt général. C’est fondamentalement des rapports structurels entre l’Etat et l’économie, c’est à dire la création et la gestion de richesses dont il est question dans ces opérations de transfert. Sans en paralyser nécessairement le fonctionnement, elles ébranlent les fondements économiques et politiques de la structure néo-partimoniale de la société politique: l’étatisation de l’économie, la privatisation de l’Etat et la clientélisation de la société...“¹³³

Die im Rahmen der SAP fortgesetzte Liberalisierung (und Privatisierung) der Wirtschaft setzte das Makhzensystem unter Druck, weil sie es der Ressourcen beraubte, die es als neopatrimonial-klientelistisches System braucht. Inwiefern der Staat in der Lage war, wie Dillman (2002) annimmt, diese Ressourcen durch neue, externe Quellen zu ersetzen, ist nicht klar; zumindest muß angenommen werden, daß der Staat handeln mußte, wenn er dem fortwährenden Machtverlust nicht tatenlos zusehen wollte. Dies hätte dann im politischen Bereich stattfinden müssen. Eine einseitige Verstärkung des Einflusses auf politischer Ebene, um ökonomischen Machtverlust auszugleichen, ist aber nicht zu beobachten; vielmehr wurde eine Liberalisierung im Bereich der Politik beobachtet.

In diese Problematik reiht sich ein Vorfall Mitte der 90er Jahre ein: zwischen Dezember 1995 und Juni 1996 wurde in Marokko eine hoch-mediatisierte Anti-Korruptionskampagne durchgeführt.¹³⁴ Hintergrund waren Berichte der Weltbank und des Pariser *Observatoire Géopolitique des Drogues*, die Korruption bis hin zur

¹³³ Zitat: Catusse (2002): 204

Protegiierung des Drogenhandels durch höchste Ebenen im Palast beklagten. Der Kampagnen-Fokus verschob sich dann aber von Drogenproduktion und -handel hin zur Untersuchung wirtschaftlicher Tätigkeiten, undeklariertes Importe und organisierter Steuerhinterziehung, welche unter den Augen der Behörden zugenommen hatten. Geführt wurde die Kampagne von einer nationalen Kommission zur Schmuggelbekämpfung, welche vom damaligen Innenminister (Driss Basri) in Zusammenarbeit mit den Ministern für Justiz, Handel und Finanzen im Dezember 1995 gegründet worden war. Die Gründung dieser Kommission fand unabhängig von direktem Einfluß seitens der Regierung, des Parlamentes oder der politischen Parteien statt. Nachdem hunderte von Geschäftsleuten verhaftet wurden, endete die Kampagne abrupt im Juni 1996: die CGEM, der marokkanische Unternehmerdachverband, hatte ein „gentlemen’s agreement“ mit dem Innenminister unterzeichnet, und verpflichtete sich, im Austausch gegen eine allgemeine Amnestie, zur Ausarbeitung ethischer Grundsätze für die Business-Community. Denoëux (1998) zustimmend, sieht Sater (2002b) hier ein Beispiel für die von Hassan II verfolgte Strategie des „politischen Dualismus“:

„a widening of the scope of political freedom while resorting to more ‚traditional‘ means of political leadership: namely royal arbitration that would include, inter alia, this anti-corruption campaign (Denoëux and Maghraoui, 1998: 104-30). In this analysis, in the 1990s the King did not respond to an increasingly politicized civil society with increasing political control or with a clientelist divide-and-rule strategy. Instead, the King developed a strategy of political dualism, which entailed on the one hand the broadening of the scope of civil society organizations and on the other hand the bolstering of the monarchy’s position through the use of royal arbitration. In the opinion of Denoëux and Maghraoui (1998: 104), this new strategy was essentially a result of the diminishing role of the monarchy in economic life, which prevented the buying-off of political opponents through redistributive policies and clientelist tactics.“¹³⁵

Die CGEM ging aus dieser Kampagne verändert hervor: war sie vorher eher dem König gegenüber loyal, eignete sie sich seit der Kampagne mehr und mehr eine politische

¹³⁴ Die Darstellung der Kampagne bezieht sich, so nicht anders gekennzeichnet, auf Sater (2002b)

¹³⁵ Zitat: Sater (2002b): 14

Rolle als Sprachrohr ökonomischen Protestes an.¹³⁶ Dies alles vor dem Hintergrund, daß Hassan II im Mai 1995 (also vor der Kampagne) forderte, die CGEM solle eine stärkere Rolle einnehmen, um den Business-Sektor besser vertreten zu können:

„Votre confédération n'est pas suffisante, n'est pas représentative, ne remplit pas les conditions devant la hisser au niveau de l'engagement. Je les invite à constituer dans le délai d'un mois, en tout cas le plus tôt possible, un syndicat des „employeurs“ où il n'y aura pas que les détenteurs de gros capitaux ou les grands entreprises, mais aussi ceux qui constituent le véritable tissu économique national tel que nous le concevons: autrement dit les petites et moyennes entreprises.“¹³⁷

Die Entwicklung der CGEM (und anderer Unternehmerverbände) als politisch aktiver Repräsentant des Privatsektors scheint unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten positiv: sie könnte den Einfluß des Staates auf den Bereich der Privatwirtschaft, der, wie wir gesehen haben, in arabischen Ländern ein großes Problem darstellt, zurückdrängen. Die sonst übliche Unterdrückung, Marginalisierung oder Vereinnahmung zivilgesellschaftlicher Akteure durch den Staat fände hier nicht im selben Maße statt, weil das Königshaus auf die Verbände angewiesen ist: im Rahmen des durch Anpassungsdrucks erzwungenen „Mise à Niveau“, der Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft, werden die Verbände als unverzichtbare Kraft wahrgenommen. Die Rolle der Privatwirtschaft bei der Demokratisierung Marokkos könnte grundsätzlich also, trotz einiger Bedenken wegen politisch-wirtschaftlichen Verflechtungen, positiv sein. Wir werden diese These im empirischen Teil weiter belegen. Die Frage ist, inwiefern die Verbände ihre Rolle als neue Akteure der politischen Szene wirklich unabhängig (von Staat, König, Makhzen) wahrnehmen: vertreten sie die Interessen ihrer Mitglieder, der Gesamtwirtschaft, oder geben sie im Konfliktfall ihre Positionen zugunsten denen z.B. des Königs auf?

Abschließend kann festgehalten werden, daß das politische System Marokkos beträchtliche Demokratiedefizite aufzuweisen hat: Es ist gekennzeichnet durch eine äußerst starke Position des Königs, gleichzeitig sind Parlament und Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt bzw. zu großen Teilen staatlich kontrolliert. Hinzu kommt das Makhzen-System, ein traditionales Herrschaftssystem mit dem König als Zentrum, daß heute in seiner klientelistisch-patrimonialen Struktur Demokratisierung verhindert. Das

¹³⁶ So Sater (2002b), aber auch Catusse (1998)

politische System ist nach den Kriterien von Dahl (1971) und nach dem Demokratie-Index von Freedom House nur eingeschränkt demokratisch.

Die Privatwirtschaft könnte allerdings eine wichtige Rolle im Prozeß der Demokratisierung spielen: Die Überlegungen der Abschnitte 2.3 und 2.4 zum Verhältnis von Wirtschaftsförderung und Demokratie sowie der Demokratie in arabischen Ländern wiesen bereits in diese Richtung. Daran anknüpfend wurde im vorliegenden Kapitel (3.3) diese Überlegung auf den Fall Marokkos bezogen, mit dem Ergebnis, daß insbesondere die Unternehmerverbänden, die eine zunehmend aktive Rolle in der marokkanischen Politik spielen und sich bisweilen in Opposition zur Regierung begeben, als Akteure demokratisierender Dynamiken gesehen werden können. Diese der Literatur entnommene Annahme wird dann im empirischen Teil der Arbeit (Kapitel 4, 5 und 6) überprüft werden.

¹³⁷ Zitiert nach Catusse (1998): 259

3.4 Die Euro-Mediterrane Partnerschaft

Nachdem wir im zweiten Kapitel die theoretischen Grundlagen der Demokratisierung erarbeitet haben, und uns in der ersten Hälfte des dritten Kapitels dem politischen System Marokkos zugewendet haben, werden wir nun die Beziehungen Marokkos zur EU im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft näher untersuchen. Zur Bearbeitung der Fragestellung nach den demokratiefördernden Effekten der Förderung marokkanischen Unternehmerverbänden im Rahmen der EMP wird dieses Kapitel eine Darstellung der EMP und des Interesses der EU an der EMP beitragen. Mit welchen Problemen sieht sich die Demokratieförderung im Rahmen der EMP konfrontiert, und welche Schlüsse wurden daraus für die Zusammenarbeit gezogen? Ist Demokratieförderung als Teil des zweiten, die Wirtschaft betreffenden Korbes,¹³⁸ überhaupt plausibel?

1995 wurde der Vertrag von Barcelona über die Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) unterschrieben. Vertragspartner waren einerseits die EU, andererseits Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde, die Türkei, Zypern und Malta. Zypern und Malta sind inzwischen (Mai 2004) selbst der EU beigetreten, und mit der Türkei wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen. Die EMP bezieht sich also noch auf die 9 oben genannten Staaten. Youngs bemerkt dazu:

„The EU’s Mediterranean policy, incorporating the Arab states of the southern Mediterranean along with Israel, rose notably up the list of the EU’s stated external priorities during the 1990s.“¹³⁹

Warum diese Aufwertung der auf die Mittelmeerregion bezogene Politik der EU? Die Wahrnehmung der aktuellen Dynamiken in der Mittelmeerregion durch die EU ist geprägt durch von dieser Region ausgehende Risiken,¹⁴⁰ denen durch ein gemeinschaftliches Vorgehen begegnet werden sollte.

¹³⁸ Zu den drei Körben siehe weiter unten.

¹³⁹ Zitat: Youngs (2001a): 47. Im Folgenden beziehe ich mich, so nicht anders gekennzeichnet, in der Darstellung der EMP auf Youngs (2001a).

¹⁴⁰ Wie schon oben erwähnt, handelt es sich im Folgenden bei den Partnerländern bzw. der Region um die Partnerstaaten ohne Malta, die Türkei, Zypern.

3.4.1 Aktuelle Dynamiken der Beziehungen der EU zu den Staaten des südlichen Mittelmeers

Für die Aufwertung der Region innerhalb der europäischen Außenpolitik spielt die Rolle der Partnerstaaten für die Energieversorgung eine wichtige Rolle (als Produzenten oder Transitländer). Außerdem und ist die Region Quelle zunehmender Migrationsbewegungen aus dem afrikanischen Kontinent in Richtung Europa.¹⁴¹ Vor diesem Hintergrund wurde der Mittelmeerraum als eines der größten europäischen Sicherheitsprobleme wahrgenommen.¹⁴²

Zudem gewann der politische Islam, von vielen Beobachtern als die ideologische Herausforderung für westliche Demokratien gesehen, in der Region an Bedeutung. Auch der islamistische Terrorismus gewann hier Anhänger; heute fällt die Beteiligung von Marokkanern an den Attentaten nicht nur in Casablanca, sondern auch in Madrid, auf. Auch diese Tatsachen förderten das Zustandekommen einer europäischen Initiative für diese Region.

Schließlich ist die geographische Nähe zu nennen; die südlichen Mittelmeerstaaten befinden sich in unmittelbarer Nähe zu EU-Staaten. Dieser letzte Aspekt, die geographische Nähe, erschwerte zwar das Zustandekommen einer einheitlichen europäischen Position; notwendigerweise ist die Perspektive eines südeuropäischen Landes wie z.B. Italien eine ganz andere als die Schwedens. Dennoch läßt sich sagen, daß die EU in den 90ern einen eigenen neuen Ansatz in Bezug auf diese Region entwickelte.

Die EU sah sich in ihrer Nachbarschaft zu den Mittelmeerstaaten mit einer Reihe von Sicherheitsrisiken konfrontiert: die Kontrolle der Waffenproliferation wurde zunehmend dringlich, weil die betreffenden Staaten über signifikant mehr Waffen verfügen als andere Regionen.¹⁴³ Eine Stabilisierung der Region inklusive freundschaftlicher

¹⁴¹ Eine europäische Initiative ist insbesondere im Hinblick auf die Migrationsströme plausibel; seit dem den freien Binnenverkehr regelnden Schengener Abkommen (seit 1993 in Kraft) ist (illegale) Einwanderung in erster Linie ein europäisch, und nur noch nachrangig ein national zu lösendes Problem.

¹⁴² Vgl. auch die europäische Sicherheitsstrategie: *A secure Europe in a better world*

¹⁴³ Vgl. Forecast International (2003): „*In North Africa, however, Algeria and Morocco, whose economies are on the upswing, will continue to sustain their current spending through 2007. Algeria is*

Beziehungen untereinander könnte diesem Problem entgegentreten. Weitere Sicherheitsprobleme waren der (schon oben erwähnten) Terrorismus (die Attentate von Casablanca und Madrid erinnerten an die Involvierung marokkanischer Staatsbürger in terroristische Aktivitäten) und die Drogenproduktion (Marokko ist einer der größten Exporteure von Haschisch, Hauptabsatzmarkt ist Europa). Als ganz dringlich wurde das Thema Migration wahrgenommen. Ab 1992 verstärkten europäische Staaten ihre Einwanderungskontrollen; Frankreich als eines der Hauptaufnahmeländer für Migranten aus der Mittelmeerregion ging zu einer restriktiven Handhabung der Einwanderung über; Kritiker sprechen von der „Festung Europa“.¹⁴⁴ In den 90er Jahren stieg der Strom illegaler Migranten ständig an; die Zahl der die Straße von Gibraltar nach Spanien überquerenden Illegalen stieg allein 1996 um 50%. Mehr und mehr Flüchtlinge bezahlten den Einwanderungsversuch mit ihrem Leben, wenn ihre oft winzigen Boote auf dem Mittelmeer kenterten.¹⁴⁵ Zudem handelte es sich um Migrantengruppen, deren Integrationsfähigkeit und Einstellung gegenüber europäischen Wertvorstellungen nicht ganz unproblematisch ist.¹⁴⁶ Daher kommt Youngs (2001) zu dem Schluß:

„Alarm at the effects of rapidly increasing flows of migrants from the southern shore of the Mediterranean into Western Europe gave EU policy towards the region its distinctive and uniquely defensive underpinning.“¹⁴⁷

Die Migrationsproblematik gewann durch die demographische Entwicklung in der Region noch an Bedeutung: bis Mitte des 21. Jahrhunderts würde die Bevölkerung der Region die Westeuropas übersteigen. Das Wirtschaftswachstum in den Mittelmeerstaaten würde jedoch nicht genügend Arbeitsplätze produzieren; höchstens für die Hälfte der Arbeitnehmer wäre Arbeit vorhanden.

estimated to spend over \$2.3 billion on defense annually by 2007, up from \$2.1 billion in 2003. Morocco's defense spending is expected to reach over \$1.4 billion in 2007, rising from \$1.3 billion in 2003.”

¹⁴⁴ Sassen (1996)

¹⁴⁵ Vgl. z.B. FAZ vom 4.10.2004: Schiffsunglück. 17 Flüchtlinge ertrunken.

¹⁴⁶ So wurde z.B. 2004 ein Anstieg antisemitischer Einstellungen in europäischen Ländern, insbesondere in Frankreich, beobachtet; dieser sei in erster Linie auf den unter Migranten arabischer Herkunft und/oder muslimischer Religion weitverbreiteten Antisraelismus zurückzuführen. Vgl. EUMC (2004)

¹⁴⁷ Zitat: Youngs (2001a): 57

3.4.2 Geschichte der Beziehungen

Schon in den späten 70er Jahren unterzeichneten mehrere Mittelmeer-Staaten¹⁴⁸ Handelsabkommen mit der EU. Diese waren Präferenzabkommen, die den Mittelmeerländern den Zugang zum europäischen Markt für industrielle Produkte verbessern sollten. Allerdings waren die Abkommen aus Sicht des Südens unbefriedigend: die den AKP-Staaten in Lomé-Abkommen zugestandenen Zugänge waren viel großzügiger; die Länder des südlichen Mittelmeers waren unzufrieden, sowohl was die Quantität des Marktzugangs betrifft, als auch die Qualität, denn die für die Länder wichtigsten Wirtschaftszweige, Landwirtschaft und Textil, waren weiterhin mit Beschränkungen belegt. Der Anteil der Mittelmeerstaaten am europäischen Markt sank dann sogar kontinuierlich von den 70er bis in die 90er Jahre. In der EU selbst wurden dann die Stimmen lauter, denen zufolge die asymmetrischen ökonomischen Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerländern Instabilität in diesen Ländern produzieren könnten; eine fundamentale Neuausrichtung der Beziehungen schien daher immer dringender.

Daher wurde 1995 in Barcelona der Vertrag zur Euro-Mediterranen Partnerschaft unterschrieben. Aufgabe der europäischen Mittelmeerpolitik ist seit 1995 das Erreichen der folgenden Ziele in der Region:

- Sicherheit und Frieden
- Politische Stabilität
- Geteilte Prosperität
- Liberalisierung der Handelsbeziehungen

Der Europäischen Kommission fällt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, mit Hilfe des finanziellen Instruments MEDA die strategischen Ziele der EU zu verwirklichen. Die EMP umfaßt drei verschiedene Gebiete (Körbe) der Zusammenarbeit: politische, wirtschaftliche und soziale/kulturelle Zusammenarbeit.¹⁴⁹

Das politische Kapitel umriß eine Reihe von Kooperationsfeldern, die helfen sollten eine Zone der Sicherheit und der Stabilität zu gewährleisten. Insbesondere wurde dabei

¹⁴⁸ Im Folgenden bezeichne ich die südlichen Partner der EU innerhalb der EMP der Einfachheit halber nur noch als Mittelmeerstaaten; die Staaten des nördlichen Mittelmeers nenne ich südeuropäische.

¹⁴⁹ Vgl. Europäische Kommission (2003): 66

an die Problemfelder Drogenhandel, Terrorismus sowie Konfliktprävention und –management gedacht.

Der wirtschaftliche Bereich hat die Schaffung einer mediterranen Freihandelszone zum Ziel. Zunächst wurden bilaterale Freihandelsabkommen zwischen den Mittelmeerstaaten und der EU beschlossen. Dieser Vorgang soll in einer Euro-Mediterranen Freihandelszone münden.¹⁵⁰ Die Kooperation würde auch andere Bereiche umfassen, so die Abschaffung nicht-tarifärer Handelsbarrieren, die Stärkung des Privatsektors, die Entwicklung regulatorischer und rechtlicher Rahmenbedingungen sowie die Verfolgung solider makroökonomischer Politiken. Die EU ihrerseits verpflichtete sich zur Beteiligung an den anfallenden Kosten zu einer 25%-Steigerung des durch die Europäische Kommission zu leistenden MEDA-Pakets, das finanzielle Instrument der EMP.

Das soziale Kapitel schließlich umfaßt die Kooperation in kulturellen Angelegenheiten, zivilgesellschaftlichen Austausch, Bildung, Rassismusbekämpfung, Migration sowie Strategien zum Umgang mit dem demographischen Wandel. Außerdem ist das Programm zur direkten Demokratieförderung, MEDA Democracy¹⁵¹, im dritten Korb untergebracht.

Zur Gewichtung der drei Körbe bleibt festzuhalten, daß der wirtschaftliche Bereich (2. Korb) der Kernbereich der EMP ist. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit genießt bei beiden Partnerseiten hohe Priorität und einen hohen Institutionalierungsgrad (Assoziationsabkommen); die politische Zusammenarbeit dagegen ist weniger prominent. Dies ist für unsere Fragestellung wichtig, weil die Demokratisierung den politischen Bereich betrifft. Nach dieser kurzen Skizzierung der EMP drängt sich uns also die Frage auf, in welchem Verhältnis die Mittelmeerpolitik der EU mit der Demokratisierungsagenda stand: vor den 90er Jahren bestand die europäische Strategie in der Unterstützung von autoritären Herrschern, um die Gefahr islamistischer Regierungen in Schach zu halten. „*Did the EMP signal a genuine change of this approach?*“¹⁵²

¹⁵⁰ Im Februar 2004 wurde in Agadir ein Freihandelsabkommen zwischen Ägypten, Jordanien, Tunesien und Marokko unterzeichnet. Vgl. Europäische Kommission (2004)

¹⁵¹ Youngs (2001a): 55

¹⁵² Zitat: Youngs (2001a): 58

3.4.3 Demokratieförderung im Rahmen der EMP

Problematisch ist die Evaluierung der Demokratisierungsaktivitäten der EU, weil es sich dabei um das Zusammenspiel verschiedener Politikbereiche handelt, die keinesfalls alle von der EU geprägt werden. So fällt z.B. die Außenhandelspolitik komplett in die Kompetenz der EU, die Entwicklungspolitik nur teilweise, und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) steckt noch in den Kinderschuhen. „*By the end of the decade, no area of policy was entirely intergovernmental, none entirely supranational, and each was divided between these two logics in a different fashion.*“¹⁵³

Es liegt daher nahe, daß es in europäischer Politik in diesem Bereich an Kohärenz mangelt. Wir werden nun kurz auf die geschichtliche Entwicklung der Demokratieförderung durch die EU eingehen.

Der Barcelona-Prozeß umfaßte zum ersten Mal auch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten als integralen Bestandteil der EU-Mittelmeer-Beziehungen.

Zwar war der Gedanke der Demokratieförderung in der EU schon länger prominent; so bekennen sich schon verschiedene Erklärungen des Rates aus den 70er Jahren zur Demokratie. In der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 findet sich der Grundsatz der Demokratie in der Präambel. Schließlich wurde die Demokratie in der Präambel des Vertrages von Maastricht (1992) als Grundwert bezeichnet, und auch im Vertragstext wurden die Grundwerte (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Grundfreiheiten) in die Zielbestimmungen der GASP und der EZA, also in zentrale Bereiche der Außenbeziehungen, integriert. Mit etwas Verspätung wurde der Wertekatalog der Präambel dann mit dem Vertrag von Amsterdam auch auf den Binnenbereich übertragen, inklusive Sanktionsmechanismen bei schwerwiegenden Verstößen. Der hohe Stellenwert der Demokratie kam also in der EU schon seit einigen Jahren zum Ausdruck; Juristen sehen die Demokratie als Bestandteil der Grundwerte ganz klar als wichtigen Bestandteil europäischer Identität.¹⁵⁴ Der Konstruktivismus erklärt diesen Vorgang theoretisch.¹⁵⁵ Für den konkreten Fall der EU-Mittelmeer-Beziehungen wurde die Demokratie erst seit Barcelona 1995 integraler Bestandteil.

In der EMP spielt aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit die größte Rolle:

¹⁵³ Zitat: Youngs (2001a): 30

¹⁵⁴ Vgl. Pippin (2002): 333 ff

¹⁵⁵ Vgl. in dieser Arbeit den Abschnitt 2.1

„The twelve Mediterranean partners signed up to principles of ‚political pluralism‘ within the Barcelona Declaration. Moreover, the commitment to far-reaching regulatory reform in the economic chapter was itself conceived as an integral part of the new, more political agenda: central to European reasoning was that, in seeking the wholesale ‚exportation‘ of European standards and regulatory norms in the field of competition, intellectual property, and public procurement, the EMP would give rise to a deeply institutionalized process of co-operation that would have broader ramifications for the efficiency and transparency of policy-making in the Mediterranean states. According to one of the EMP’s main architects, the political and economic elements of the process were designed to dovetail together into a package going beyond standard frameworks of international co-operation towards the creation of a ‚geo-political sub-region‘ of the international system.“¹⁵⁶

Der Barcelona-Prozeß, dessen Oberziel die Stabilität in der Region – als vordringliches Sicherheitsinteresse der EU - ist, wollte also durch eine Zusammenarbeit, in der wirtschaftliche Kooperation eindeutig im Vordergrund steht, eine Dynamik auslösen, im Laufe derer sich die Integration derart verdichtet, daß sich der oben angesprochene „geo-politische Raum“ entwickelt. Wirtschaftliche Kooperation sollte spill-over Effekte im Politischen hervorrufen.¹⁵⁷ So sollte z.B. durch technische Regelungen die Regierungsführung betreffend (accountability) demokratisiert werden.

Es ist jedoch die Frage, ob die beiden Ziele Demokratie und Stabilität nicht in einen Konflikt geraten; und wenn ja: wie wird dieser Konflikt innerhalb der EU entschieden? Olsen (2002) attestiert der Demokratieförderung auf der europäischen Agenda keine gute Position:

„...although adherence to democratic values serves as one of the prerequisites of EU membership, the transmission of those values abroad remains at best an ad hoc policy with a low priority relative to other, more traditional foreign policy goals, such as ensuring the military security and economic well-being of EU members.“¹⁵⁸

¹⁵⁶ Zitat: Youngs (2001a): 55 f

¹⁵⁷ Dies ist exakt das Modell, nachdem die europäische Integration bisher verlaufen ist: Stabilisierung und Demokratisierung durch wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der große Unterschied dürfte sein, daß den Mittelmeerstaaten die Beitrittsperspektive nachdrücklich verwehrt wird (Ausnahme: Türkei), und es daher fraglich ist, ob sich die Erfolgsgeschichte der Demokratisierung (bzw. Konsolidierung) in Süd-, Mittel- und Osteuropa so auf den Mittelmeerraum übertragen läßt.

¹⁵⁸ Zitat: Olsen (2002): 131

Olsen (2002) kam zu diesem Schluß nach der Untersuchung der Fallbeispiele Südafrika, Algerien, Kenia sowie einiger Länder in Osteuropa. Das einzige von ihm untersuchte Land, das Partner der EMP ist, ist Algerien. Von daher ist nicht gesagt, daß sich seine Ergebnisse so auf die Demokratieförderung der gesamten Mittelmeerländer übertragen lassen, denn Algerien könnte eine Ausnahme darstellen. Für letzteres spricht die Tatsache, daß radikale Islamisten in Algerien durch eine demokratische Wahl an die Macht gekommen sind, und daraufhin vom Militär geputscht wurden. Dies stürzte Europa in ein Dilemma: ist es besser, gewählte Extremisten auf der anderen Seite des Mittelmeers zu haben, oder westlich orientierte Militärs, die mit Gewalt an die Macht gekommen sind? Im Übrigen sind die Beziehungen Frankreichs zu Algerien aufgrund der Kolonialvergangenheit und des Algerienkrieges sehr eng, was wohl in diesem Ausmaße auf kein anderes Mittelmeerland zutrifft und die Repräsentativität weiter einschränkt. Dennoch: Olsens These, daß bei einem Zielkonflikt meist die Demokratie geopfert wird, ist plausibel. Wir werden im Folgenden die Problematik des Zielkonflikts, der zwischen der Demokratie und anderen Zielen, wie z.B. sicherheitspolitischen, am Beispiel des politischen Islam darstellen.

3.4.4 Politischer Islam und die EMP

Ein wichtiger Faktor für die europäische Demokratieagenda war die Frage der politische Islam. Da der radikale Islamismus in Marokko Anhänger gefunden hatte, die sich an Attentaten in Casablanca und Madrid beteiligten,¹⁵⁹ wurde auch dieser Punkt als zunehmend drängendes Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Wie sollte die europäische Reaktion darauf beschaffen sein? Und wie verhält sich diese Problematik zur Demokratieförderung?

Aus westlicher Sicht kann man hier zwei Denkschulen unterscheiden: die essentialistische und die kontingente Perspektive.¹⁶⁰ Die essentialistische Perspektive betont die „instinktive“ Feindlichkeit der Islamisten dem Westen und westlichen Werten gegenüber; die daran anschließende Handlungsempfehlung besteht in der rigorosen Unterdrückung islamistischer Bewegungen (und daher: Unterstützung

¹⁵⁹ Vgl. Belaala (2004)

¹⁶⁰ Vgl. Youngs (2001a): 58

autoritärer, nicht-islamistischer Regime wie in Marokko, Ägypten, Algerien usw.).¹⁶¹ Die kontingente Position dagegen setzte seine Hoffnungen auf Dialog, Diplomatie und Zusammenarbeit mit moderaten Islamisten, mit denen dann Einverständnis erzielbar ist. Eine solche Vorgehensweise wäre aus sicherheitspolitischer Sicht nachhaltiger als die essentialistische Eindämmungspolitik, weil die wirkliche Ursache der im Südmittelmeer verbreiteten Ressentiments gegen Europa die Unterstützung autoritärer Regime durch westliche Regierungen ist. Manche stellen sogar die Frage, ob nicht der Islamismus, nach dem Popularitätsverlust der marxistischen Sichtweisen, die letztlich einzig verbliebene, potenziell emanzipierende Ideologie sei.¹⁶² Youngs (2001a) bemerkt hierzu, daß die kontingente Perspektive in den Kreisen der Außenpolitiker der EU seit Beginn der 90er Jahre zunehmend Anhänger gewann.¹⁶³ Die daraus folgende Politik wäre dann geprägt durch Dialog und Zusammenarbeit mit den Islamisten.

Die zukünftige Rolle der EU (oder des Westens im Allgemeinen) bei der Förderung bzw. der von einigen Autoren konstatierten Behinderung der Demokratie in der arabischen Welt muß hier jedoch noch weiter beleuchtet werden. Als zentrale Frage wird identifiziert, zu welchem Grade die Etablierung von Demokratien in arabischen Ländern vitalen westlichen Interessen besser nützt:

„In other words, can the Western coalition live with representative democracies that truly express the will of the region's peoples, even as the West maintains its traditional positions on such major questions as the Arab-Israeli conflict, control over oil resources, Arab integration, high-technology transfers, and the spread of negative stereotypes concerning Arabs and the world of Islam?“¹⁶⁴

Diese Frage stellen sich auch Aliboni/Guazzone (2004). Anerkannt wird, daß es in den arabischen Ländern keinen Demokratisierungstrend gab, wie noch Anfang der 90er Jahre angenommen. So zeichnet Schlumberger (2000b) (für den arabischen Mittleren Osten) ein sehr pessimistisches Bild der Lage: *„Neither are there any Arab democracies, nor is there any tangible democratization in this region.“¹⁶⁵* Der Mißerfolg europäischer Demokratisierungsbemühungen liegt nicht zuletzt an ihrer

¹⁶¹ Wohl prominentster Vertreter: Huntington (1997)

¹⁶² Vgl. Blumenthal (2004)

¹⁶³ Youngs (2001a): 59

¹⁶⁴ Zitat: Ghalioun (2004): 131

¹⁶⁵ Zitat: Schlumberger (2000b): 104

Inkonsistenz: oft wurde zwar formale Demokratie eingefordert, die konkreten Wahlentscheidungen, die Policy-outcomes, dann aber abgelehnt. Die Unterstützung für demokratische Institutionen, freie Wahlen usw. („freedom from“) kann aber nur ernst genommen werden, wenn auch die andere Seite der Demokratie respektiert wird: „freedom to“ kann eben auch beinhalten, daß Islamisten an die Macht kommen. Dies müßte dann respektiert werden. Kontraproduktiv ist es, wenn die EU (wie im Falle Algeriens 1992) nach einem Wahlsieg von Islamisten einen Militärputsch unterstützt. Dabei scheint sogar nebensächlich zu sein, ob der Islamismus, wie z.B. Ghalioun (2004) meint, die letzten verbleibenden „forces of contestation“¹⁶⁶ der autoritären arabischen Regime und als solche positiv zu beurteilen sind, oder ob es sich um extremistische Terroristen handelt: prozedurale Ergebnisse, die auf demokratischem Wege erreicht wurden, sind zu respektieren:

„...in order to be credible and effective, the West should abstain from holding a double-standard attitude towards the Arab world and, more generally, the non-western countries. Double standards can take different forms. With respect to democratization, one important form is support for the stability of authoritarian regimes versus support to democratic reform. Another significant form of double standards concerns support for democratic constitutionalism while opposing the substantive choices democratic institutions may bring about.“¹⁶⁷

Wird dieser Ansatz zu Ende gedacht, führt er uns schnell in unsichere, paradoxe Gewässer der Demokratietheorie. Wie ist, von einem demokratischen Standpunkt aus, eine Demokratie zu beurteilen, die sich selbst abschafft? Dies scheint ein unentscheidbarer Konflikt zu sein. Von daher ist es nicht ganz abwegig, bei einem solchen Konflikt noch andere, sachfremde Entscheidungsparameter mit einzubeziehen (wie im Falle der EU und Algeriens: machtpolitisch verhandelt man dann doch lieber mit dem Militär als mit Islamisten.)

Im Zusammenhang dieser Arbeit ist die Feststellung wichtig, daß die Demokratieförderung in der Region sich einer doppelten Problematik gegenüber sieht: einerseits geht es in arabischen Ländern, wenn man Demokratie stärken will, darum, den Staat zurückzudrängen. Andererseits besteht die Gefahr, daß politische

¹⁶⁶ Zitat: Ghalioun (2004): 130

Liberalisierung andere, der Demokratie feindlich gegenüberstehende Akteure wie z.B. radikale Islamisten begünstigt. In der Literatur ist vom „*democracy-reform dilemma*“¹⁶⁸ die Rede:

*„The transition from authoritarian to democratic regime was most commonly an extremely destabilizing period, during which elites were often encouraged to offset internal strains by pursuing more, not less, aggressive external policies. (...) In a more direct sense, political liberalization would often give formal voice to organized political forces hostile to the West (...)“*¹⁶⁹

Die EU sieht sich also dem Dilemma gegenüber, daß sie, wenn sie Demokratie fördert, Gefahr läuft, auch anti-westliche bzw. undemokratische Akteure zu stärken. Wir werden später sehen, daß die Zusammenarbeit mit den marokkanischen Unternehmerverbänden eine Möglichkeit darstellt, Demokratie zu fördern, ohne dabei potenziell destabilisierende Auswirkungen in Kauf nehmen zu müssen.

Abschließend kann daher festgehalten werden, daß, wie schon oben angemerkt, dem zweiten Korb (wirtschaftliche Zusammenarbeit) die größte Bedeutung beigemessen wurde. Dies mag einerseits daran liegen, daß die Körbe 1 und 3 mit Problemen zu kämpfen hatten, die in der autoritären Natur des Regierens im südlichen Mittelmeer begründet liegen: die Mittelmeerregierungen haben plausiblerweise wenig Interesse, politische Liberalisierung und umfassende Sicherheitskooperation (Korb 1) oder sogar Demokratisierung (Korb 3, MEDA Democracy Programme) voranzutreiben, weil das ihre eigene Macht untergraben würde.

Außerdem gibt es die Schwierigkeit, verlässliche Partner für ein Demokratisierungsprogramm zu finden: *„Generally, it can be pointed out that Arab NGOs often turn out, upon closer inspection, to be really government-led or government-intruded organisations.“*¹⁷⁰

Aber auch die EU wollte den Schwerpunkt auf wirtschaftliche Zusammenarbeit legen, die ja die Grundlage für die Freihandelszone und damit schließlich auch für Frieden, Freiheit und Stabilität legen sollte. Und die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde von den Mittelmeerregierungen begrüßt, wurde man sich doch der mit der Einrichtung eines

¹⁶⁷ Zitat: Aliboni/Guazzone (2004): 87 f

¹⁶⁸ Zitat: Stetter (2003):153, vgl. auch Gillespie/Youngs (2002)

¹⁶⁹ Zitat: Gillespie/Youngs (2002a): 9

¹⁷⁰ Zitat: Schlumberger (2000): 255

Freihandelsabkommens verbundenen Risiken und der Notwendigkeit, die nationalen Ökonomien auf diese Risiken vorzubereiten, mehr und mehr bewußt.

Allerdings gab es auch Kritik am zweiten Korb: die Landwirtschaft z.B. bleibt außen vor. Dies ist auf die unflexible Haltung der EU und Stellung ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Interessen der südlichen Mitgliedsstaaten zurückzuführen; eine Haltung, die auch im Rahmen der WTO-Verhandlungen nicht revidiert wurde. Schätzungen gingen davon aus, daß bis zu einem Drittel der marokkanischen Industrieunternehmen durch die EMP-Marktöffnungen zerstört würden. Und viele EU-Staaten, unter dem Eindruck des vergrößerten MEDA-Budgets, verringerten ihre nationale Entwicklungshilfe für die Region.¹⁷¹

Die Freihandelsabkommen im Rahmen der EMP stehen zudem, mit Ausnahme der ausgeklammerten Sektoren, von denen die südlichen Partner womöglich noch hätten profitieren können, wie z.B. der Landwirtschaft, in der Tradition neoklassischer Wirtschaftstheorie, deren Politikempfehlungen für Entwicklungsländer kurzfristig oft katastrophale Folgen hatten.¹⁷²

Außerdem wurde die Ansicht geäußert, die EMP führe zu einer asymmetrischen Partnerschaft, von der nur der Norden profitiere.¹⁷³ Hier werden die potentiell destabilisierenden Effekte der EMP offensichtlich. So hatten die südlichen Partnerländer auch keine attraktiven Alternativen zur Annäherung an die EU: wenn man von wirtschaftlicher und politischer Isolation als Option absieht, und davon ausgeht, daß die Annäherung an Schwarzafrika nicht in Betracht gezogen wurde, gleichzeitig die arabischen Länder insbesondere Nordafrikas untereinander zerstritten sind, blieb als Option nur das Angebot der EU übrig.¹⁷⁴

Hier ergibt sich ein weiteres Problem für die EMP: war doch das Oberziel die Stabilisierung der Region, und sollte dies u.a. durch eine Freihandelszone erreicht werden, die potentiell destabilisierende Effekte haben kann, so war die europäische Reaktion darauf, den Einfluß des Staates in den Partnerländern zu stärken. Es ergibt sich also ein Zielkonflikt mit der Demokratisierungsagenda, ist doch, wie wir oben gesehen haben, der ausufernde Staat ein zentrales Problem für die Demokratie in arabischen Ländern.

¹⁷¹ Vgl. Youngs (2001a): 66 f

¹⁷² Hunt (1998), vgl. auch Boughzala (1997)

¹⁷³ Marks (1998)

Dieser Zielkonflikt gewinnt noch an Schärfe durch das Problem des politischen Islamismus: dieser wird in Marokko zunehmend populär. Die Beteiligung von Marokkanern an Attentaten in Casablanca und Madrid weist ebenfalls in diese Richtung. Auch unter diesem Gesichtspunkt kann eine zügige politische Liberalisierung Marokko destabilisieren und den Einfluß potentiell undemokratischer Akteure, der Islamisten, stärken.

Wie kann die EU mit diesem Dilemma umgehen? In dieser Arbeit wird argumentiert, daß die Förderung der marokkanischen Unternehmerverbände durch die EU Demokratie fördert, und dabei nicht in Kauf nehmen muß, indirekt den Staat zu unterstützen oder demokratiefeindliche Kräfte wie die radikalen Islamisten zu stärken. Der zweite Korb wäre dann ein Einfallstor für indirekte Demokratieförderung. Könnte die Stärkung des marokkanischen Privatsektors also die politische Partizipation dieser Akteure fördern, ohne zugleich die Fähigkeit des Staates zu stärken, sich neue, Klientelsysteme absichernde Einkommensquellen¹⁷⁵ zu verschaffen; und ohne neuen, undemokratischen Akteuren an die Macht zu verhelfen? Es handelte sich um einen Balanceakt, bei dem es darum ginge, demokratisierende Akteure zu fördern, die weder den Staat, noch die Islamisten stärkte. Dieser Frage wird empirisch im nächsten Kapitel nachgegangen. These dieser Arbeit ist, daß die Unternehmerverbände in Marokko solche Akteure sind, auf die die Demokratieförderung der EU zurückgreifen kann. Europäische Interessen an Wirtschaftsförderung sowie an Demokratieförderung verbinden sich hier mit dem des marokkanischen Staates an der Mise à Niveau der eigenen Wirtschaft. Zudem ist man nicht direkt mit der Frage konfrontiert, ob Islamisten zu tolerieren sind oder nicht, weil es sich bei den die Unternehmen vertretenden Verbänden um an ökonomischen, schlimmstenfalls auch an politisch-makhzenianischen Interessen orientierte, keinesfalls aber um religiöse Akteure handelt. Der marokkanische Unternehmersdachverband, die CGEM, hatte sich auch bereits an den Verhandlungen zur EMP aktiv beteiligt, wie dies auch im folgenden, empirischen Kapitel gezeigt wird; und hatten sich dabei der EU als ernstzunehmender Gesprächspartner präsentiert.

¹⁷⁴ Johansson-Nogués (2005): 9

¹⁷⁵ Vgl. Dillman (2002)

4. Marokkanische Unternehmerverbände: Die Perspektive der Geber

Für die Frage, ob die Förderung der marokkanischen Unternehmerverbände im Rahmen der EMP demokratisierend wirkt, ist nun die folgende Frage von Belang: handelt es sich bei der Förderung der Verbänden um die indirekte Förderung des marokkanischen Staates, der, autoritär regierend, seinen Einfluß auf weite gesellschaftliche Bereiche (hier vor allem: Wirtschaft) auf diese Weise weiter ausbauen kann? Oder werden mit den Unternehmerverbänden Akteure gefördert, die eine „*tiefergreifende soziale und politische Transformation*“¹⁷⁶ vorantreiben, die den Einfluß des Staates bzw. des dem Königshaus nahestehenden Makhzensystems zurückdrängen und damit demokratisierend wirken? Dies ist die Leitfrage, die bei der Interpretation der empirischen Ergebnisse im Vordergrund steht.

4.1 Methodologische Vorbemerkungen

Die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführte Feldforschung in Marokko ist eine Forschung in fremdkulturellem Kontext. Im fremdkulturellen Kontext ist der Forscher mit besonderen Problemen konfrontiert: sprachliche Verständigungsprobleme gehören ebenso dazu wie unterschiedliche Denkstrukturen, Werte und Deutungsmuster. Ausgegangen wird hier nicht von einem wertneutralen Verständnis der Soziologie; dies ist im fremdkulturellen Kontext von umso größerer Bedeutung:

*„Die methodisch nicht reflektierte Kulturgebundenheit der Forschungskonzepte hat natürlich in fremden Gesellschaften besonders krasse Auswirkungen auf die Gültigkeit der Forschungsergebnisse.“*¹⁷⁷

Die im Rahmen der Forschung durchgeführten Interviews wurden zudem meist auf Französisch, teilweise auch auf Deutsch gehalten. Dies stellt teilweise auch aus Sicht der Interviewpartner ein Problem dar, weil in der Regel Arabisch die Muttersprache der Gesprächspartner ist.

¹⁷⁶ Zitat: Kienle (2004): 73

¹⁷⁷ Lachenmann (1995):1

Den Interviews selbst lag ein vorher in Bielefeld erarbeiteter Leitfaden zugrunde. Dieser wurde während des Feldaufenthaltes mehrfach überarbeitet und an die jeweilige Gesprächssituation adaptiert. In den Interviews wurden thematische Schwerpunkte gesetzt, je nach Funktion, Wissen und Mitteilungsfreude des Gesprächspartners. Es handelte sich in diesem Sinne um teilstandardisierte Leitfadeninterviews, bei denen, der Leitfaden im Hintergrund, flexibel auf die Gesprächspartner eingegangen werden konnte. Letzteres ist, s.o., auch der Theorie- und Kulturgebundenheit des Forschers im fremdkulturellen Kontext geschuldet. Es wurde also versucht, einen Mittelweg zu gehen: einerseits schon vorher eine Idee des Forschungsgegenstandes zu haben, andererseits aber diese Idee nicht die empirischen Ergebnisse zu sehr vorstrukturieren zu lassen.

Reflektiert werden muß in der empirischen Sozialforschung auch, insbesondere bei der in Entwicklungsländern, der Feldzugang.¹⁷⁸ In Marokko absolvierte ich ein Praktikum bei der GTZ im Bereich „Mise à Niveau“, also der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft. Die Hauptpartner des Projekts waren marokkanische Unternehmerverbände; diese sollten in die Lage versetzt werden, ihren Mitgliedsunternehmen professionell Dienstleistungen anzubieten, und sie damit insbesondere auf die Herausforderungen des Freihandelsabkommens mit der EU vorzubereiten. Von der GTZ wurde mein Forschungsprojekt unterstützt; ich hatte Zugriff auf Adressen von Unternehmerverbänden und von anderen mit diesen zusammenarbeitenden Gebern, wovon ich in meiner Arbeit ungeheuer profitiert habe. Dort stellte ich mich immer zugleich als deutscher Student, der an seiner Abschlußarbeit schreibt, sowie als GTZ-Praktikant vor. Letzteres ist nicht unproblematisch angesichts der Tatsache, daß die GTZ Geldgeber marokkanischer Verbände ist. Dies könnte dazu geführt haben, daß mir zuvorderst „genehme“ Antworten gegeben wurden, die den Verband als besonders förderungswürdig erscheinen lassen. Die anderen Geber aus den EU-Projekten dürften mich entweder als Praktikant des Kollegen, vielleicht aber auch des Konkurrenten wahrgenommen haben. Beides sollte bei der Auswertung der Interviews mit bedacht werden.

Diesem Problemkomplex begegnete ich, indem ich zunächst Interviews mit „nahestehenden“ Personen führte, also mit (überwiegend deutschen) Kollegen bei der

¹⁷⁸ Lachenmann (1995): 5

GTZ, dann auch mit europäischen und marokkanischen Mitarbeitern eines EU-Projekts, welches im selben Gebäude untergebracht war und die ich auf informellem Wege kennen gelernt hatte. Die Interviews waren dabei eher offen gehalten; dies hat den Vorteil, daß ich mir die Begriffe und Strukturen, kurz die „Welt“ der Gesprächspartner inklusive der zugrunde liegenden Relevanzstrukturen aneignen konnte. Bei diesen Interviews ließ ich kein Tonband mitlaufen, sondern machte mir Notizen, auf Grundlage derer ich im Nachhinein ein Gedächtnisprotokoll erstellte. Dies hat den Nachteil, daß Feinheiten verloren gehen, daß das Interview von mir schon beim Mitschreiben gefiltert wird und ich eventuell nicht alle wichtigen Aspekte erfasse. Der Vorteil ist die ungezwungene Atmosphäre, in der auch die Gesprächspartner zuweilen sehr offen sind und ich viel über die Sache lerne.

Erst zum Ende meines Feldaufenthaltes vereinbarte ich Termine mit den potentiell wichtigsten Gesprächspartnern, und ließ dabei auch ein Tonband mitlaufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich gelernt, mich qualifiziert auf Französisch über die Thematik zu äußern und die „richtigen“, also keine völlig am Thema vorbei gehenden Fragen zu stellen. Ich hatte bereits ausreichend Vorkenntnisse, um an Kleinigkeiten nicht hängen zu bleiben, sondern dem Gespräch eine für die Arbeit interessante Richtung zu geben.

Die Auswertung bestand einerseits im Sichten der schon in Marokko erstellten Gedächtnisprotokolle, andererseits im Transkribieren und Sichten sämtlicher auf Tonband erhaltenen Gespräche. Schließlich habe ich aus Marokko eine Menge gedruckter Materialien von Seiten der Unternehmerverbände bzw. der Geber mitgebracht. Auch sie werden in die Auswertung mit einbezogen.

4.2 Empirische Ergebnisse

Im Jahre 1999 nahm das PAAP, das Programm zur Unterstützung der Unternehmerverbände, seine Arbeit auf. Das jährliche Budget liegt seitdem bei etwa 5 Millionen €. In der ersten Phase des Programms, bis 2004, wurden 34 Verbände

gefördert. Auch für das Jahr 2005 ist das Programm mit 5 Millionen € ausgestattet.¹⁷⁹

Ziele des Programms sind:

- Stärkung der operativen Kapazität der Berufsverbände bei der Erbringung von Dienstleistungen für ihre Mitglieder
- Schaffung der Bedingungen für ihre dauerhafte Entwicklung durch größere Repräsentativität und Steigerung der aus erbrachten Dienstleistungen erzielten Einnahmen
- Unterstützung bei der Umsetzung einer für die Entwicklung der Berufsverbände förderlichen Regierungspolitik
- verstärkte Einbindung der marokkanischen Berufsverbände auf internationaler Ebene“.¹⁸⁰

Der Projektmitarbeiter des PAAP, des europäischen Programms zur Förderung der Unternehmervverbände, beschrieb die Zielsetzung des Programms folgendermaßen:

« L’objectif du projet était, au départ, d’appuyer les associations professionnelles pour qu’elles permettent aux entreprises de supporter la zone de libre-échange. Donc en fait l’idée c’est d’avoir des associations fortes pour permettre aux entreprises marocaines d’être mises à niveau face à l’ouverture douanière d’ici à 2010, les accords de Barcelone, qui sont fait entre le Maroc et l’Europe, mais aussi la Tunisie, l’Algérie etc. »

Die Zielsetzung zu Beginn war also die Unterstützung der Verbände, damit sie die marokkanischen Unternehmen auf die Freihandelszone, die mit dem Vertrag von Barcelona beschlossen worden war, vorbereiten können (« mettre à niveau »). Damit sollten die destabilisierenden Effekte der Freihandelszone abgefedert werden, denn Oberziel der EMP war ja die Stabilisierung der Region. Ein Manager der CGEM, des marokkanischen Unternehmerrdachverbandes, beschreibt hingegen die Problematik der Freihandelszone aus marokkanischer Sicht:

« Il y a ce qu’on appelle la théorie des trois tiers : il y a, pour le temps après l’entrée en vigueur du zone de libre échange, grosso modo un tiers des entreprises

¹⁷⁹ Zum Vergleich: das Projekt zur Stärkung der marokkanischen Zivilgesellschaft im Bereich Menschenrechte und Demokratie belief sich im Jahre 2004 auf 3 Millionen € Vgl. Europäische Kommission (2004): 33

qui est à niveau, qui n'a pas besoin de la mis à niveau, qui est déjà au standard européen. Les grands groupes marocains etc. Et nous avons, grosso modo, un bloc qui va disparaître. Trop fragile, il va disparaître, incapable de s'adapter. Et nous avons un gros bloc qu'il fallait mettre à niveau. »

Die « Theorie der drei Drittel » besagt also, daß ein Drittel der marokkanischen Unternehmen die Freihandelszone unweigerlich nicht überleben wird. Ein Drittel ist dagegen schon jetzt konkurrenzfähig. Es geht also bei der « Mise à Niveau » nur um das mittlere Drittel der Unternehmen, die, noch nicht in der Lage mit europäischen Unternehmen zu konkurrieren, trotz allem noch die Chance haben, ihre Lage am Markt zu verbessern. Diese Einschätzung wurde von mehreren Gesprächspartnern in Interviews geteilt. Sie verdeutlicht die schon oben angesprochenen Folgen der Freihandelszone für Marokko, die für weite Teile der Wirtschaft die Katastrophe bedeuten: sollte sich die Einschätzung bewahrheiten, werden ein bis zwei Drittel (!) der marokkanischen Unternehmen Konkurs anmelden müssen.

« Par contre nous sommes les seuls à suivre l'association elle-même ; on les renforce elles-mêmes, alors que les autres projets traversent l'association comme lieu focal, alors que nous, on renforce l'association, on essaye de rendre la structure forte, pour qu'elle puisse mieux soutenir les entreprises, mais nous, on appuie jamais les entreprises, vous voyez ? Nous renforçons les associations professionnelles par la formation, par les salaires, on paye certains salaires de cadres nouveaux, des ustensiles informatiques, on paye les études sur le tourisme, le secteur touristique, etc. On l'a fait avec l'AFEM (Association des Femmes Chefs d'Entreprises au Maroc), etc. »

Innerhalb der EMP-Programme ist das PAAP das einzige Programm, das die Verbände als Zielgruppe unterstützt. Zwar arbeitet auch z.B. das EME (Euro-Maroc-Entreprise) mit den Verbänden zusammen, allerdings besteht die Zielgruppe dort in den einzelnen Unternehmen. Wie der Direktor des EME-Programms sagte:

¹⁸⁰ Zitat: Europäische Kommission (2004): 14

« On travaille avec les associations, mais c'est pour aider les entreprises. C'est au bénéfice des entreprises membres. Nous avons des partenariats avec certaines associations, avec les plus mobilisatrices. On utilise leurs relais. »

Der Leiter des GTZ-Projekts zur Mise à Niveau der marokkanischen Wirtschaft, das hauptsächlich Verbände fördert, faßte die Situation der Verbände so zusammen:

„Bis auf wenige Ausnahmen sind alle marokkanischen Verbände sehr schwach. Dies betrifft sowohl die Mitglieder und die Finanzstärke, als auch die Arbeitskapazität. Viele Verbände funktionieren nicht gemäß ihren Statuten: sie bilden sich um einen „charismatischen Führer“, der ist dann sozusagen der Verband. Meist gibt es kein funktionierendes Rechnungswesen, weshalb die Fähigkeit, mit öffentlichen Geldern umzugehen, begrenzt ist. Für uns sehr schwierig sind die langen Entscheidungswege: unsere Angebote werden auf Eis gelegt, wir haben dann keinen Einfluß mehr auf die Bearbeitung. Wenn es zu spät ist, wie z.B. dieses Jahr, in dem unser Budget restlos verplant ist, dann kommen sie und wollen doch. Aber dann ist es zu spät. Dies ist ein ständiger Widerspruch: wir wollen schwache Verbände stärken, aber diese sind dann selbst zu schwach um überhaupt gefördert zu werden. Es gibt kaum Geschäftsstellen, und wenn, dann sitzen da häufig nur ein oder zwei Leute. Mit zwei Leuten kann man aber keinen Verband managen! Die Alternative wäre, Mise à Niveau über staatliche Stellen zu betreiben. Oder die Internationale Entwicklungszusammenarbeit setzt den Staat unter Druck; aber das ist wie die erste Alternative.“

Aus Sicht der Europäischen Kommission stellt sich die Lage ähnlich dar:

„Die Situation der marokkanischen Berufsverbände ist sehr unausgewogen und heterogen. Zwar gibt es einige relativ gut strukturierte und aktive Berufsverbände, aber viele von ihnen sind kaum repräsentativ, haben eine unzureichende Mittelausstattung und sind daher nicht wirklich operativ. Diese Lage führt zu einem Teufelskreis: da die Berufsverbände ihren Mitgliedern keine nützlichen Dienste bieten können, beschränken sie sich oft auf eine minimale Rolle der Verteidigung von Gruppeninteressen, wodurch sie in den Augen der Mitglieder, insbesondere der KMU (Klein- und mittelständische Unternehmen; D.S.), nur begrenzt interessant sind, was zu niedrigen Mitgliederzahlen

und äußerst geringen Beiträgen der Mitglieder zu den Aktivitäten und zum Haushalt der Verbände führt. ¹⁸¹

Die marokkanischen Verbände werden hier also als finanziell, institutionell und personell schwach beschrieben. Daraus ergibt sich für die Privatwirtschaftsförderung das Problem, daß die Partner teilweise nicht in der Lage sind, eine sinnvolle Zusammenarbeit zu gewährleisten. Auf die Nachfrage, warum man nicht mit dem Staat zusammen arbeiten wolle, wurde vom GTZ-Projektleiter geantwortet:

„Das wollten wir nicht; unsere Erfahrung, also in der nationalen, aber auch der internationalen EZ, hat gezeigt, daß Privatwirtschaftsförderung in der Privatwirtschaft ansetzen muß, um effektiv zu sein. Es werden sonst bürokratische Apparate aufgebaut. Der Staat in Entwicklungsländern ist oft wie eine Krake. Außerdem gibt es die ANPME (Agence Nationale pour les Petites et Moyennes Entreprises). Obwohl die auch nur aus 100 Personen besteht, und für 70.000 Unternehmen zuständig ist... Privatwirtschaftsförderung muß aus der Privatwirtschaft kommen. (...)Wir wollten hier *Mise à Niveau* nicht über den Staat machen, sondern über Zivilgesellschaft, sprich: entweder NGO's oder Verbände. Das muß aus der Gesellschaft kommen, ist sonst auch nicht nachhaltig.“

Die Diagnose vom „Staat als Krake“ in Entwicklungsländern wird von der Literatur für die arabischen Staaten bestätigt.¹⁸² Die Privatwirtschaftsförderung im Rahmen der deutschen EZ versucht also mit zivilgesellschaftlichen, nicht-staatlichen Akteuren zusammen zu arbeiten, um effektiv Ergebnisse zu erzielen. Gleiches gilt auch für die europäische EZ, wie das Interview mit dem Direktor des PAAP zeigt:

« Le PAAP mène des projets de développement des associations professionnelles. La situation au Maroc est marquée par un désengagement de l'Etat. Avant il faisait tout lui même : l'organisation syndicale, fondation des entreprises, et bien sûr les choses qui lui sont propres, alors l'administration de l'Etat. Maintenant il veut se concentrer sur son propre secteur : il veut se retirer du secteur privé, pour laisser le secteur privé s'organiser lui même. Bien sur il faut qu'il y ait des organisations qui prennent ce relais. Et c'est ici que les associations

¹⁸¹ Zitat: Europäische Kommission (2004): 13 f

professionnelles deviennent importantes : Elles peuvent être l'interlocuteur, elles encadrent les entreprises, ce sont les associations professionnelles qui les sensibilisent.

En fait on a besoin d'un double-pouvoir : d'un coté, il faut un pouvoir contre l'Etat, pour qu'elles puissent négocier avec lui. Mais de l'autre, il faut aussi un pouvoir contre les entreprises, pour que des positions communes soient formulées. Finalement, il y a un contreponds politique, qui aide l'Etat et aussi les entreprises. C'est la théorie. »

Beschrieben wird hier der Rückzug des Staates aus dem Gebiet des Ökonomischen; der Privatsektor soll sich nun selbst organisieren. Dies hat verschiedene Gründe ; anführen ließen sich z.B. die zwingende Erhöhung der Produktivität marokkanischer Wirtschaft, um dem Konkurrenzkampf in Freihandelszonen gewachsen zu sein ; auch die Steigerung der Attraktivität (durch weniger Regulierung seitens des Staates) des marokkanischen Wirtschaftsstandortes, um ausländische Direktinvestitionen anzuziehen. Oben, unter 2.3, haben wir bereits gesehen, daß unter Bedingungen der Globalisierung die Rücknahme des staatlichen Einflusses dem Eigeninteresse des Staates entsprechen kann, weil es für den Staat zunehmend schwieriger wird, seine angestammte Steuerungsfunktion auszuüben. Deshalb ist man auf neue Steuerungsformen angewiesen, die die Potentiale öffentlicher wie privater Akteure nutzen.¹⁸³ Diesem Argument folgend, könnte es also erforderlich sein, neue gestaltende Akteure am Regieren/Governance zu beteiligen, und komplexere Organisationsmuster zuzulassen bzw. zu fördern.¹⁸⁴ In diesem Sinne wäre es im Interesse des Staates, daß neue Organisationsformen entstehen, Akteure den Platz einnehmen, den er, im Laufe des „Rückzugs des Staates“, leer zurück gelassen hat. Will der Staat die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft fördern, so sollte er weitere Akteure zur Reglementierung hinzuziehen.

Diese Aufgabe könnten, so wird es im Interview beschrieben, die Unternehmerverbände übernehmen, als Vermittler, die sich zwischen Staat und Unternehmen befinden und daher an zwei Seiten arbeiten : sie « beraten » („encadrer“: einrahmen, beraten) und sensibilisieren die Privatunternehmen, und verhandeln dann in deren Namen mit dem

¹⁸² Vgl. Ghalioun (2004) sowie, in dieser Arbeit, den Abschnitt 2.4

¹⁸³ Vgl. Eßer et al.(1996b)

¹⁸⁴ Hillebrand (1996)

Staat. Diese Position ist nicht ganz unproblematisch: als Vertretungsmacht der Unternehmen brauchen sie Macht nicht nur auf Seiten der Verhandlung mit dem Staat, sondern auch auf Seiten der Entscheidungsfindung ihrer Mitgliedsunternehmen, damit gemeinsame Positionen überhaupt formuliert werden können. Sie brauchen daher eine « Doppelmacht », die oben genannte double-pouvoir. Schließlich bildet sich mit den Verbänden eine politische Gegenmacht, die sowohl dem Staat als auch den Unternehmen hilft. Allerdings wird im Interview angemerkt, daß der beschriebene Prozeß noch weitgehend Theorie ist.

Hier ergibt sich eine für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit interessante Schnittstelle zwischen Privatwirtschaftsförderung und Demokratieförderung: im Kapitel zur Demokratie in arabischen Ländern (2.4) wurde bereits gezeigt, daß ein Merkmal der autoritären arabischen Länder ein übermächtiger Staat ist, der in weite gesellschaftliche Bereiche eingreift, z.B. die Wirtschaft. Es eröffnet sich also hier eine Perspektive auf demokratisierende Effekte der Privatwirtschaftsförderung im Allgemeinen, und der Zusammenarbeit mit Unternehmerverbänden im Besonderen: die Stärkung nicht-staatlicher Akteure könnte den Einfluß des Staates zurück drängen, und so indirekt demokratisierend wirken.

Die Zusammenarbeit mit Unternehmerverbänden (als Spezialfall der Privatwirtschaftsförderung) sieht sich dabei jedoch einigen Besonderheiten gegenüber: so ist es plausibel, daß Verbände anfällig sind für staatliche Kontrolle (z.B. über Zulassungsmodalitäten, oder personelle Verknüpfungen), und daß man daher nur scheinbar nicht den Staat als Partner hat, wenn man Organisationen fördert, die eng mit dem Staat zusammen hängen. So kommt Wurzel (2003) in seiner Untersuchung der ägyptischen Meso-Level-Strukturen zu ambivalenten Ergebnissen: zur Erreichung internationaler Wettbewerbsfähigkeit¹⁸⁵ und sozialer Integration in sich liberalisierenden Ökonomien sind Meso-Level Strukturen, zu denen u.a. auch Unternehmerverbände zählen, vonnöten. Für den Fall Ägyptens entwirft er zwei mögliche Szenarien:

„Egypt’s business associations and chambers of commerce are usually seen very positively; sometimes they are presented as important civil society organizations or,

¹⁸⁵ Zum Begriff der Wettbewerbsfähigkeit vgl. Eßer (1996a), (1996b)

*using the terminology of systemic competitiveness theories, meso-level organizations. However, a bigger part of these organizations perfectly fits the image of a typical clientelistic structure shaped by the rules of a rentier system. (...) The organizations aim at getting access to privileges – through patronage and protection granted by the state or through economic advantages for selected supporters of the regime.*¹⁸⁶

Die Untersuchung von Gräfe (2003) kommt zu dem Schluß, daß auf die ägyptischen Verbände des Saatgutsektors die zweite Beschreibung zutrifft: eine ihrer zentralen Funktionen ist die Akquirierung von Renten für einzelne Unternehmen.¹⁸⁷ Trifft dies auch auf die marokkanischen Verbände zu? Die Unternehmerverbände wären dann klientelistische Strukturen die, in ihrem Bestreben nach neuen Quellen von Privilegien, vielfältig mit dem Staat verbunden sind oder sogar, wie im Falle des ägyptischen Saatgutsektors, zu „wichtigen Verbündeten des Regimes“¹⁸⁸ werden.

Andererseits könnte der Druck, der durch die Öffnung der Märkte entsteht, verantwortungsvolle Verbände entstehen lassen, die die Interessen ihrer Mitglieder ernsthaft vertreten und damit deren Konkurrenzfähigkeit auf sich globalisierenden Märkten verbessern. Der GTZ-Projektleiter schätzt die Verbindungen zwischen Verbänden und dem Makhzen-System folgendermaßen ein:

„Da gibt es sicherlich Leute. Aber insgesamt gehören die nicht dazu, dazu ist die Verbandsarbeit viel zu technisch. Tendenziell stehen die Verbände sogar auf der anderen Seite. Die haben ihre charismatischen Führer, auf die sind die Verbände angewiesen. Häufig kommen die aus Großunternehmen. Individuelle Kontakte wird es geben, in den Verbänden sucht man alle Strippen zu ziehen, und also auch Makhzen-Kontakte, wenn sie da sind.“

Er nimmt also an, daß es Kontakte zum Makhzen gibt; aber er sieht diese Kontakte keinesfalls als die Arbeit der Verbände bestimmend an. Eher würden die Verbände die Vorteile des Makhzen nutzen. Später äußert er sich zu Konflikten zwischen Verbänden und der Regierung:

¹⁸⁶ Zitat: Wurzel (2003): 109

¹⁸⁷ Gräfe (2003)

¹⁸⁸ Zitat: Gräfe (2003): 3

„Die Sondersteuer auf Zement rief energischen Protest der Zementler hervor. Im Zusammenhang mit dem vor kurzem ausgehandelten Freihandelsabkommen mit den USA ist der Agro-Verband auf die Barrikaden gegangen, ebenso die Pharmazeutiker, die die billigen US-Generika fürchteten. Der Textilverband hat auch protestiert. Oft liegen die Verbände falsch, schießen übers Ziel hinaus, sind schlecht informiert und daher auch nicht ernst zu nehmen. Obwohl in dieser Geschichte die Position des Textilverbands doch nachvollziehbar war. Aber zumindest die Auseinandersetzungen finden statt, und zwar heftig. (...) Insgesamt aber kann man sagen, daß die Verbandslandschaft, die immer reicher wird, dem Pluralismus in der Gesellschaft sehr zuträglich ist. Früher gab es nur den Dachverband, die CGEM. Deren Positionen waren, wenn sie überhaupt welche formulieren konnte und diese nicht zwischen den widerstreitenden Interessen zerrieben wurden, sehr oberflächlich und allgemein. Heute ist das anders: die sektoralen Verbände äußern sich, mischen sich ein.“

Hier wird bestätigt, daß die Verbände sich aktiv an den öffentlichen Debatten beteiligen und sich dabei gelegentlich sehr wohl in Opposition zur Regierung begeben. Dies ist jedoch kein zwingendes Argument für die Unabhängigkeit vom Makhzen-System, weil der Makhzen eher dem Königshof als der Regierung zuzuordnen ist. Festzuhalten ist hier, daß der GTZ-Projektleiter keine ausgeprägte Nähe der Verbände zum Makhzen-System sieht. Wir werden später noch einmal auf diese Frage zurückkommen.

Gleichzeitig wird die Diversifizierung des marokkanischen Verbandswesens beschrieben. Dies ist im Sinne Dahls als der Demokratie zuträglich anzusehen, denn es ist wahrscheinlich, daß die Diversifizierung des Verbandswesens die Punkte 1 (freie Meinungsäußerung), 4 (politische Konkurrenz) und 5 (alternative Informationsquellen), eventuell auch 8 (Institutionen, die dafür Sorge tragen, daß die Politik von den Präferenzäußerungen der Bürger abhängt), fördert.

Denkbar wäre aber auch, daß der Makhzen die Verbände benutzt, um unliebsame Regierungspolitiken zu torpedieren. Auf meine Frage, ob die Verbände den König direkt kritisieren, wurde folgendes geantwortet:

„Niemand stellt sich in Marokko in Opposition zum König. Das geht nicht. Wenn, dann nur indirekt, über Mittelsmänner. Minister können kritisiert werden. Der Außenminister wurde in der Affäre des Streits mit Spanien um die Petersilieninsel heftigst kritisiert; später wurde ihm dann vorgeworfen, in seiner Funktion als UNO-Botschafter Gelder veruntreut zu haben. Der wurde dann auch ersetzt. Also dieser Außenminister wurde heftigst kritisiert! Auch der Innenminister, der aufgefallen war durch öffentliche, ungewöhnlich scharfe Beleidigungen, auch der wurde kritisiert; die Presse hat den fertig gemacht. In so allgemeinen Geschichten spielen die Verbände aber keine Rolle. Die interessieren sich für Wirtschaftsfragen, für Inspektionen des Finanzamtes, für Steuern, solche Sachen.“

Die Frage wird hier also ausweichend negativ beantwortet: niemand stelle sich in Marokko in Opposition zum König, und die Verbände interessierten sich eher nicht für allgemeine Fragen. Die Unabhängigkeit der Verbände von Makhzenstrukturen kann hier also nur mit großen Einschränkungen bejaht werden. Allerdings bestätigte der französische Mitarbeiter des PAAP ausdrücklich die Staatsferne der marokkanischen Verbände:

« C'est aussi un outil de démocratisation dans ce pays. Malheureusement c'est seulement au Maroc, il n'y a pas un programme régional. Peut être plus tard. Et c'est un cas singulier : Les procédures de la commission Européenne ne permettront plus de travailler directement avec le privé. Mais bon, ça marche comme ça. Et, vous comprenez, c'est aussi difficile : si vous prenez le patronat tunisien, c'est très proche à la politique, donc travailler avec le patronat tunisien ça veut dire travailler avec la politique. Il y a des hommes politiques, du gouvernement tunisien, et pas le privé. En plus en Tunisie, vous avez quatre ou cinq organisations patronales, alors quelle est la bonne ? Ça n'est pas comme en Allemagne, ce n'est pas comme ça en Italie, ce n'est pas comme en France, ce n'est pas comme ça en Espagne. Alors c'est très difficile. »

Es handelt sich also nicht ausschließlich um ein aus wirtschaftlichen Überlegungen entstandenes Projekt, sondern auch ein soziopolitisches: die Stärkung der marokkanischen Verbände wird als demokratisierend bezeichnet; dies ist ein wichtiges Indiz dafür, daß die in dieser unterstellte Wechselwirkung zwischen

Wirtschaftsförderung und Demokratisierung im marokkanischen Kontext von signifikanter Bedeutung ist. Dies, weil die marokkanischen Verbände unabhängig vom Staat sind. Als Gegenbeispiel wird Tunesien angeführt, wo die Verbände sehr eng mit dem Staat verwoben sind. Außerdem wird die tunesische Verbandslandschaft als aufgesplittert beschrieben, es gibt dort nicht einen zentralen Ansprechpartner, sondern mehrere, miteinander konkurrierende Verbände. Dieses Problem stellt sich in Marokko so nicht; mit der CGEM hat man den Dachverband, der nahezu alle anderen Verbände repräsentiert. Interessant ist auch die Tatsache, daß die Zusammenarbeit der EU mit der CGEM als Ausnahmefall beschrieben wird, weil die EU im Rahmen von MEDA normalerweise nicht mit patronalen Organisationen zusammenarbeitet. Dies wird von einem Verbandspräsidenten bestätigt:

« Le PAAP est un cas unique. C'est le seul cas où l'Union Européenne a permis à un organisme national de gérer le programme MEDA. Ça n'existe nul part avec les autres pays partenaires de l'UE. C'est la seule fois où l'UE a permis un organisme patronal, la CGEM marocaine, de gérer en direct un programme, surtout avec les gens qui vont aller. Ça ne s'est fait nul part. Et c'est une réussite, et il est même question de le relancer à la fin quand il aura expiré le délai normal. »

Als Gegenbeispiel beschreibt der PAAP-Mitarbeiter die marokkanischen Handelskammern:

« Les chambres de commerce au Maroc, ce sont des organismes qui sont plus dirigée par l'Etat. Le ministre de commerce et le ministre de culture a une ligne de budget, et ce sont donc des sortes de filiales externes. »

Die Handelskammern, finanziert vom Außenhandels- und Kulturministerium, genießen nicht die selbe Unabhängigkeit wie die Unternehmerverbände. Es kann also hier angenommen werden, daß zumindest die Europäische Kommission davon ausgeht, daß die Verbände staatsunabhängige Akteure sind; andernfalls hätte sie die Verwaltung des Programms nicht an die CGEM übergeben. Die Verbände wirken als staatsunabhängige Organisationen demokratisierend, vermutlich weil, so drückte es der andere

Interviewpartner des PAAP aus (s.o.), die Verbände den Platz einnehmen, von dem der Staat sich zurückzog.

Ein hoher Mitarbeiter der CGEM äußert sich denn auch noch deutlicher zum Verhältnis der CGEM zur EU:

« Et je veux dire une chose très importante : la CGEM est une institution indépendante, privé, indépendante du gouvernement. Ça c'est important. Et elle est financée par les cotisations de ses membres, et donc elle est indépendante du pouvoir public. C'est une des seules dans le monde arabe, et même le méditerranéen. Ça veut dire qu'elle a de la crédibilité. C'est ce qui fait que nous avons des liens privilégiés avec les institutions internationales, qui parfois nous financent comme l'Union Européenne, comme la Commission Européenne avec leur programme PAAP, qui est le seul programme communautaire dans le monde révisé et géré par le secteur privé. C'est le seul programme du monde que l'Union Européenne confie à une association privée pour le présider. Nous présidons le PAAP. Avec de l'argent européenne, 5 million d'euros. Ça veut dire qu'ils savent que nous sommes crédible, parce qu'on est indépendant du gouvernement. »

Auch hier wird die Unabhängigkeit der CGEM vom Staat betont: nur weil die CGEM unabhängig ist, war es möglich, daß die EU ihr die Verwaltung des PAAP anvertraute. Die EU hält also die CGEM für glaubwürdig.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch Wurzels These, daß, im Falle Ägyptens, einige Unternehmen eine Vorreiterrolle einnehmen, wenn es um das unabhängige Agieren von Verbänden geht:

„Often initiative in these organizations comes from companies already feeling the need to react to world market pressure resulting from the (still limited) liberalization of Egypt's foreign trade.“¹⁸⁹

Gesagt wird, daß insbesondere die Unternehmen, die bereits dem Druck internationaler Märkte ausgesetzt sind, dazu neigen, klientelistischen Funktionsweisen in Verbänden

¹⁸⁹ Zitat: Wurzel (2003): 111

entgegenzuarbeiten. Für den Fall der hier untersuchten marokkanischen Verbände würde sich dann die Frage stellen, welche Verbände am ehesten bereits jetzt solche international agierenden Unternehmen präsentieren. Mit großer Sicherheit kann dies von der AMITH (Textil) behauptet werden, für die FNCL (Gemüseimport und -export), und für den Dachverband CGEM (wobei dieser alle Unternehmen vertritt). Vermutlich sehen sich aber auch die Unternehmen von R+D Maroc (Forschung und Entwicklung) und FENELEC (Elektronikverband) ausgeprägtem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Für die AFEM als nichtsektoriellen Querschnittsverband gilt das gleiche wie für die CGEM.

Wir werden nun im Folgenden versuchen, die Wahrnehmung der möglichen demokratisierenden Rolle der Verbände, verstanden als ein „Ausfüllen“ einer gesellschaftlichen Leerstelle nach dem Rückzug des Staates, anhand von Interviews mit Verbandsvertretern zu untersuchen. Hierzu werden folgende Verbände näher untersucht: AFEM, FENELEC, APRAM, R+D, FNCL und CGEM.

5 Fallbeispiele: Unternehmerverbände

AFEM

(Association des Femmes Chefs d'Entreprises; Vereinigung der Frauen, die Unternehmen leiten)

Im September 2004 fand in Marakesh eine von der AFEM organisierte internationale Konferenz zum Thema der Geschäftstätigkeit von Frauen in muslimischen Ländern statt. Thematisch wurde zunächst die rechtliche und religiöse Stellung der Frau im islamischen Kontext im allgemeinen behandelt; in den meisten Beiträgen ging es dann um „contraintes et opportunités“, also um Beschränkungen und Chancen unternehmerischen Handelns von Frauen im islamischen Umfeld. Die Rednerinnen zu diesem Thema stammten aus Ägypten, Indien, Saudi Arabien, Türkei, Libyen, Kuwait, Tunesien, Palästina, und China; dazu kamen Repräsentanten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Ausrichtung dieser Konferenz lässt darauf schließen, daß die AFEM nicht nur einen beträchtlichen Organisationsgrad erreicht hat, sondern auch transnational gut vernetzt ist. Dies wird von der Gesprächspartnerin, hauptamtliche Mitarbeiterin (Déléguée Générale: Generaldelegierte, Referentin für Allgemeines) im Büro der AFEM, bestätigt:

« Nous avons des partenariats. Le partenariat avec des réseaux, le réseau arabe, le réseau méditerranéen, le réseau mondial, c'est de la communication externe. Et maintenant, automatiquement on reçoit des courriers du parlement. On est considérée. Je crois l'AFEM a fait du bruit au niveau mondial. »

Die Frage allerdings, ob die AFEM auch Positionspapiere zu politischen Fragen ausarbeitet, ist von der Interviewpartnerin verneint worden:

« Non. Sauf s'il y a des interviews, peut être, avec les membres de l'AFEM, par exemple, quand il y avait le changement de la Moudawwana (*umstrittene Änderung des Familienrechts zu Gunsten der Rechte der Frau, letztendlich in abgeschwächter Version durchgeführt; DS*), il y avait un interview avec la présidente, elle parle au niveau général, parce que nous, on n'entre pas dans les conditions de famille, mari, enfant et tout ça, nous, on est apolitique. »

Es kann gesagt werden, daß die AFEM zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Bereich des Politischen kein ausgeprägtes Profil hat. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf das (auch internationale) Networking, auf Erfahrungsaustausch mit Unternehmerinnen anderer Länder, und beinhaltet nicht die Stellungnahme zu kontroversen Themen: die Stellungnahme der Präsidentin zur Änderung der Moudawwana ist „au niveau général“, also allgemein gehalten, weil die AFEM sich als apolitisch sieht, und sich nicht einmischen möchte in Familienangelegenheiten.

Der Verband AFEM vertritt Unternehmerinnen. In einem arabischen Land wie Marokko dürfte die politische Repräsentation von Frauen nicht unproblematisch sein, will die Sphäre der Politik hier, oft in noch stärkerem Maße als in europäischen Ländern, von Männern dominiert ist. Die Aktivitäten von marokkanischen Frauenrechtsvereinen z.B. wurden vom Staat als „kulturell“ im Sinne von apolitisch eingeordnet.¹⁹⁰ Im Interview wurde denn auch bezeichnenderweise immer wieder betont, daß es sich bei der Arbeit des Verbands um apolitische Arbeit handelt. Auf die Frage, ob der Verband mit spezifischen Problemen konfrontiert ist, die daraus resultieren, daß es sich um einen Frauen repräsentierenden Verband handelt, wurde verneint:

« En tant que femmes? Du coté femmes et du coté hommes? Je ne pense pas... Je crois qu'on a énormément de chance, avec beaucoup de femmes qui nous soutiennent, et donc tout le monde est content. Parce que on ne fait que promouvoir des entreprises, on est apolitique, on n'est pas là pour casser les hommes quoi que ça soit, on est apo, on est là pour aider des femmes chefs d'entreprises... On n'a pas des actions de lobbying, on est en train d'en penser, mais pour l'instant on en a pas. »

Die Rolle des Verbandes wird also als apolitisch beschrieben. Die breite Unterstützung durch Frauen wird als Vorteil gesehen, der alle zufrieden stellt, weil die Arbeit sich auf

¹⁹⁰ So berichtet Hegasy (1997), daß die Arbeit Fatima Mernissis, einer feministischen Soziologie-Professorin an der Universität Rabat, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt, in einer staatlich herausgegebenen Broschüre von 1992 zur Situation der Frauen in Marokko im Kapitel über Kultur, gemeinsam mit Sängerinnen und Tänzerinnen, vorgestellt und „somit im Sinne des herrschenden Diskurses entpolitisiert wurde“. Hegasy (1997): 138

die Unternehmensförderung konzentriert, und nicht darauf, „Männer zu bekämpfen“. Lobbyaktivitäten gibt es nicht; allerdings wird darüber nachgedacht.

Vermutlich hat die AFEM dieses schwache Profil auf politischem Gebiet strategisch gewählt, um nicht unnötigen Widerständen zu begegnen. Vielleicht kann die Arbeit der AFEM im Hintergrund besser ausgeübt werden. Und der Bereich der Frauenrechte ist schon durch einen großen NGO-Sektor abgedeckt.¹⁹¹ Als Verband der Unternehmerinnen ziehen sie die Arbeit im Hintergrund, bestehend hauptsächlich aus Networking und Erfahrungsaustausch, politisch-konflikthafter Arbeit vor.

Der ausdrücklich apolitische Charakter kann jedoch als für Frauenorganisationen in muslimischen Ländern typisch angesehen werden, weil auf diese Weise, wie Lachenmann (2004) für den Fall Westafrikas bemerkt, Handlungsspielräume erweitert werden:

„Besonders Frauen-NROs oder NGOs, die mit Frauen arbeiten, betonen ihre unpolitische Orientierung, v.a. im Bereich von Bildung und Hilfe, inzwischen auch bei der Armutsbekämpfung, möglicherweise damit sie im öffentlichen Raum tätig sein können, ohne Probleme zu bekommen.“¹⁹²

Die Tatsache, daß der unpolitische Charakter so betont wird, deutet also auf ein ungünstiges politisches Umfeld hin in dem Sinne, daß die Tätigkeit einer Frauenorganisation starken Beschränkungen unterliegt. Der vorgeblich unpolitische Charakter entspricht einer Selbstbeschränkung, die vermutlich nicht sachlich begründet ist, sondern auf die ungünstigen politischen Verhältnisse zurück zu führen ist.

Allerdings ist die AFEM, in ihrer Eigenschaft als Mitgliedsunternehmen der CGEM, in der Generalversammlung der CGEM vertreten; dort übt sie, als stimmberechtigtes Mitglied, Einfluß aus:

« On participe aux décisions de la CGEM. C'est sont différentes actions. Au niveau du code de travail, au niveau de décrets qui sortent, beaucoup de choses, c'est ça que fait l'AFEM, on fait monter les femmes qui sont chefs des PME, qui

¹⁹¹ Vgl. Roque (2004a) : 107 ff

ont pris leur place au niveau de la CGEM, pour être capables de réagir par rapport aux choses, qui disent: oui je suis pour, non je suis contre, donc: nous sommes très actives au niveau de la CGEM. Par exemple, la CGEM veut changer le statut. Et nous, on est membre, on a le droit, on a vingt voix pour le vote. »

Abschließend kann gesagt werden, daß die Arbeit der AFEM nur verdeckt politisch ist. Dies ist wahrscheinlich auf das für sie für muslimische Länder typische ungünstige sozio-politische Umfeld zurückzuführen. Die Förderung der AFEM durch das Verbands-Förderungsprogramm der EU, PAAP, kann daher unter Gesichtspunkten der Demokratieförderung als positiv beurteilt werden: neben der nationalen und internationalen Vernetzung von Unternehmerinnen und der Interessenvertretung innerhalb des Unternehmer-Dachverbandes CGEM gibt es nach Grundlage der Ergebnisse der hier vorgestellten Forschungsergebnisse eine Grauzone politischer Arbeit, die größtenteils nicht öffentlich stattfindet. Dennoch wird die AFEM in der Öffentlichkeit als wichtiger Akteur in Bezug auf Frauen betreffende Politikbereiche wahrgenommen; hierfür spricht die Tatsache, daß, wie im Interview bemerkt wird, die Präsidentin der AFEM zum Thema der Änderung des « code de famille », des Familienrechts, von Journalisten interviewt wurde.

Die internationale Vernetzung kann zudem in Richtung der Herstellung translokaler Räume und Öffentlichkeiten interpretiert werden.¹⁹³ Diese können zur Verbreitung von z.B. demokratischen Idealen führen, die von Protagonisten gegen die in ihren Heimatländern existierenden klientelistische Strukturen in Stellung gebracht werden. Dies kann zu einer zunehmenden Nachfrage nach Demokratisierung und damit Druck auf die bestehenden autoritären politischen Strukturen führen. Diese These ist theoretisch plausibel, jedoch liegt hier kein empirisches Material vor; sie kann daher hier nicht weiter verfolgt werden.

¹⁹² Zitat: Lachenmann (2004): 330

¹⁹³ Vgl. Lachenmann (1998)

FENELEC

(Fédération Nationale de l'Electricité et de l'Electronique)

Auch andere Verbände heben ihre apolitische Eigenschaft hervor, wenn auch niemand so ausdrücklich wie die AFEM. Auf die Frage, ob die FENELEC, der den Elektrizitäts- und Elektroniksektor repräsentierende Verband, ihre Interessen aktiv vertritt und Lobbying betreibt, wurde geantwortet:

« Pas seulement les associations professionnelles, mais tout le monde essaye d'utiliser le maximum des possibilités. Nous avons des parlementaires qui sont membres de la fédération; donc nous essayons par le biais de ces gens là d'aboutir à nos fins. Ça, on appelle ça lobbying. Sinon, nous utilisons aussi la voie de la CGEM. Nous avons un siège au bureau de la CGEM, nous avons deux sièges au Conseil National du Patronat, donc chaque fois que nous avons besoin d'utiliser ces entités, nous n'hésitons pas. Donc que ça soit pour la loi de finances, que ça soit pour la récupération de TVA (*taxe valeur ajoutée; Erstattung der Mehrwertsteuer; DS*), pour les problèmes avec le dollar fort, pour l'aide à l'export, pour la mise à niveau, pour... je ne sais pas quoi, donc c'est courant, le lobbying c'est courant. »

Die FENELEC präsentierte sich als Interessenvertreter, der eher technische Anliegen seiner Mitgliedsunternehmen vertritt. Themen wie z.B. die Rückerstattung der Mehrwertsteuer oder die Pflichtversicherung betreffend waren von Interesse. Die FENELEC nutzt dabei, wenn es sich um Themen allgemeinen Interesses handelt, das Forum der CGEM, um andere Sektoren mit ähnlichen Interessen als Verbündete zu gewinnen; wenn die CGEM eine Position formuliert, hat dies natürlich mehr Durchsetzungskraft, weil die CGEM die Unternehmerschaft insgesamt repräsentiert. Aber nicht nur die CGEM wird als Forum genutzt, sondern auch der Nationale Unternehmerrat (Conseil National du Patronariat), und einige der Mitglieder sind Parlamentarier.

Allerdings könnte es sich hier nicht um zivilgesellschaftliche Tätigkeit handeln in dem Sinne, daß aktiv politische Vorschläge erarbeitet werden, sondern die Verteidigung von Privilegien im Vordergrund steht. Andererseits wird schon hier die Orientierung auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, von angemessener

Reglementierungen im Sinne liberaler Wirtschaft, deutlich, was, wie wir später sehen werden, als ein Kennzeichen zivilgesellschaftlicher Akteure angesehen werden kann. Eine aktivere Rolle spielte die FENELEC bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über das (inzwischen beschlossene) Freihandelsabkommen zwischen Marokko und den USA: die FENELEC entsandte einen Vertreter mit der offiziellen marokkanischen Delegation in die USA.

Im Rahmen der Mise à Niveau Marokkos schlug der Gesprächspartner der FENELEC einen interessanten Argumentationsweg ein:

« ... on ne passe pas par le citoyen. Mais c'est le citoyen qui va dans les magasins acheter quelque chose. Il faut le sensibiliser! Il faut le sensibiliser pour la mise à niveau. Et vous allez voir, par exemple au programme qui s'appelle le PAAP, programme d'appui aux associations professionnelles, PAAP, c'est le plus grand programme pour les associations professionnelles, pour faire des actions pour eux, ils ne financent pas ce genre de..., d'activités, des activités de sensibilisation. Ils financent les études de marché, ce qui est bien important, mais ce n'est pas pour le citoyen. Si le citoyen comprend qu'il ne faut pas acheter ce produit là, parce qu'il n'est pas de bonne qualité, vous qui produisez ce produit ne pouvez plus le vendre, parce que la mauvaise qualité ne se vend plus. Parce qu'on peut dire beaucoup de choses, mais ça n'est pas évident. On pourrait demander aux importateurs de ne plus importer une telle mauvaise qualité. Mais c'est difficile parce que c'est eux qui gagnent en important. Alors il faut passer par le citoyen.

DS: Alors on pourrait dire que c'est le consommateur qui....

Oui, le consommateur. Quand on regarde le matériel qui est utilisé pour construire des bâtiments, c'est une honte. C'est une honte ! Si le consommateur se rend compte, ça n'est plus possible. »

Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft führte er darauf zurück, daß der Bürger (als Konsument) nicht ernst genommen wird. Nur weil die marokkanischen Bürger nicht wissen, daß die Produktqualität (insbesondere in dem von der FENELEC vertretenen Bereich, der Elektronik) sehr wichtig ist, könne sich schlechte Qualität am Markt halten. Dies führt dann dazu, daß mangelhafte

elektronische Geräte, schlechte Installation und fehlende staatliche Kontrolle Unfälle mit einer nicht unerheblichen Zahl an Todesopfern produzieren. Man sollte deshalb den Bürger ernst nehmen, und das heißt zunächst: Informationskampagnen starten, um die Bürger zu informieren, damit ein mündiger Konsument sinnvolle Entscheidungen treffen kann. Entscheidend ist hier, daß er dies hier als zivilgesellschaftliche Aufgabe sieht, und nicht als staatliche. Nebenbei würde das dazu führen, daß die marokkanische Wirtschaft, durch wachsende Ansprüche auf dem heimischen Markt gestärkt, auch der ausländischen (europäischen) Konkurrenz gewachsen wäre. Allerdings, das wurde als Kritikpunkt gegen das europäische Programm zur Verbandsförderung PAAP vorgebracht, seien kaum Gelder für aufklärende Maßnahmen in der Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Der Vorwurf, die FENELEC vertrete hier nur Partikularinteressen, greift hier also zu kurz. Zwar geht es natürlich nicht nur darum, daß eine bessere Qualität der Materialien, die beim Häuserbau verwendet werden, erreicht wird, damit die Zahl der Unfälle verringert wird, und daß der Konsument mündig entscheiden soll. Der Auftrag eines Unternehmerverbandes ist in erster Linie, die ökonomischen Interessen seiner Mitgliedsunternehmen zu vertreten. Interessant ist hier jedoch, daß die beiden Ebenen miteinander verknüpft werden: er argumentiert, daß es diese verschiedenen Interessen zu verbinden gelte; seine Äußerungen dürfen also nicht von vornherein als partikularistisch abgetan werden. Es geht hier mehr um die Verbindung des unternehmerischen Partikularinteresses nach Gewinnmaximierung mit dem Allgemeinwohl, das hier in der Verringerung der Unfälle durch bessere Qualität am Markt liegt. Es handelt sich also um eine zivilgesellschaftliche Funktion des Verbandes, wenn er Vorschläge formuliert, die, als Verbraucherschutzmaßnahmen, das Partikularinteresse mit dem Allgemeinwohl verbinden. Zudem wird an die gesellschaftliche Verantwortung der Importeure erinnert. Die Einforderung der Umsetzung dieser Vorschläge deutet auf eine demokratisierende Funktion des Verbandes hin, weshalb die Förderung durch das PAAP unter dem Demokratisierungsgesichtspunkt sinnvoll erscheint.

Auf die Frage nach der konkreten Ausformung der von ihm geforderten Kommunikationskampagne antwortet er:

« Il faut commencer par une étude officielle, sur les accidents de l'électricité. Parce que si nous, on voulait faire ça, on n'aurait pas de données, en tant que professionnels. Parce que les données, c'est qui, qui a les données? C'est le ministre de l'intérieur, c'est la gendarmerie, ce sont les organisations concernées. Et ces gens là ils ne peuvent pas nous donner des chiffres officiels. D'accord? Alors il faudrait lancer une coopération avec le ministère de l'intérieur. Et alors on a les données. Donc quand on a ces données, on peut les montrer aux gens, tout simplement! On commence à l'école, par la formation, on va dire: il ne faut pas acheter un produit de mauvaise qualité! Ça c'est le début. Parce que nous sommes en train de travailler sur autre chose, et on n'a pas les moyens pour tout ça. Parce que, en France, quand on construit une maison, avant qu'on vous donne l'électricité, un contrôleur vient, pour vérifier si tout est bien mis. Et il vous donne un papier, et avec ce papier vous allez chez EDF (*Electricité de France, französischer Stromversorger; DS*), vous montrez le papier, et puis on va vous mettre le courant. Si vous n'avez pas le papier, vous n'avez pas de courant. Mais c'est difficile ici. Très difficile. Parce que les fils d'électricité, ils sont mauvais ici. Et on n'a pas des contrôleurs ici. C'est un cercle vicieux, vous voyez? Et je crois la seule solution, c'est de commencer par le consommateur. Il faut leur dire: si vous voulez une lampe économique d'énergie, et ça coûte 10 Dirham, c'est impossible. Un euro. Ça n'a pas de sens, un néon, c'est impossible, c'est impossible d'avoir un néon à un euro ! C'est n'importe quoi. Et c'est pour cela qu'il faut sensibiliser les gens, les montrer les cartes. Il faut les laisser savoir, voilà c'est le problème, et vous avez la décision. »

Hier wird die Verantwortung des Staates für angemessene Kontrollen eingefordert. Zwar wird die Kapazität des Staates zur Problemlösung in diesem Bereich zurückhaltend eingeschätzt (« ces gens là... »). Deshalb wird eine Arbeitsteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft vorgeschlagen, und zwar nach dem Muster, daß der Verband die Konsumenten aufklärt, und der Staat seine Kontrollfunktion ausübt. Es wird ganz klar das Allgemeinwohl als Begründung angeführt : um den Teufelskreis aus schlechten Produkten, schlecht informierten Bürgern/Konsumenten und schlechten staatlichen Kontrollen zu durchbrechen, müßte man eine Kooperation mit dem Innenministerium beginnen, mit dem Ziel der Aufklärung der Bürger. Seiner Ansicht nach ist der Bürger der Schlüssel, um diesen Kreis zu durchbrechen. Die Forderung, die

Zahl der Unfälle müsse verringert werden, deutet auf eine professionelle Ethik hin. Die Gemeinwohlorientierung spricht für die These der demokratisierenden Funktion der Unternehmerverbände. Es ist die Aufgabe eines Unternehmerverbandes, die Interessen der Mitgliedsunternehmen zu vertreten. Diese Interessen sind ökonomische. Wenn jedoch versucht wird, die Interessenvertretung auf ein gesamtgesellschaftliches Fundament zu bauen, so kann dies durchaus als demokratisierend angesehen werden: der Verband befindet sich nicht mehr in der Logik des Forderns, sondern versucht eigene Vorschläge zu machen, die gesamtgesellschaftlich tragfähig sind. Dies mündet dann in Forderungen an den Staat, im Interesse nicht nur der eigenen Mitglieder, sondern der Gesellschaft insgesamt. Die durch den Staat zu gewährleistenden Rahmenbedingungen ökonomischen Handelns sollen in Einklang gebracht werden mit der eigenen Aktivität.

« Il y a des moyens pour la communication, mais pas pour la sensibilisation des citoyens. La communication financée, ça concerne les études de marché, la communication interne etc. Parce que le PAAP ne finance pas les citoyens, mais les associations professionnelles, qui sont touchées par la mondialisation. »

Die Betonung der Einbeziehung der Bürger in die Strategie der Mise à Niveau entspricht der Forderung einer gesamtgesellschaftlichen Verankerung der ökonomischen Modernisierungsprozesse. Gleichzeitig wird die Kritik geäußert, daß vom EU-Projekt keine Gelder für die „Sensibilisierung“ der Bürger zur Verfügung gestellt wurden; dies könnte also als Beleg dafür gelten, daß es sich in der Förderung durch die EU nicht um Demokratisierung handelt. Wenn die EU mit dem Programm PAAP Demokratie fördern will, und davon gehen wir aus, dann sollte erwogen werden, den Verbänden auch Gelder zur Verfügung zu stellen, damit diese Kommunikationskampagnen durchführen können, die sich nicht nur an die Mitgliedsunternehmen richten, sondern an die Konsumenten; dies würde vermutlich zu einer stärkeren Einbettung und Akzeptanz der Verbandsaktivitäten in der Gesellschaft führen.

APRAM

(Association Professionnelle des Agents Maritimes, Consignataires de Navires, et Courtiers d’Affrètement du Maroc)

Die APRAM präsentiert den marokkanischen Seefahrtssektor. Auch sie konzentriert sich in ihrer Arbeit auf technische Aspekte. Unter anderem organisierte sie Veranstaltungen, in denen Richter, die mit die APRAM betreffenden Entscheidungen betraut sind (z.B. Haftungsangelegenheiten bei Hafenunfällen), in denen sie die Richter über ihre Arbeit informiert.

Richter müssen, damit sie sachlich angemessene Entscheidungen treffen können, Grundkenntnisse über die Praxis des von ihnen beurteilten Bereiches besitzen. Informationsveranstaltungen für Richter könnte man zwar als Einflußnahme auf rechtliche Entscheidungen werten; andererseits wird so die Verankerung der Justiz in konkrete gesellschaftliche Verhältnisse gewährleistet:

« Nous sommes aussi actifs dans le cadre du rôle de l’association comme représentant de la profession, élargi sur son environnement, l’environnement de l’entreprise. L’environnement juridique et tout ça. Dans ce cadre là, nous avons travaillé sur le projet de loi d’organisation de la profession, qui devra bientôt passer par le processus législatif, donc nous avons défendu l’intérêt de la profession pour une meilleure organisation; nous avons aussi, en 2003, organisé un séminaire de sensibilisation et d’information pour des juges et des magistrats, à propos d’une question... à propos du rôle et de la responsabilité de l’agent maritime, parce que en général l’activité de l’agent maritime est mal connu, surtout par les juges, qui ne sont pas des spécialistes dans le domaine maritime, et par conséquence l’agent maritime était tenu pour responsable des choses dont il n’est pas responsable d’organiser. C’est le cas de manque des barrières de la marchandise. Nous avons sensibilisé les juges à cette question là, et maintenant les agents maritimes reconnaissent qu’il y a eu quand même un bon résultat, ils comprennent mieux la question maintenant. »

Die APRAM sieht also als eine ihrer Aufgaben die Gestaltung der Rahmenbedingungen der Tätigkeit ihrer Mitglieder. Auch hier wird deutlich, daß die Tätigkeit des Verbandes

über reine Interessenlogik hinausgeht, hin zu einer gesellschaftlichen Vermittlung der Tätigkeit der Mitgliedsunternehmen: Ziel war nicht eine Einschränkung der Haftung der Mitgliedsunternehmen, sondern eine Aufklärung der Richter über die konkreten Verhältnisse in Hafent. Dies kann Richtern helfen, bei einem die Arbeit im Hafen betreffenden Fall die Verhältnisse angemessener einzuschätzen. Der Verband hat daran ein Interesse, daß die Justiz dazu in der Lage ist, und übernimmt in diesem Bereich gesamtgesellschaftliche Verantwortung jenseits staatlichen Einflusses. Diese Verantwortung übernimmt der Verband auch gegenüber der Verwaltung, wenn er sich als Vermittler zwischen Privatsektor und Verwaltung an der Ausarbeitung von Gesetzen beteiligt, indem er im Rahmen von Komitees usw. Expertise bereitstellt.

Ausdrücklich stellt die APRAM sich als Gesprächspartner der Verwaltung dar:

„L'administration est en train de préparer un texte de loi, un projet de loi de l'organisation de la profession des agents maritimes. Et donc on est un interlocuteur de l'administration pour l'élaboration de ce texte de loi, on est toujours interlocuteur de l'administration, qui veut prendre en compte notre point de vue. Et puis c'est l'association qui prend le départ s'il y a un problème dans le secteur, c'est nous qui s'en occupe. De la même manière l'association est présente dans certaines entités, certains comités de travail, pour représenter la profession, par exemple on est présente dans le comité national de sûreté maritime, pour vous donner une idée, il y a eu, en 2002, l'invention d'un nouveau code international de la sûreté maritime, qui est entré en vigueur en juillet 2004, et donc le Maroc, comme les autres pays signataires de cette convention, a du mettre en place des mesures et des dispositions pour être conforme à ce code, et donc l'APRAM a été présente dans le travail du comité national et des commissions locales qui ont travaillé sur ce sujet.“

Bei der Umsetzung des Internationalen Abkommens zur Sicherheit der Seefahrt beteiligte sich die APRAM sowohl im Rahmen eines nationalen Komitees, als auch in lokalen Komitees. Wie schon bei den Veranstaltungen für Richter wird hier deutlich, daß der Verband Verantwortung übernimmt für die „Übersetzung“ abstrakter Regeln in konkrete Praxis. Als Spezialist des Bereichs stellt er öffentlichen Stellen Expertise zur Verfügung. Der Staat wird so einerseits entlastet, weil er auf die Hilfe des Verbandes

bei der Implementation zurückgreifen kann. Andererseits wird die Praktikabilität der Regeln so gewährleistet, weil der betroffene private Sektor mit einbezogen wird.

R+D Maroc

(Recherche et développement)

In dieser Hinsicht ist auch die Rolle des R+D Maroc interessant. R+D Maroc vertritt Unternehmen, die Forschungseinrichtungen unterhalten. Der Verband wurde Anfang der 90er Jahre gegründet, um das Umfeld für Forschung und Entwicklung zu verbessern:

« Il faudrait inscrire l'Entreprise Marocaine dans la dynamique de l'innovation. Et l'utilisation du savoir comme moteur de l'économie. Alors, comme les entreprises ne pouvait pas le faire toute seules, il fallait aussi sensibiliser les pouvoirs publics, pour que les pouvoirs publics puissent mettre en place le cadre, le réglementaire fiscale, institutionnel, pour que les entreprises puissent effectivement se mettre en position de prendre des risques en faisant de l'innovation. Donc voilà, si vous voulez, pourquoi l'association était crée, la motivation. »

Die Funktion der Wissensproduktion wird hier benannt als „Motor der Wirtschaft“; die Innovationsförderung durch den Verband ist also auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung orientiert.

Während zu Beginn noch auffallend viele öffentliche Unternehmen an R+D beteiligt waren, achtete der Verband mehr und mehr auf die Unabhängigkeit vom Staat. Allerdings mußte insofern ein Kompromiß eingegangen werden, als zwei Ministerien im Aufsichtsrat des Verbandes vertreten sind. Dies wurde zunächst als Nachteil angesehen.

« Après il se sont ajoutées ces entreprises, on ne voulait que des entreprises, pour rester totalement indépendant des pouvoirs publics, et totalement indépendant des organisations patronales. Parce que nous ne sommes pas une organisation patronale. Nous ne sommes pas un syndicat. Nous ne défendons pas le patron. Mais on a été obligé de donner un siège d'observateur, de membre, à la CGEM et

à deux ministères, le ministère de l'industrie, et le ministère de l'enseignement supérieure. »

Hier wird auch deutlich, daß der Verband nicht in erster Linie die unmittelbaren Interessen der Mitgliedsunternehmen vertritt, sondern sich der Sache der Förderung von Forschung und Entwicklung verschrieben hat. Und als der Verband eine eigene Initiative in den Gesetzgebungsprozeß einzuspeisen suchte, stellte sich die Beteiligung staatlicher Stellen als Vorteil heraus:

« Alors il y a les activités de caractère, si vous voulez, de proposition de mesures incitatifs, pour les pouvoirs publics. Des propositions de mesures incitatives, pour encourager la recherche et l'innovation au Maroc. Voilà donc, on l'a déjà fait par une proposition, nous avons proposé un certain nombre de mesures qui ont été adopté par les pouvoirs publics, particulièrement une mesure qui s'appelle la provision pour la recherche. C'est la première action que nous avons mené. Nous avons travaillé avec les membres de R&D Maroc, avec les responsables de finances et tout ça, nous avons travaillé sur cette mesure, et une fois qu'on avait bien élaboré le projet de loi, nous avons proposé au ministère, et je pense que c'était là où on a trouvé que c'était intéressant d'avoir les ministères comme membre, parce qu'on peut leur proposer un projet de loi, et on dit, alors, écoutez, nous avons un projet de loi, c'est dur, faites comme si c'était vous qui l'avez élaboré, et présentez-le au gouvernement etc. C'est un peu ce qui s'est passé. Donc on est dans une position de faire des propositions de mesures au pouvoir public. »

Man hatte also einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, den man dem Ministerium für Industrie anbot. Bei dem Gesetz ging es um die Möglichkeit, Investitionen in Forschung und Entwicklung von der Steuer abzusetzen. Das Industrieministerium sollte diesen Vorschlag als seinen eigenen ausgeben und durch den Gesetzgebungsprozeß bringen. Genau so ist es dann umgesetzt worden. Der Staat wird dabei als nicht fähig angesehen, angemessene Gesetze zu produzieren, weshalb der Verband die Verantwortung übernimmt, einen eigenen Vorschlag auszuarbeiten. Er wird damit gestalterisch tätig, und zwar nicht nur im Interesse der Forschungsförderung (wie es seinen Aufgaben im

engeren Sinne entspräche), sondern im Interesse des Gemeinwohls, denn der Vertreter von R+D betont, daß es bei dieser Initiative nur Gewinner gibt:

« C'est une mesure qui permet à l'entreprise, une fois qu'elle a arrêté le bilan à la fin de l'année, elle va constater un résultat, un bénéfice, ou un déficit. Si elle constate un bénéfice brut, elle peut, la loi qu'on a proposé lui donne la possibilité de prélever 20% des résultats, et d'en effectuer des programmes de recherche et de l'innovation. Et elle a trois années pour justifier cette provision qu'elle a eu, pour justifier ce qu'elle a fait avec cet argent. Voilà. Alors c'est une mesure très sage, que l'entreprise maîtrise, pour le pouvoir public ça ne coûte pas grande chose, ils relancent une parti de l'IS à un moment donné, de l'impôt sur les sociétés à un moment donné, mais il va le récupérer, en génération de valeur ajouté, de TVA, de taxe, d'emploi etc., après c'est bien utilisé pour le pays. Ce qui va permettre à augmenter le chiffre d'affaires, donc il n'y a que des gagnants. Et il est facile pour l'Etat parce qu'il n'y a pas de structures pour le gérer. On n'a pas mis des fonctionnaires, etc., pour pouvoir le gérer, étudier les dossiers, il est facile pour le pouvoir public, il ne coûte vraiment pas cher du tout parce qu'il n'y a pas de structures supplémentaires. C'est ça l'avantage. »

Er bezeichnet die Maßnahme als sehr „weise“, weil sie

- zielführend ist in dem Sinne, als sie Gelder für Investitionen in F+E freisetzt;
- für die Unternehmen einfach zu handhaben ist;
- ebenso für die Verwaltung, für die kaum zusätzliche Kosten entstehen, weil keine zusätzlichen Verwaltungsstrukturen erforderlich sind;
- das Geld für den Staat nicht verloren geht, sondern Quelle weiterer Steuereinnahmen ist (Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer);
- Arbeitsplätze schafft.

Die Aussage „il n'y a que de gagnants“, es gibt nur Gewinner, „c'est bien utilisé pour le pays“, es ist für das Land von Nutzen, verweist auf die Tatsache, daß R+D sich hier nicht auf eine verengte Perspektive der Gewinnsteigerung der Mitgliedsunternehmen beschränkt, zumindest nicht auf der rhetorischen Ebene. Selbstverständlich ist die Maßnahme im Interesse der Mitgliedsunternehmen, die ihrer Konkurrenzfähigkeit durch Investitionen im Bereich F+E steigern wollen. Aber diese Ebene geht schon über die der

reinen Interessenvertretung hinaus; sie betrifft die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns. Und die Einbeziehung der Perspektiven der Verwaltung, des Staates und der Gesellschaft deutet auf eine breitere Orientierung hin, in der es nicht nur um die Verwirklichung egoistischer Interessen geht, und auch nicht nur um die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns, sondern um das Suchen nach gesellschaftlichem Konsens, der vielen zu gute kommt.

FNCL (Fédération Nationale des Négociants en Céréales et Légumineuses)

Die FNCL vertritt Getreide- und Gemüsegroßhändler, die in Marokko tätig sind. Auch dieser Verband engagiert sich beim Thema Freihandelszone. Auf die Frage, welches Interesse besteht an der Schaffung von Freihandelszonen, wurde geantwortet:

« Disons que dans toutes les manières, le Maroc est un importateur net de céréales. Quel que soit la récolte, nous importons une quantité importante. Et si on dit que cette quantité qu'on importe peut servir à aider au développement des autres secteurs, pourquoi pas? Simplement. De toute manière, le Maroc importe quel que soit l'état de sa récolte. Même si la récolte est excellente, on importe.

DS : La zone de libre-échange pourrait-elle aussi être une menace ?

Oui, c'est aussi une menace, bien sur. C'est une menace pour certains secteurs qui ne sont pas concurrentiels. C'est pour cela qu'on fait la mise à niveau. Nous, ce sont des grandes entreprises, nous ne sommes pas très touchées par la mise à niveau, parce que ce sont des gros entreprises qui sont déjà mise a niveau, au niveau mondial. »

Es handelt sich bei den Mitgliedsunternehmen der FNCL also um Unternehmen, die überwiegend nach Marokko importieren, sich auf dem Weltmarkt bereits durchgesetzt haben und konkurrenzfähig arbeiten. Freihandelszonen dürften ihnen keine großen Schwierigkeiten bereiten. Dazu paßt, daß der Verband relativ professionell zu arbeiten schien ; hierfür spricht die Büroeinrichtung (die Geschäftsstelle war gerade umgezogen und neu eingerichtet), die sachliche, unspektakuläre Darstellung seiner Aktivitäten sowie die Tatsache, daß der Interviewpartner in zweiter Funktion Präsident eines Verbandes für Verbandsführungskräfte ist, und sein Ansehen in der Verbands-

community daher groß sein dürfte. Außerdem hat sich nach seinen Angaben sein Verband gegen zwei Konkurrenten durchgesetzt und diese übernommen, er vertritt nun bis auf zwei Unternehmen alle in dem Sektor tätigen. Gerade große, international tätige Unternehmen würden vermutlich einem ineffektiven Verband die Unterstützung entziehen.¹⁹⁴

Trotz der anscheinend professionellen Arbeitsweise muß die demokratisierende Funktion eines Verbandes in diesem Fall kritisch gesehen werden: Marokko ist ein Netto-Importeur auf dem Gebiet der Agrargüter.¹⁹⁵ Der massenhafte Import insbesondere von Lebensmitteln führt dazu, daß die nationale Produktion zerstört wird. Dies ist nicht nur ein Nebeneffekt der Tätigkeit Importeure, sondern geradezu Geschäftsziel, die Konkurrenz zu verdrängen. Unter den Bedingungen einer entwickelten sozialen Marktwirtschaft wäre dagegen nichts auszusetzen; in Entwicklungsländern wie Marokko jedoch liegen die Dinge anders: die zunehmende Verdrängung nationaler Produzenten führt dazu, daß weit verbreitete Arbeitslosigkeit und Armut noch extremere Formen annehmen. Insofern steht die Tätigkeit der FNCL der wirtschaftlichen Entwicklung auf breiter Basis diametral entgegen, eine auf das Gemeinwohl ausgeweitete Perspektive kann nicht eingenommen werden, die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ist sehr unwahrscheinlich. Die demokratisierende Wirkung ist also in diesem Fall zu verneinen.

CGEM (Confédération Générale des Entreprises du Maroc)

Daß das Engagement marokkanischer Verbände für Freihandelszonen nicht grundsätzlich so zu beurteilen ist, daß es keine demokratisierende Wirkung hat, zeigt das Beispiel der CGEM. Es handelt sich hier um ein weiteres interessantes Beispiel für die Orientierung auf die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns. Weil die CGEM der Unternehmerdachverband in Marokko ist, ist seine breite Perspektive durch die Unterschiedlichkeit der Mitgliedsunternehmen schon gegeben. Daß sich diese breite Orientierung für die Mitgliedsunternehmen auszahlt, zeigt die Involvierung der CGEM

¹⁹⁴ Weiterhin spricht für die Professionalität des Verbandes, daß der Interviewtermin vom Gesprächspartner wahrgenommen wurde, obwohl er auf den ersten Tag des Fastenmonats Ramadans fiel. Der Beginn des Ramadans wird erst am Vorabend bekanntgegeben, und an seinem ersten Tag ruht das wirtschaftliche Leben Marokkos weitgehend zugunsten von Feiern im Kreise der Familie.

¹⁹⁵ Laut Statistiken der Food and Agricultural Organization (FAO) hat sich die negative Handelsbilanz Marokkos im Bereich der Agrargüter zwischen 1979 und 2002 mehr als verdoppelt: das Defizit stieg von 416 Millionen US-Dollar auf 929 Millionen USD. Vgl. FAO (2004)

in die Verhandlungen mit der EU und der Türkei bezüglich einer Freihandelszone, wie der Präsident der CGEM berichtete:

« Alors, d'abord nous avons été actifs dans les discussions avec l'Union Européenne. A la base, avant la signature de l'accord de 97/98, ou les secteurs ont donné leur avis sur le risque du démantèlement douanier. Certains ont dit non, on est prêt, on peut démanteler tout de suite, d'autres ont dit, bon allez, au maximum, d'autres ont dit, il faut être sur une trace médiale. Derrière ces démarches classiques, à chaque fois qu'il y a un accord commercial, de libre-échange ou de préférence tarifaire, chaque secteur réagit en disant, oui, nous sommes d'accord, ou, nous ne sommes pas d'accord, il faut changer ceci. Exemple pour l'accord de libre-échange avec la Turquie : nous avons commandé une étude d'impact. Et nous avons proposé que la vitesse de démantèlement ne soit pas la même que pour les autres. A savoir qu'aujourd'hui l'accord de libre-échange avec la Turquie donne l'accès immédiat des produits marocains sur les marchés turcs sans droit de douanes, et nous avons mis le même risque pour les produits turcs qui entrent au Maroc, que le risque de la convention avec l'Union Européenne. Alors voilà un exemple pour les secteurs qui ont dit, nous sommes d'accord, mais voilà les dispositions à prendre.

DS : Je n'ai pas bien compris...

Aujourd'hui l'accord de libre-échange turc préconisant le démantèlement douanier turc vers le Maroc est immédiat à la signature, à l'entrée en vigueur de cet accord. Par contre l'inverse, la rentrée des produits turcs au Maroc, va subir le même risque de démantèlement que celui que nous avons avec l'Union Européenne. A savoir zéro % en 2010 sûrement, les produits marocains ont zéro % à l'entrée en vigueur. Donc c'est un traitement asymétrique.

DS : Et c'était à cause de l'intervention de la CGEM ?

De la CGEM, et des secteurs. Parce que au départ nous étions contre la signature de l'accord avec la Turquie. Parce que les coûts des facteurs, les coûts de la fonction en Turquie donnent désormais un avantage aux opérateurs turcs. Et comme nous avons fait l'étude d'impact, on a compris que, si on pouvait retarder l'entrée à zéro % de droits des produits turcs au Maroc, ça pourrait s'équilibrer. »

Die CGEM bündelte also die Positionen der einzelnen Sektoren in Bezug auf die Freihandelszone(n) und vertrat sie in der Diskussion mit der EU und der Türkei. Zusätzlich gab die CGEM eigene Impact-Studien in Auftrag, um abschätzen zu können, welche Chancen und welche Risiken die Freihandelszone bietet. Sie agierte hier also so, daß sie zur Formulierung der gemeinsamen Position beitrug und diese dann offensiv vertrat. Am Beispiel der Freihandelszone mit der Türkei zeigt der Interviewpartner, daß die CGEM entscheidende Vorteile für die marokkanischen Unternehmen aushandeln konnte: während die CGEM zu Beginn gegen die Freihandelszone war, weil die marokkanischen Unternehmen als nicht konkurrenzfähig eingeschätzt wurden, änderte sich diese Haltung, nachdem eine Impact-Studie erstellt worden war. Diese Studie zeigte, daß die marokkanischen Unternehmen zwar höhere Kosten haben als die türkischen, daß dieses Ungleichgewicht jedoch durch entsprechende Übereinkommen ausbalanciert werden kann und so auch die marokkanischen Unternehmen von der Freihandelszone profitieren können. Deshalb hat sie durchgesetzt, daß marokkanische Produkte schon jetzt zollfrei in die Türkei eingeführt werden können, wobei türkische Produkte weiterhin mit Zöllen belegt werden, um die höheren Produktionskosten in Marokko auszugleichen und marokkanische Produzenten damit zu schützen.

6 Verbände zwischen Gemeinwohl und Makhzen

Entscheidend für die Frage, ob die Verbände eine demokratisierende Funktion haben, sind ihre Handlungsorientierungen. Im Interview mit der CGEM, ebenso wie schon in Bezug auf R+D, APRAM und FENELEC, kommen drei unterschiedliche, aufeinander aufbauende Ebenen der Handlungsbegründung zum Ausdruck:

1. Interessenorientierung
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns
3. Gemeinwohlorientierung

Jeder Verband ist zunächst dazu verpflichtet, die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten (Ebene 1). Dies beinhaltet z.B. das Blockieren von unliebsamen Gesetzesvorhaben, oder das Aushandeln von Steuervorteilen für bestimmte Unternehmen; es geht hier jedoch immer um Partikularinteressen.

Über die reine Interessenorientierung hinaus kann ein Verband versuchen, allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu beeinflussen (Ebene 2). Beispiele sind die Schulungen für Richter durch die APRAM (rechtliche Rahmenbedingungen) oder das Erarbeiten von Gesetzesvorschlägen, die zu günstigen Rahmenbedingungen für Unternehmen führen, beispielsweise in der Steuergesetzgebung (wie bei R&D). Die Einflußnahme auf die Verhandlungen zu Freihandelszonen, wie von der CGEM beschrieben, gehört auch zu dieser Ebene: die Freihandelszone mit der Türkei öffnet den marokkanischen Produzenten Absatzmärkte, bei denen sie nicht mehr durch hohe Zölle behindert werden. Das Aushandeln einer Übergangsfrist zeigt klar, daß hier nicht nur die Interessen von großen, oft schon zu internationalen Produktivitätsstandards produzierenden Unternehmen vertreten werden, sondern eben auch Unternehmen, für die dies noch nicht zutrifft. Zwar findet sich im Interview kein direkter Hinweis darauf, aber das Engagement für die marokkanischen Unternehmen weist dennoch auf die dritte Ebene, die der Gemeinwohlorientierung: durch verbesserte Exportmöglichkeiten profitieren die marokkanischen Unternehmen, indirekt auch die Arbeitnehmer. Die sozialverträgliche Umsetzung von Freihandelszonen ist dabei gewährleistet, weil großzügige Übergangsfristen vereinbart wurden; es handelt sich bei dem Abkommen mit der Türkei um ein „asymmetrisches Übereinkommen“ zugunsten Marokkos.

Von Verbänden ausgearbeitete Gesetzesvorschläge können also auch auf der dritten Ebene, der der Gemeinwohlorientierung, angesiedelt sein. Dies ist auch der Fall bei den Überlegungen der FENELEC, die Qualität der Produkte zu verbessern, und damit die Zahl der Unfälle zu verringern, weil hier auch Gemeinwohlorientierung eine Rolle spielt. Dasselbe gilt für die durch R+D Maroc ausgearbeitete Gesetzesinitiative.

Der Direktor des EU-Projekts EME (Euro Maroc Entreprise), dessen Zielgruppe Unternehmen sind, daß aber auch mit Verbänden zusammenarbeitet, formulierte auf die Frage, ob die Verbände eine politische Rolle spielen, die Problematik folgendermaßen:

« Mais le problème reste, c'est le problème d'opérationnalité ! Ce sont surtout trois sources de problèmes : premièrement, les associations professionnelles n'ont souvent pas les moyens pour ce dialogue. Elles ont besoin de données précises, mais elles n'ont rien que des impressions. C'est l'absence de données qui est le problème. Deuxièmement, la culture de dialogue doit changer. Les associations professionnelles doivent sortir d'une logique de lobbying, pour devenir des partenaires sociaux. Le PAAP travaille aussi pour ce but là. Un partenaire qui s'assoit sur une table avec des dossiers sérieux. Il faut que ça soit une structure permanente, des gestionnaires, pas des bénévoles, ça n'est pas bien pour gérer les associations. Il faut une professionnalisation des associations professionnelles. Troisièmement, les associations professionnelles doivent améliorer le service auprès leurs membres, pour avoir plus d'adhérents. »

Es werden hier drei Problemquellen genannt, die die (politische) Operationalität der Verbände behindern: erstens verfügen die Verbände nicht über präzise Daten, z.B. die Wirtschaftslage betreffend. Hier setzen das PAAP und das Projekt TAM (*Taahil Almoukawalat, Mise à Niveau*) der GTZ¹⁹⁶ an, indem sie u.a. Sektorstudien finanzieren, auf deren Grundlage die Verbände als ernst zunehmende Gesprächspartner überhaupt erst in Frage kommen. Die zweite Problemquelle lässt sich in der oben angewandte Unterscheidung wiedergeben: die Verbände befinden sich zu sehr in einer „Logik des Lobbying“, was der ersten Ebene der Interessenorientierung entspricht, und gehen zu selten über diese Logik hinaus (wie wir am Beispiel der FNCL gesehen haben). Und der

¹⁹⁶ Vgl. ANPME (2004), 4: Coopération Maroco Allemande

EME-Mitarbeiter gibt an, daß das PAAP auch für dieses Ziel arbeite. Schließlich bräuchte man eine Professionalisierung der Verbände, damit sie ihren Mitgliedern guten Dienstleistungen bieten können, um mehr Mitglieder und damit mehr Finanzkraft zu haben.

Erneut nach der „Logik des Lobbying“ befragt, kam folgende Antwort:

« Oui, c'est comme ça. Il y beaucoup d'associations qui vont toujours demander aux services publics des avantages, sans être bien informées. C'est une fausse piste. Il vaut mieux compter sur des données objectifs. Bien sur c'est aussi du lobbying, c'est normal. Mais la force de chantage, c'est quelque chose de pas bien. Il faudrait plutôt des propositions positives. Par exemple les contrats programme, c'est bien : vous nous donnez ça et ça et ça, et nous faisons ça et ça. Ça pourrait être une solution de progrès dynamique. »

Hier wird ein interessantes Argument angebracht: anstatt als schlecht informierter Verband den Staat zu erpressen („force de chantage“), sollten die Verbände lieber (in ihrem eigenen Interesse) positive Vorschläge vorbringen, als Partner agieren und in einem Prozeß des Gebens und Nehmens ihre Ziele verfolgen. Die „Vertragsprogramme“ (contrat programme) gehen in diese Richtung, bei dem die Verbände Verpflichtungen eingehen, und im Austausch Vorteile, z.B. steuerlicher Art, gewährt bekommen.¹⁹⁷

Der Direktor des PAAP beschrieb diese Vertragsprogramme genauer:

« Un autre exemple ce sont des contrat programmes : l'Etat donne des avantages dans quelques secteurs, et en contrepartie les associations assurent la création d'emploi. L'AMITH a fait ça. L'Etat peut offrir une réduction fiscale ou de coûts de l'énergie, un terrain préférentiel etc. En contrepartie, l'association peut assurer le recrutement de, disons, 100.000 personnes par an, ou l'investissement de x millions de dollars. Tous les deux gagnent. »

Der Staat bietet also eine Steuerreduzierung für einen bestimmten Sektor an, reduzierte Energiekosten oder vergünstigte Grundstücke. Im Gegenzug verpflichten sich die

¹⁹⁷ Das in Deutschland gescheiterte Bündnis für Arbeit sollte nach dem selben Muster funktionieren; momentan versucht man, durch Selbstverpflichtungen der Arbeitgeberverbände ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu können.

Unternehmen eines Verbandes zur Schaffung einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen pro Jahr, oder zu Investitionen in bestimmter Höhe. Wichtig ist, daß beide Vertragspartner davon profitieren. Es gibt bereits mehrere die Selbstverpflichtungen; so ist z.B. der Textilverband AMITH eine solche Verpflichtung eingegangen.

Sobald die Aktivitäten eines Verbandes über die erste Ebene hinausgehen, also zum Ziel haben, Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns zu beeinflussen oder sogar Gemeinwohlorientierung erkennen lassen, kann die tendenziell demokratisierende Funktion des Verbandes bejaht werden: weil er zur Einbettung staatlichen Handelns in gesellschaftliche Bedingungen beiträgt, und der Abkapselung der politischen Eliten, die für die arabischen Länder diagnostiziert wurde¹⁹⁸, entgegenarbeitet. Das politische System wird so zum Zentrum hin durchlässiger, es wird durch eine Verbreiterung der Einflußmöglichkeiten vermutlich auch auf mehr Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung stoßen, und dadurch insgesamt zu einem stärker pluralen System. Die Selbstverpflichtungsverträge der marokkanischen Verbände dürften wenigstens auf der zweiten Ebene angesiedelt sein; häufig dürfte aber sogar die dritte Ebene erreicht werden, wenn z.B. die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen die Arbeitslosigkeit merkbar senkt. Aus der Perspektive des Staates ließe es sich so beschreiben, daß die Interessenorientierung der Verbände nutzbar gemacht wird für das Gemeinwohl.

Die Verbände werden, insofern sie Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns beeinflussen wollen oder sogar am Gemeinwohl orientiert sind, zu zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie übernehmen Verantwortung für Bereiche, in denen bisher der Staat zuständig war. Indem sie bisher staatlich geregelte Bereiche mitregeln,¹⁹⁹ drängen sie den Einfluß des allmächtigen, ineffizienten und patrimonialen Staates zurück und wirken damit tendenziell demokratisierend. Sie wären dann als zivilgesellschaftliche Akteure einzuordnen: Die Orientierung auf eine allgemeine wirtschaftliche Entwicklung trägt zudem zur Inklusion größerer Bevölkerungsgruppen bei: durch wirtschaftliche Teilhabe wird damit nicht nur ins Wirtschaftssystem inkludiert, sondern letztendlich auch ins politische System, weil „neue Machtzentren“ entstehen.

¹⁹⁸ Vgl. Ghalioun (2004) sowie, in dieser Arbeit, den Abschnitt 2.4

¹⁹⁹ Vgl. Séran (2004)

Wir werden uns jedoch zunächst noch einmal den Verbänden zuwenden, um genauer ihr Verhältnis zum Makhzen-System zu untersuchen: es wurde schon darauf hingewiesen, daß es sein könnte, daß die Verbände durch das Makhzen-System gleichsam kaltgestellt werden, wenn es zu ernststen Konflikten kommt. Zwar hat es Konflikte mit der Regierung gegeben, in denen die Verbände öffentlich oppositionelle Auffassungen vertraten; jedoch sind Makhzen und Regierung keinesfalls derselben Seite zuzuordnen: mehr als für die Regierung steht das Makhzen-System für das Königshaus. Es könnte also sein, daß die Verbände nur vordergründig oppositionelle Haltungen beziehen, wenn sie sich in Opposition zur Regierung begeben. Diese Frage werden wir anhand der empirischen Ergebnisse im Folgenden nachgehen, um abschließend die Frage beantworten zu können, ob die Verbände eine demokratisierende Funktion haben.

Zur weiteren Entwicklung der Verbände innerhalb der marokkanischen Gesellschaft befragt, antwortete der Direktor des EME-Projekts:

« Ça ne peut qu'être mieux, c'était tellement bas... Non, il faut formaliser le fonctionnement. Ça dure probablement des générations. Maintenant ce sont des industriels des années 60, 70... C'est aussi un phénomène sociologique ; il y a une nouvelle génération dans les associations, et aussi dans les entreprises. C'est cette génération sur laquelle il faut compter. »

Er bemerkt also zunächst ironisch, daß die Situation der Verbände sich eigentlich nur verbessern könne, weil die Verbände in einem äußerst desolaten Zustand seien. Dann wird, diesmal ernsthaft, angefügt, daß die Funktionsweise der Verbände formalisiert werden müsse. (Ähnliches sagte auch der GTZ-Projektleiter). Allerdings dauere das Generationen; momentan befinden sich die Industriellengeneration der 60er und 70er Jahre an den Spitzen der Verbände, die allerdings, ebenso wie in den Unternehmen selbst, im Begriff seien, von einer jüngeren Generation abgelöst zu werden.²⁰⁰ Auf diese Generation müsse man hoffen.

²⁰⁰ Die zitierte Interviewstelle ist hier nicht eindeutig; womöglich meint er nicht die Industriellengeneration der 60er und 70er Jahre, sondern die in diesen Jahren geborenen, also die heute 25 bis 55 jährigen, die an den Spitzen der Verbände sind. Beides ist möglich; so habe ich in den Verbänden sowohl relativ junge Funktionäre interviewt, die um die 30 waren, als auch ältere Anfang 60. Die Jüngeren gehörten aber, bis auf eine Ausnahme, niemals zum Top-Management, also zur Direktoren- oder sogar Präsidentenebene. Inwiefern die Jüngeren schon heute allgemein zum Spitzenpersonal der Verbände gehören, kann hier nicht beurteilt werden; es schien mir eher die Ausnahme zu sein. Ich neige daher zur ersten Interpretation, nach der die in den 60er und 70er Jahren aktiven Industriellen heute in den

Hier drängt sich aber auch die von Perthes (2004) für den Bereich der Klientelsysteme in der Politik geäußerte Überlegung auf, nach der es naiv sei, von einem Generationswechsel in arabischen Ländern auch auf einen Wechsel in der Politik zu schließen: ein neuer Staatschef macht noch keinen neuen Staat.

„Sie (primordiale Zugehörigkeiten; D.S.) werden aber nicht einfach verschwinden, und es ist nicht davon auszugehen, daß neue politische Eliten, die sich ihre eigene Klientel aufzubauen versuchen, auf diese Bindungen verzichten würden.“²⁰¹

Dennoch scheinen in Marokko viele auf diese neue Generation zu hoffen, die, unabhängig von klientelistischen Makhzenstrukturen, einen positiven Wandel einleiten könnte. Dies wurde auch von Ali Sedjari,²⁰² einem marokkanischen Jura-Professor, berichtet. Dieser, spezialisiert in öffentlichem und insbesondere in Verfassungsrecht, wurde mir gegenüber vom Repräsentanten einer deutschen politischen Stiftung als Makhzen-Experte bezeichnet. Zum Verhältnis von Verbänden und Zivilgesellschaft bemerkte er:

« Les associations professionnelles ce sont des groupes d'intérêt. Elles s'intéressent à leurs propres intérêts, pour les défendre. L'intérêt matériel. Et ils sont dans une logique d'intérêt. Les membres des associations civiles sont dans un intérêt de caractère social. Humain. Il peut y avoir des membres des associations (professionnelles ; DS), qui sont dans le domaine de la société civile. Mais ce sont deux structures divergentes. Complètement divergentes, en termes d'intérêt, en termes d'objectifs, de finalité et d'action. Les associations (professionnelles ; DS) ce sont des structures organisées, instituées par l'Etat, et qui constituent le prolongement naturel de l'Etat. Parce qu'elles font parti d'une époque, il y a une logique d'intérêt. Des associations, qui sont dans le domaine de l'agriculture, qui sont dans le domaine du textile, qui sont dans le domaine du tourisme, qui sont dans le domaine de l'urbanisme, qui sont dans le domaine de la pêche, ou de la mer, ces associations ce sont des grands groupes d'intérêt. Et les intérêts se croisent au Maroc, les intérêts du palais, les intérêts des groupes. Là nous sommes

Verbänden sitzen. In jedem Fall sieht der Direktor des EME-Projekts eine ältere Generation in den Verbänden, die von einer jüngeren unter Druck gesetzt.

²⁰¹ Perthes (2004): 151

dans une logique d'intérêt. La société civile, c'est différent. Là, c'est une logique de responsabilité, d'autonomie et de culture moderne, de démocratie et de proximité. Et de responsabilisation de la société civile, bien sûr. Les associations (civiles ; D.S.) aujourd'hui, je ne sais pas combien il y en a, en tout cas ce sont des centaines maintenant, cela apporte un sens nouveau au Maroc moderne, cela pousse en avant, ce sont des facteurs du changement et de la modernité pour le pays. Par le discours, par l'engagement, par le projet, par le rapport avec la population, par rapport avec le Makhzen ! Par rapport avec le Makhzen, si vous voulez, par rapport avec les autorités locales. C'est cela qui constitue un espoir aujourd'hui pour ce pays, c'est dans le cadre de la société civile. (...) Et peut être la rupture par rapport au Makhzen viendra justement de la part de la société civile. »

Er schätzt Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen hier als grundverschieden ein. Während die Zivilgesellschaft in einer „Logik der Verantwortung“ agiert, handeln die Verbände in einer reinen Interessenlogik: ihnen geht es ausschließlich um ihr materielles Interesse. Zwar gibt es einzelne Verbandsmitglieder, die auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen tätig sind, dennoch sind dies zwei Bereiche, die nach verschiedenen Logiken funktionieren, die verschiedenen Gesetzmäßigkeiten gehorchen, und sich daher konträr gegenüberstehen. Die Verbände, vom Staat initiiert, sind als verlängerte Arme des Staates zu betrachten; ihre Interessen verknüpfen sich mit denen des Makhzen, mit denen des Palastes, immer geht es ihnen um ihre materiellen Interessen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft dagegen handelten in einer Logik der Autonomie, der modernen Kultur, der Verantwortung, auch der Demokratie. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind Protagonisten eines „neuen Sinns“ in Marokko, der voranbringt, sie sind Faktoren der Veränderung, über die sich die Beziehung zur Bevölkerung, aber auch zu den Behörden und zum Makhzen wandeln. Die Hoffnung des Landes liegt in ihnen. Er schließt: *„Womöglich wird der Bruch mit dem Makhzen von der Zivilgesellschaft ausgehen.“*

In dieser Darstellung ist das Verhältnis von Verbänden und Zivilgesellschaft stark polarisiert. Die Literatur bestätigt die Rolle der Zivilgesellschaft als Kraft, die, wenn

²⁰² Vgl. auch Sedjari (2002)

möglich, die bestehenden Machtverhältnisse angreift.²⁰³ Dennoch ist sie hier häufig nicht erfolgreich, und ihre Schwäche ist die mögliche Vereinnahmung durch den Staat. Andererseits bestätigen die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit nicht sein Bild der allein von der Interessenlogik geprägten Verbände; zwar gibt es diese, aber es gibt eben auch andere Verbände, die sich sehr wohl in einer Logik der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft befinden, sei es in der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, die über die reine Interessenlogik hinausgeht; sei es sogar in der Gemeinwohlorientierung. Deshalb konfrontierte ich ihn mit meiner Hypothese, nach der eben auch von Verbänden Veränderungen der klientelistisch geprägten Verhältnisse zu erwarten sind. So wurde geantwortet:

„Cela, il y a un rôle et une génération nouvelle. Que vous trouvez dans toutes les associations professionnelles, et le cas le plus typique est celui de la CGEM. Il y a un conflit de générations partout, et c'est le cas du Maroc. Vous avez des jeunes aujourd'hui, dans le domaine urbain, dans le domaine financier, dans le domaine du textile, il émerge des jeunes, qui n'ont pas la même manière de voir les choses, qui ne partagent pas les mêmes..., les principes du système traditionnel. Il y a ce conflit partout, il traverse l'ensemble de la société. Dans toutes les associations professionnelles, parce qu'il y a des jeunes, une élite moderne, qui ont fait leurs études à l'étranger, qui émergent sur la scène politique, sur la scène économique, sur la scène institutionnelle, qui n'arrivent plus à soutenir, à s'identifier à cette structure, ils se cherchent et ils agissent soit par des coups de gueule, soit par la velléité d'autonomie, soit par beaucoup de choses. Partout. Et le mouvement est fort, il est très important ! C'est un mouvement qui s'inscrit dans une tendance globale de changements et d'imitation. Alors il n'est peut-être pas très rapide, mais il est là, il est important. Il avance. Il est un annonciateur d'un changement qualitatif. En termes, par rapport aux pratiques du Makhzen, par rapport aux institutions, par rapport au fonctionnement fermé, non-transparent des institutions, il y en a partout, dans toutes les associations (professionnelles ; DS). Il est, par exemple, le cas aujourd'hui de ce groupement de genre du tourisme, vous avez déjà des véritables managers qui émergent sur la scène, qui disent : 'Stop, arrêtons ! C'est terminé ! On ne peut pas continuer comme ça.' Pendant les élections il y a trois ans, il y a encore eu le débat, ce n'était pas encore fermé,

²⁰³ Vgl. in dieser Arbeit die Darstellung der Zivilgesellschaft unter 3.1.4

vous aviez deux mouvements, deux tendances, deux manières de voir les choses, à l'intérieur de la CGEM ! Un débat qui a en quelque sorte cristallisé ces contradictions. Ces contradictions entre générations, avec les traditionnelles... Elles ne sont pas venues du monde des écoles ou des entreprises, elles sont venues du monde de l'administration. Celui-ci est un ancien ministre ! Ceux qui l'entourent ce sont des anciens directeurs de l'administration centrale ! Ils ont fait fortune dans l'administration centrale, c'est à dire sous la coupe du Makhzen ! Et c'est le Makhzen qui les a aidés ! Alors nous avons d'un coté des générations nouvelles, qui sont venues, qui ont fait leurs études ailleurs, qui ont fait leurs expériences ailleurs, qui ont exercé notamment ailleurs, un Etat ailleurs, qui n'ont jamais mangé à la *souk* du Makhzen, et donc vous avez là un conflit de générations, un conflit d'intérêts, les deux visions différentes ! Et cela, on le trouve partout aujourd'hui. Dans les universités, on le trouve dans le monde des entreprises, vous le trouvez dans l'administration, vous le trouvez de manière très très forte dans le monde de l'économie, parce que il y a des enjeux considérables.“

Hier kommt der Begriff der „neuen Generation“ ins Spiel, der schon im Interviewauszug mit dem Direktor des EME genannt wurde: es gibt eine neue Generation, die nicht die selben traditionellen Werte teilt wie die alte. Während das Führungspersonal der Verbände aus der Verwaltung stammt, mit Hilfe des Makhzen groß gemacht wurde, zeigt sich eine jüngere Generation die, gut, oft im Ausland ausgebildet, sich nicht in den selben Abhängigkeiten befindet und die dieses „alte System“ ablehnt. Diese zwei verschiedenen „Visionen“ finden sich überall in der marokkanischen Gesellschaft, in den Unternehmen, der Verwaltung, aber dieser Konflikt wird insbesondere in der Ökonomie ausgetragen, vor einigen Jahren selbst innerhalb der CGEM. In einigen Bereichen, so in einem nicht näher bestimmten Tourismusverband, ist bereits diese neue Generation an der Macht, die mit dem klientelistischen System radikal bricht („*Stop! Arrétons! C'est terminé! On ne peut pas continuer comme ça!*“).

Interessant ist hier der Widerspruch zwischen dem ersten und dem zweiten Interviewauszug. Während im ersten Teil von den Verbänden nichts Gutes erwartet wird, zeigt sich im zweiten ein differenzierteres Bild, daß den Kampf zwischen dem Makhzen und seinen Gegnern ins Zentrum der Verbände verlegt. Wie ist dies zu

erklären?²⁰⁴ Wahrscheinlich ist, daß die Widersprüchlichkeit der beiden Aussagen seine Entsprechung in der marokkanischen Gesellschaft findet: einerseits gilt es, auf die Zivilgesellschaft als Motoren gesellschaftlichen Fortschritts zu hoffen, wenn die Verbände meist eine an rein egoistischen Motiven orientierte Interessenpolitik betreiben. Aber schon beim zweiten Blick wird klar, daß auch innerhalb der Verbände der Konflikt tobt, der sich in großen Teilen der Gesellschaft antreffen lässt: der Konflikt zwischen zwei Generationen mit zwei unterschiedenen Orientierungen in der Welt, von denen die alte mit dem System des Makhzen groß wurde, deren Vertreter die Machtpositionen der Gesellschaft besetzen, die aber mehr und mehr unter Druck gerät, seitens eines reformwilligen Königs; seitens mehrerer den Konkurrenzkampf verstärkenden Freihandelszonen (EU, Maghreb, USA), in denen immer weniger über bleibt für die Bedienung von Klienten; seitens sich verschlechternden sozialen Zuständen, die das System mehr und mehr unter Druck setzen; seitens einer neuen Ideologie, die nicht nur Rhetorik ist. Auf der anderen Seite die junge Generation, die sich eher auf ihre formalen Bildungsabschlüsse verläßt als auf klientelistische Verbindungen ihrer Väter, und die, besonders in der Wirtschaft (*„parce qu’il y a des enjeux considérables“*, weil es dort um viel geht, viel auf dem Spiel steht), nach oben strebt. Für ehrgeizige, junge und gut ausgebildete Marokkaner könnten gerade die Verbände eine attraktive Karriereoption sein: durch die in der Politik dominierenden klientelistischen Strukturen abgeschreckt, können sie in den Verbänden, wirtschaftliche Macht im Rücken, Politik mitgestalten, und zwar ohne selbst auf den Makhzen angewiesen zu sein. In diesem Sinne stellen die Verbände neue gesellschaftliche Räume her, die von den Akteuren genutzt werden, um ihren (politischen) Handlungsspielraum zu erweitern.

« D.S.: Alors est-ce qu’on pourrait dire que le soutien des associations professionnelles par les donateurs de fonds, par exemple l’Union Européenne, est-ce que ce soutien aux associations professionnelles aide au processus démocratique au Maroc ?

C’est un soutien important parce qu’il renforce et consolide l’autonomie de ces structures, pour qu’elles n’aient plus besoin du Makhzen. Elles ne sont plus placées sous la tutelle du Makhzen. L’argent qu’on vous donne, c’est comme un mineur, qui n’arrive pas à devenir indépendant de ses parents. Quand vous êtes en

²⁰⁴ Die Erklärung, daß eine stark suggestive Frage eine entsprechende Antwort herausforderte, reicht nicht

dépendance financière par rapport à l'Etat, la manœuvre est limitée. Comme c'est le cas des partenaires : s'il y a quelqu'un qui vous aide, qui vous soutient, vous avez des démarcations par rapport au partenariat, au Makhzen. Alors les rapports de subordination c'est parce qu'on a besoin de l'Etat. C'est parce que l'Etat distribue, qui dispense les privilèges qu'on veut maintenir le Makhzen. Ça s'explique au niveau des partis politiques ; ce sont les ministres qui ont combattu le Makhzen, aujourd'hui ce sont eux qui se transforment au Makhzen, pourquoi ?, parce qu'ils ont des privilèges du Makhzen ! Ça c'est tout ! Alors, l'intervention massive de la Banque mondiale, du fond monétaire international, ces deux là, puis l'Union Européenne, la GTZ etc., toute ces forces qui coopèrent, encouragent davantage les forces modernisatrices, parce qu'elles n'ont pas de rapport avec l'Etat. Elles s'inscrivent dans une tendance globale, c'est à dire la démocratie globale, l'autonomie globale, vous voyez, c'est très important. »

Das Argument ist hier, daß die Unterstützung der Verbände durch internationale Geber, z.B. die EU, den demokratischen Prozeß in Marokko unterstützt, weil die Verbände so unabhängig vom Staat (bzw., wenn sie schon unabhängig waren, handlungsfähig) werden. Die unabhängigen Strukturen werden „verstärkt und konsolidiert“. Viele Minister, die einst, in der Opposition, den Makhzen bekämpften, sind heute in seine Strukturen integriert, aus dem einfachen Grund, daß es der Makhzen ist, der die Privilegien verteilt. Modernisierende Kräfte werden unterstützt, indem sie nicht mehr gehalten sind, sich dem Staat unterzuordnen. Sie reihen sich ein in eine globale Tendenz, d.h. das sich global ausbreitende Ideal der Demokratie. Die Frage, ob durch die Unterstützung der Verbände durch die EU „unabhängigen Machtzentren“ entstehen, muß hier also positiv beantwortet werden. Damit wirkt diese Förderung tendenziell demokratisierend.

Die tendenziell demokratisierende Funktion der marokkanischen Unternehmerverbände kann also bestätigt werden. Die Förderung der Verbände im Rahmen der EMP durch die EU trägt, indem sie die Verbände unterstützt und vom Staat unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure stärkt, zur Pluralisierung und damit tendenziell zur Demokratisierung in Marokko bei.

7. Schlußteil

Hat die Zusammenarbeit mit marokkanischen Unternehmerverbänden im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Euro-Mediterranen Partnerschaft auch demokratiefördernde Effekte? Diese der Untersuchung zugrunde liegende Fragestellung haben wir im Laufe der Arbeit positiv, wenn auch differenziert, beantworten können. In den Kapiteln 1 bis 3 zeigten wir die theoretische Plausibilität der These, um diese dann im 4., 5. und 6. Kapitel empirisch zu überprüfen.

Nach der Einleitung erarbeiteten wir im zweiten Kapitel die theoretischen Grundlagen der Demokratieförderung (ab 2.1). Westliche Staaten fördern heute Demokratie in undemokratischen Staaten, weil die Demokratie zum integralen Bestandteil der Identitätskonstruktionen westlicher Staaten geworden ist. Außerdem spielen sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle in der Ausformung der Demokratisierungsagenden. Dieser Motivationsmix aus Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und „Demokratie als Eigenwert“ lässt sich insbesondere in der Agenda der EU beobachten. Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen liefert uns dabei den theoretischen Bezugsrahmen: Identitäten (in diesem Fall: von Staaten) sind nicht z.B. durch materielle Konflikte vorgegeben oder unveränderbar, sondern, als Ergebnis sozialer Konstruktionsprozesse, ständigem Wandel unterworfen. Heute ist Demokratie zunehmend Bestandteil der Identität nicht nur einzelner (staatlicher) Akteure geworden ist, sondern weltweit anerkannt; deshalb geben sich selbst Diktaturen bisweilen als Demokratien aus.

Im Anschluß daran (2.2) wurden die Chancen der Demokratieförderung durch externe staatliche Akteure behandelt, sowie die ethischen Dimensionen dieser Förderung. Staaten können Demokratie fördern, indem sie einerseits dazu beitragen, daß Demokratie weltweit als erstrebenswert anerkannt wird (was heute weitgehend der Fall ist). Andererseits haben sich Demokratisierungsaktivitäten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, als Förderung demokratischer Akteure in den Ländern, durchgesetzt. Andere Formen der Demokratisierung dagegen haben, wenn sie zu „weich“ sind, wenige Chancen auf Erfolg; interventionistische Demokratisierungsmethoden dagegen, z.B. Kriege, sind ethisch nicht zu vertreten. Außerdem ist auch der Erfolg solcher Methoden fraglich. Insgesamt ist die Förderung

von Demokratie aber unter ethischen Gesichtspunkten ausdrücklich zu bejahen, weil es sich in der Demokratie um einen universellen Wert handelt.²⁰⁵ Außerdem gilt als gesichert, daß Demokratien anderen Demokratien gegenüber relativ friedfertig sind, so daß die Etablierung von Demokratie zum Frieden beitragen kann.

In der Demokratieförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich zwei wesentliche Ansätze unterscheiden: erstens kann direkt an den staatlichen Institutionen, z.B. Parlamenten, angesetzt werden; idealerweise führt das zu einer Verbreitung demokratischer Verfahren in der gesamten Gesellschaft (top-down). Andererseits kann man zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die undemokratische Strukturen unter Druck setzen, indem sie Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen einfordern und damit demokratisierend tätig sind („bottom-up“). Die bottom-up-Strategie ist insbesondere in arabischen Ländern von Bedeutung, weil diese meist durch einen „krakenhaften“ Staat gekennzeichnet sind, der, trotz meist vorhandener Proklamationen, Demokratisierung verhindert. Allerdings muß diese Strategie, um erfolgreich zu sein, zur Entstehung „neuer Machtzentren“²⁰⁶ beitragen. Zur möglichen Rolle der Privatwirtschaft (2.3) ist festgestellt worden, daß es sich hierbei im Prozeß der Demokratieförderung in arabischen Ländern (2.4) um einen attraktiven Partner handelt: da die Globalisierung die Herrschaftsarrangements und die in arabischen Ländern weit verbreiteten klientelistischen Herrschaftssysteme stark unter Druck setzt, sind die Staaten auf eine zunehmend auch gesellschaftspolitisch aktive Rolle der Privatwirtschaft angewiesen. Hier entsteht also für die Privatwirtschaft neuer Handlungsspielraum, der es ihr ermöglicht, pluralisierend und teilweise auch demokratisierend tätig zu werden.

Im darauf folgenden Kapitel (3) wurde zunächst das politische System Marokkos behandelt (3.1 - 3.3); anschließend die Euro-Mediterrane Partnerschaft (3.4). Das politische System Marokkos ist nach den Kriterien von Dahl (1971) und nach dem Demokratie-Index von Freedom House nur eingeschränkt demokratisch. Es ist gekennzeichnet durch eine äußerst starke Position des vom klientelistischen „Makhzen-System“ getragenen Königs, dementsprechend sind Parlament und Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt bzw. zu großen Teilen staatlich kontrolliert. Das Makhzen-System, ein traditionales Herrschaftssystem mit dem König als Zentrum, kontrolliert heute in

²⁰⁵ Vgl. Sen (1999)

seiner klientelistisch-patrimonialen Struktur weite Teile der Gesellschaft und verhindert damit tendenziell Demokratisierung.

Schließlich wurde die Rolle der Privatwirtschaft im politischen System Marokkos behandelt (3.3). Die Überlegungen des zweiten Kapitels, nach denen der Privatwirtschaft eine Rolle in der Förderung von Demokratie zukommen kann, wurde hier am Fall Marokkos bestätigt: die Unternehmerverbände, insbesondere der Dachverband CGEM (Confédération Générale des Entreprises du Maroc), spielen eine zunehmend aktive Rolle in der marokkanischen Politik, und begeben sich bisweilen in Opposition zur Regierung. Die Fragestellung konnte also nach Auswertung der Literatur vorerst positiv beantwortet werden; es bleiben jedoch für ein abschließendes Urteil die empirischen Ergebnisse der Kapitel 4, 5 und 6 abzuwarten.

Die Euro-Mediterrane Partnerschaft war Gegenstand des zweiten Teils des Kapitel 3 (ab 3.4). Die EU begegnete den zunehmenden Risiken (Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit, Armut, Migration, Drogenproduktion) die sie in der Nachbarschaft zu den Ländern des südlichen Mittelmeers wahrnahm, mit der Ausarbeitung der EMP. Ziel war hier die Stabilisierung der Region durch vertiefte Zusammenarbeit auf den Gebieten Politik/Sicherheit, Wirtschaft sowie Soziales/Kultur. Die Schaffung einer mediterranen Freihandelszone durch bilateral auszuhandelnden Freihandelsabkommen der jeweiligen Partnerländer mit der EU war vorgesehen; entsprechende Assoziationsabkommen sind unterschrieben und teilweise schon in Kraft. Die Freihandelsabkommen bergen für die südlichen Partner jedoch nicht nur Chancen, sondern stellen auch ernsthafte Risiken für die nationalen Ökonomien dar, weil die marokkanische Wirtschaft zu großen Teilen nicht mit europäischen Produkten konkurrieren kann, und fraglich ist, in welchem Maße Produktivitätsrückstände durch Marokko aufgeholt werden können. Zudem wurden die für Marokko besonders wichtigen Bereiche Landwirtschaft und Textil aus den Abkommen über die Errichtung der Freihandelszone von der EU ausgeklammert, um europäische Produzenten zu schützen.

Um diesen potentiell destabilisierenden Faktoren entgegenzuarbeiten, und weil die wirtschaftliche Zusammenarbeit von den südlichen Machthabern, anders als z.B. die politische Zusammenarbeit, umfassend begrüßt wurde, legte die EU den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit (2. Korb).

²⁰⁶ Kienle (2004): 73

Im Rahmen der EU-Wirtschaftsförderung, die der marokkanischen Wirtschaft helfen soll, bis zum Inkrafttreten des Freihandelsabkommens ihre Konkurrenzfähigkeit zu steigern, ist für uns insbesondere das PAAP (Programme d'Appui aux Associations Professionnelles), das marokkanische Unternehmerverbände unterstützt, von Bedeutung; ein weiteres EU-Programm, EME (Euro-Maroc Entreprise), hat zwar nicht die Verbände, sondern die Unternehmen als Zielgruppe, arbeitet in diesem Rahmen aber auch mit Verbänden zusammen. Mit Mitarbeitern beider Projekte wurden deshalb im Rahmen dieser Forschungsarbeit Interviews durchgeführt.

Neben der Zielsetzung der Stabilisierung will die EU aber auch Demokratie in den südlichen Partnerländern fördern. Die Machthaber in den südlichen Partnerländern blockierten diesen Bereich aber zu großen Teilen, weil sie ihre Machtposition angegriffen sahen. Außerdem ergab sich das Problem, daß Demokratieförderung, ebenso wie die Errichtung von Freihandelszonen, die Region kurzfristig destabilisieren kann, was also den Zielen der EMP zuwider laufen würde. Insbesondere das Erstarken von Islamisten wurde befürchtet. In privatwirtschaftlichen Akteuren dagegen, z.B. den Verbänden, war man sicher, daß sie einerseits auf wirtschaftliche Prosperität hinarbeiten und andererseits nicht mit den Islamisten zusammenarbeiten würden. Es ist also plausibel, daß die auch EU versuchte, im Rahmen des Schwerpunktes der Wirtschaftsförderung durch die Kooperation mit den Unternehmerverbänden Demokratie zu fördern.

Nach diesen theoretischen Vorüberlegungen kann also gesagt werden, daß die These, daß die Förderung der marokkanischen Unternehmerverbände durch die EU Demokratie in Marokko fördert, plausibel ist. Wir wenden uns daher den empirischen Ergebnissen zu, die der Autor bei einem Praktikum bei der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in Marokko gesammelt hat. Auch die empirischen Ergebnisse bestätigen die These.

Aus der Perspektive der Geber (Kapitel 4) waren die Verbände traditionell schwach, institutionell, personell und finanziell. Dies ändert sich seit einigen Jahren, weil der Staat ihnen eine zunehmend aktive Rolle in der Vorbereitung auf die Freihandelszone zugedacht hat und sie von verschiedenen internationalen Gebern wie der Europäischen

Kommission oder der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) gefördert werden.

Die mit den Mitarbeitern der 6 als Fallbeispiele angeführten Verbände durchgeführten Interviews (Kapitel 5) belegen zudem, daß die Verbände sich zunehmend von einer reinen Interessenslogik entfernen hin zu einer erweiterten Perspektive: die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung auf breiter gesellschaftlicher Basis, Verbraucherschutz und die gesellschaftliche Verankerung wirtschaftlicher Tätigkeit gehören nun häufig zu ihren Zielen. Sie spielen dabei eine auch politisch mehr und mehr aktive Rolle, indem sie Positionspapiere erarbeiten oder sogar, wie in einem Fall berichtet, Gesetzesvorlagen erarbeiten, die dann direkt von den zuständigen Ministerien übernommen und durchgesetzt wurden. Die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung spiegelt sich auch in der Ausarbeitung von Vereinbarungen zwischen Ministerien und Verbänden wieder, in denen z.B. steuerliche Vorteile für die Mitgliedsunternehmen der Verbände im Austausch gegen Selbstverpflichtungen seitens der Unternehmer, z.B. zur Schaffung von Arbeitsplätzen, gewährt wurden. All dies ist Beleg dafür, daß die Verbände Verantwortung übernehmen, und dabei den Staat auf doppelte Weise herausfordern: einerseits drängen sie den Staat von Aufgaben zurück, die besser von privaten Akteuren übernommen werden können. Andererseits fordern sie aber auch den Staat auf, mit den Verbänden abgestimmt regelnd in die Wirtschaft einzugreifen, wenn es z.B. um die Schaffung und Durchsetzung von Sicherheitsstandards geht, wie im Falle der FENELEC berichtet wurde.

Diese neue Rolle der Verbände wirkt insofern tendenziell demokratisierend, als die für arabische Länder typische ausufernde Rolle des Staates zurückgedrängt wird und gleichzeitig größere Teile der Bevölkerung, in diesem Fall die Privatwirtschaft, an Entscheidungsfindungen beteiligt sind. Das politische System wird so zum Zentrum hin offener; einem zentralen Hindernis der Demokratisierung in arabischen Ländern wird somit entgegengearbeitet. Zunächst besteht die Wirkung dieser Aktivitäten der Verbände in einer Pluralisierung des sozio-politischen Raums; diese Pluralisierung wirkt aber tendenziell auch demokratisierend. Darüber hinausgehend wird hier argumentiert, daß, da die breitere Orientierung der Verbände auf allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und Gemeinwohl zur Inklusion größerer Teile der Bevölkerung ins wirtschaftliche, und damit letztendlich auch ins politische System beiträgt, „neue Machtzentren“ im Sinne von Kienle (2004) entstehen. Dies ist eine der

zentralen Voraussetzungen für die Liberalisierung und Demokratisierung der arabischen Länder.²⁰⁷

In den Interviews kamen auch kritische Stimmen zum Ausdruck, die diese allgemeinere Orientierung der Verbände bestritten, und auch die Ergebnisse des Gesprächs mit einem der Verbandsvertreter legten diese Einschätzung nahe. Jedoch scheint dies die Ausnahme zu sein: mehr und mehr Verbände nehmen in Marokko eine über die „Logik des Lobbying“ hinausgehende Orientierung ein. Zudem wurde in den Interviews mehrfach konstatiert, daß die marokkanischen Verbände, wie die marokkanische Gesellschaft insgesamt, sich in einer Phase des Generationenwechsels befindet, wobei die ältere für das klientelistische Makhzen-System steht, die jüngere dagegen, insbesondere im Privatsektor vertreten, also in Unternehmen und Verbänden, eher an westlichen Werten orientiert ist und auf die Abschaffung des Makhzen-Systems hinarbeitet: sie wendet sich gegen die klientelistischen Strukturen, weil sie als Teil eines alten Systems angesehen werden, welches in einer sich globalisierenden Welt auf Dauer nicht überlebensfähig ist und zudem wichtige, für die Modernisierung des Landes notwendige Ressourcen bindet; gleichzeitig schadet es den meisten Unternehmen (Kapitel 6).

Dennoch: die mächtigen Strukturen des „Makhzen“ sowie die Orientierung einzelner Verbände an Partikularinteressen lässt uns zu einer nur vorsichtig optimistischen Einschätzung der durch die Verbände angestoßenen demokratisierenden Dynamiken gelangen: diese Arbeit liefert zwar Hinweise auf die veränderte Rolle der Verbände, die nun dem „Makhzen“ entgegenarbeiten und die Perspektive der reinen Partikularinteressen-Orientierung aufgeben. Diese ablehnende Haltung zum Makhzen kann aber nicht mit absoluter Sicherheit bestätigt werden; und Partikularinteressen spielen nach wie vor auch eine Rolle in den marokkanischen Verbänden. Die Rolle der marokkanischen Unternehmerverbände wird hier also als nur tendenziell demokratisierend eingestuft.

Es gibt zwar eine weitere kritische Anmerkung: Im Interview mit dem Mitarbeiter der FENELEC, dem Elektroverband, wurde kritisiert, daß vom EU-Projekt keine Gelder für die „Sensibilisierung“ der Bürger zur Verfügung gestellt wurden; dies könnte also als

²⁰⁷ Vgl. Kienle (2004): 73

Beleg dafür gelten, daß es sich in der Verbandsförderung durch die EU nicht um eine demokratisierende Aktivität handelt. Wenn die EU mit dem Programm PAAP Demokratie fördern will, dann sollte erwogen werden, den Verbänden auch Gelder zur Verfügung zu stellen, damit diese Kommunikationskampagnen durchführen können, die sich nicht nur an die Mitgliedsunternehmen richten, sondern an die Konsumenten; dies würde vermutlich zu einer stärkeren Einbettung und Akzeptanz der Verbandsaktivitäten in der Gesellschaft führen.

Andererseits werden Öffentlichkeitskampagnen z.B. für die *Mise à Niveau*, also die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft, sehr wohl von der EU gefördert. Bei der geforderten Sensibilisierung handelt es sich dagegen um eine Verbraucherschutzmaßnahme: durch die Aufklärung der Konsumenten sollen diese Akteure für die Verbesserung der Produktqualität von elektronischen Geräten mobilisiert werden, indem sie ihre Kaufentscheidung mehr an Qualitätskriterien orientieren. Dies würde z.B. zu weniger Unfällen führen. Allerdings kann gefragt werden, ob der Verbraucherschutz genuine Aufgabe der Verbände sein sollte: zwar ist es gesellschaftlich sinnvoll, wenn Verbände auf das Entstehen von Strukturen wie z.B. staatlich-privater Kooperation im Bereich Verbraucherschutz hinarbeiten, wobei die Aufgabe des Staates dabei die Durchführung von Kontrollen oder die Finanzierung solcher Organisationen wäre. Die Durchführung von Sensibilisierungskampagnen bezogen auf Produktqualität sollte dabei aber nicht allein den Verbänden, die die Produzenten der jeweiligen Sektoren vertreten, überlassen werden: Interessenkonflikte sind wahrscheinlich, und die Verbände sähen sich schnell dem Vorwurf ausgesetzt, mit öffentlichen Geldern in Wirklichkeit Werbung für ihre Produkte zu finanzieren. Sinnvoller wäre vermutlich die Schaffung von unabhängigen Institutionen des Verbraucherschutzes. Hierbei könnten die Verbände wiederum eine Rolle spielen: motiviert durch die Aussicht auf gesteigertes Vertrauen der Konsumenten in die Produktqualität, könnten sie z.B. durch Lobbyarbeit bei der Regierung, durch Gremienarbeit oder durch die Teilnahme an öffentlichen Debatten die Schaffung solcher Institutionen vorantreiben. Der Einwand, das EU-Programm PAAP sei undemokratisch, weil er Sensibilisierungskampagnen bezogen auf Produktqualität nicht finanziert, wird also hier verworfen.²⁰⁸

²⁰⁸ In einem neueren Diskussionsbeitrag wird kritisiert, daß die EMP zu sehr auf die „state-to-state“-Ebene beschränkt sei, und daß die mangelnde Unterstützung der Bürger in den Partnerländern ein Problem sei. Zu dieser Kritik kann im Rahmen dieser Arbeit nicht Stellung bezogen werden. Die Zusammenarbeit mit den Unternehmerverbänden ist in diesem Sinne aber positiv zu bewerten, weil es sich bei den Verbänden um private, d.h. nicht-staatliche Akteure handelt. Vgl. Johansson-Nogués (2005)

Nachdem wir die pluralisierende, und damit tendenziell demokratisierende Funktion der marokkanischen Unternehmerverbände anhand der Ergebnisse qualitativer Interviews im Sinne eines erweiterten Demokratiebegriffs gezeigt haben, wollen wir nun die Ergebnisse noch einmal theoretisch-formal reformulieren. Wir greifen dazu auf den schon im Kapitel 3 angeführten Kriterienkatalog von Dahl (1971) zurück. Dabei setzen wir die 8 Demokratie-Kriterien Dahls und die Bewertung der Lage in Marokko anhand dieser Kriterien in Beziehung zur Rolle der Verbände, welche uns die theoretischen und insbesondere die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit nahelegt. Die Tabelle 1 wird hier aufgegriffen und erweitert um eine weitere Spalte, die für die Rolle der Verbände steht. Es sind dabei 5 verschiedene Stufen des Einflusses der Verbände auf das jeweilige Kriterium denkbar: stark negativ (--), negativ (-), neutral (o), positiv (+) und stark positiv (++).

Weil die Verbände als staatsunabhängige Organisation aktiv an politischen Debatten teilnehmen, und dabei bisweilen auch oppositionelle Oppositionen einnehmen, wirken sie insbesondere auf die Polyarchie-Variablen 1 (Organisationsfreiheit), 2 (Meinungsfreiheit) und 5 (alternative Informationsquellen) ein: die Diversifizierung des Verbandswesens ist möglich, weil die Organisationsfreiheit in Marokko schon eher positiv ist. Der Unternehmerdachverband CGEM arbeitet zudem, gemeinsam mit dem EU-Programm PAAP, aktiv an der Stärkung der Verbände. Sie tragen damit zur Ausweitung des Spielraums in Marokko, Organisationen zu gründen und ihnen beizutreten, bei. Der Staat begrüßt diese Stärkung des Verbandswesens als Bestandteil der Förderung der marokkanischen Wettbewerbsfähigkeit. Es wird damit für ihn zunehmend schwieriger, Organisationsfreiheit auf anderen Gebieten als dem des Verbandswesens nicht auch zu tolerieren: die stärkere Rolle der Verbände im Bereich der Politik zieht daher wahrscheinlich auch größere Organisationsfreiheiten in anderen gesellschaftlichen Bereichen nach sich. Die Rolle der Verbände für die Organisationsfreiheit ist daher positiv (+) zu beurteilen.

Ähnliches gilt für die Meinungsfreiheit: die Verbände bezogen bisweilen zu kontroversen Themen öffentlich Stellung und erarbeiten aktiv Vorschläge z.B. zur Wirtschaftspolitik. Sie setzen dabei staatliche Stellen teilweise unter Druck. Es wurde

nicht nur diskrete Lobbyarbeit betrieben, sondern Verbände richteten sich mit Veröffentlichungen direkt an die Öffentlichkeit, um dort Debatten anzustoßen. Dies unter dem Vorzeichen, daß die Meinungsfreiheit in Marokko, wie wir gesehen haben, nicht ausgeprägt ist und das dahlsche Kriterium daher „eher negativ“ eingestuft wurde. Die Verbände, indem sie öffentliche Debatten anstoßen und an ihnen teilnehmen, wirken damit auf eine Institutionalisierung des Prinzips der öffentlichen Debatte hin, und es wird unter diesen Bedingungen zunehmend schwierig, anderen Akteuren das Recht zur Partizipation an diesen Debatten zu versagen. Sie wirken also positiv auf das Kriterium der Meinungsfreiheit, die in Marokko eher schwach ausgeprägt ist. Auf diesem Gebiet ist ihre Rolle im Hinblick auf Demokratisierung also noch wichtiger als beim ersten Kriterium (Organisationsfreiheit), weil ihr positives Wirken (+) hier auf einem Gebiet stattfindet, daß ungünstigen Bedingungen unterliegt.

Letzteres gilt in noch stärkerem Maße für das 5. Kriterium (alternativen Informationsquellen). Das Kriterium wurde im 3. Kapitel als eher negativ eingestuft, weil Zeitungen bisweilen ernsthaften Repressionen ausgesetzt sind, wenn sie sensible Themen in ungewünschter Weise behandeln. Dadurch, daß die Verbände ihr Engagement mit der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der marokkanischen Wirtschaft rechtfertigen können, verfügen sie auch hier über Spielraum: die Initiierung und die Teilnahme an Debatten, die im empirischen Kapitel 4 mehrfach beschrieben wurde, sowie ihre publizistische Tätigkeit tragen stark dazu bei, daß der Öffentlichkeit alternative Informationsquellen zur Verfügung stehen. So veröffentlicht beispielsweise die CGEM 2003 nicht nur einen „Rapport économique“,²⁰⁹ in dem Angaben über die wirtschaftliche Entwicklung Marokkos zu finden sind wie auch über mögliche Perspektiven und Strategien, um den Problemen zu begegnen; sondern auch ein Policy-paper namens „Soixante Mesures Concretes Pour La Mise En Application Des Dix Questions Au Coeur De La Creation De Richesses Et D’Emplois Dans Notre Pays“²¹⁰ (60 konkrete Maßnahmen für die Umsetzung der 10 Fragen, die im Zentrum der Schaffung von Reichtum und Arbeit in unserem Land stehen). Hier wurden also 60 konkrete politische Maßnahmen öffentlich gefordert. Durch die Festigung der Verbände als Akteure, die Forderungen stellen, öffentliche Debatten anstoßen und an ihnen teilnehmen, tragen sie direkt zur Verfügbarkeit alternativer Informationsquellen bei; ihre Rolle wird deshalb als sehr positiv bewertet (++). Diese sehr positive Rolle haben

²⁰⁹ CGEM (2003b)

sie in einem Bereich, der für den Fall Marokkos eher negativ bewertet wurde; auch hier spielen die Verbände also eine positive Rolle im Hinblick auf Demokratisierung.

Bei den die Wahlen betreffenden Kriterien 3 (aktives Wahlrecht), 6 (passives Wahlrecht) und 7 (freie und faire Wahlen) kann nach Sichtung unserer empirischen Befunde festgestellt werden, daß es keine Hinweise auf eine positive Wirkung der Verbände gibt. In einem Interview wurde berichtet, daß ein hochrangiger Mitarbeiter der CGEM, der eine eigene Partei gründen und damit direkt auf politischer Ebene tätig werden wollte, innerhalb der CGEM kaltgestellt wurde. Dies könnte als Hinweis darauf gelten, daß das passive Wahlrecht von der CGEM, zumindest die eigenen Funktionäre betreffend, nicht sehr geschätzt wird. Andererseits kann es als Ausdruck des Strebens nach politischer Unabhängigkeit seitens des Verbandes gewertet werden, der darauf achtet, daß das Spitzenpersonal nicht parteipolitisch festgelegt ist. Die Rolle der Verbände bei dem 6. Kriterium wird also hier als neutral (o) eingestuft. Gleiches gilt für 3 und 7: es kann hier weder eine positiver, noch eine negativer Einfluß der Verbände konstatiert werden.

Beim 8. Kriterium, dem Vorhandensein von Institutionen, die dafür Sorge tragen, daß Regierungspolitiken von Wahlen oder anderen Präferenzäußerungen abhängen, wird hier ebenfalls eine neutrale Rolle der Verbände festgestellt. Zwar ist es plausibel, daß, wenn die Verbände sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen, dies nicht ganz unabhängig von Präferenzäußerungen durch Wahlen oder andere Präferenzäußerungen geschieht; zumindest ist eine solche Diskussion nur schwer vorstellbar ohne Bezugnahme auf die öffentliche Meinung. Jedoch können unsere empirischen Ergebnisse diese These, daß die Verbände populäre Positionen, die durch Wählerwillen oder durch die öffentliche Meinung, wie sie z.B. in den Medien zum Ausdruck kommt, öffentlich unterstützen, nicht bestätigen. Auch hier, beim 8. Kriterium, wird die Rolle der Verbände also als neutral (o) eingestuft.

Es bleibt das 4. Kriterium (das Recht politischer Führer, um Unterstützung zu kämpfen). Auch hier belegen die empirischen Ergebnisse keinen direkten Einfluß, weder positiv, noch negativ. Dennoch spielen die Verbände hier eine indirekt positive Rolle: dadurch, daß sie wie z.B. in der Wirtschaftspolitik, konkrete Vorschläge machen, tragen sie zu

²¹⁰ CGEM (2003a)

einer Pluralisierung der öffentlich diskutierten Positionen bei. Dadurch, daß sie der öffentlichen Diskussion durch Expertenwissen fundierte Politikempfehlungen zur Verfügung stellen, stärken sie indirekt politische Führer: wenn alternative Vorschläge mit Nachdruck in die Debatte eingebracht werden und die Chancen gut stehen, daß politische Akteure i.e.S. diese Vorschläge aufgreifen (wie es beim schon oben angesprochenen Beispiel des von einem Verband ausgearbeiteten Gesetzesvorhabens der Fall war), stärken sie indirekt diese politischen Akteure in ihrem Kampf um politische Unterstützung. Es wird daher ein indirekt positiver Einfluß (+) der Verbände beim Kriterium der politischen Konkurrenz festgestellt.

Diese Überlegungen führen uns also zur Modifizierung der Tabelle 1 hin zur folgenden Tabelle 2:

Dahls Kriterium	am Fall Marokkos	Rolle der Verbände
1. Organisationsfreiheit	eher positiv	+
2. Meinungsfreiheit	eher negativ	+
3. Aktives Wahlrecht	eher positiv	0
4. Politische Konkurrenz	eher negativ	+ (indirekt)
5. Alternative Informationsquellen	eher negativ	++
6. Passives Wahlrecht	Negativ	0
7. Freie + faire Wahlen	Negativ	0
8. Institutionen	Negativ	0

Tabelle2

Die Tabelle, die die Rolle der Verbände mit den 8 Kriterien Dahls in Marokko in Beziehung setzt, liefert also folgendes Bild: bei der Hälfte der Kriterien haben die Verbände einen positiven Einfluß. Bei der anderen Hälfte konnte kein Einfluß festgestellt werden. Die Verbände haben auf keines der 8 Kriterien einen negativen Einfluß. Drei der 4 von den Verbänden positiv beeinflussten Kriterien haben in Marokko einen eher negativen Stellenwert; die Rolle der Verbände ist dabei indirekt positiv (politische Konkurrenz), positiv (Meinungsfreiheit) und sogar sehr positiv (alternativen Informationsquellen).

Deshalb kann festgehalten werden, daß die Verbände zwar nicht auf alle Polyarchie-Kriterien einen positiven Einfluß haben; zumindest bei der Hälfte der Kriterien haben sie jedoch positiven Einfluß. Sie leisten damit im Sinne Dahls einen Beitrag zur

Herstellung von Polyarchie. Dieser Beitrag ist, weil er die genannten Kriterien eben nicht in vollem Umfang unterstützt, eher als pluralisierend denn als (in vollem Umfang) demokratisierend zu bewerten. Dennoch kann festgehalten werden, daß durch einen Beitrag zur Pluralisierung in einem arabischen Land wie Marokko tendenziell auch die Demokratie gefördert wird. Das soll den Beitrag der marokkanischen Unternehmerverbände nicht herabwürdigen; vielmehr sieht z.B. Perthes (2004) die Entwicklungsperspektive arabischer Länder zunächst in der Pluralisierung: ein zu abrupter politischer Wandel könne in diesen Gesellschaften Modernisierungsfortschritte zunichte machen.²¹¹

Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist, daß die marokkanischen Unternehmerverbände den Einfluß des Staates, tendenziell auch den des klientelistischen Makhzen-Systems zurückdrängen. Sie orientieren sich zunehmend nicht mehr nur an Partikularinteressen, sondern engagieren sich auch für günstige Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns; teilweise nehmen sie dabei eine am Gemeinwohl orientierte Haltung ein. Zudem ist ihr Einfluß auf 4 von 8 der Polyarchie-Kriterien Dahls positiv. Aus diesen Gründen schließt die vorliegende Untersuchung mit der Feststellung: Die Förderung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der EMP trägt zur politischen Pluralisierung bei, und damit tendenziell auch zur Demokratisierung in Marokko. Die Förderung marokkanischer Unternehmerverbände im Rahmen der Wirtschaftsförderung der EMP hat deshalb demokratiefördernde Effekte.

²¹¹ Vgl. Perthes (2004): 417 ff

8. Literaturverzeichnis

Aliboni, Roberto/Guazzone, Laura (2004): « Democracy in the Arab Countries and the West », *Mediterranean Politics* Vol.9, No.1 (Spring 2004). S.82-93

Amin, Samir (1989): *La Question démocratique dans le tiers monde contemporain*. Africa Development, Vol.XIV, No.2, 1989. S.5-26

ANPME (2004) : *La Mise à Niveau, Clé de votre réussite*. Agence Nationale pour la Promotion de la Petite et Moyenne Entreprise, Royaume du Maroc. Rabat, Edition 2004.

El Aoufi, Nouredine/ Omar Belkheiri/ Mohammed Bensaid/ Karima Ghazouani/ Abid Ihadiyan (2004): Indicateurs économiques de la gouvernance démocratique au Maroc. In : *Critique économique: Gouvernance et Entreprise. L'entreprise marocaine comme enjeu de réforme*. No 13, cinquième année, Eté 2004. S. 25-58

Ayouche, Mohamed (2004): Les mouvements entrepreneuriaux et la mise à niveau économique. In : Roque, Maria-Angels (ed.): *La société civile au Maroc. L'émergence de nouveaux acteurs de développement*. Publisud 2004. S. 189-207

Balfour, Rosa (2004): *Rethinking the Euro-Mediterranean political and security dialogue*. Occasional Paper No. 52 des Institute for Security Studies, May 2004

Batistella, Dario (2003): *Théorie des Relations Internationales*. Paris: Presses de Sciences Po, 2003

Baumgarten, Helga (2004): *Autoritäre Systeme unter den Bedingungen der Globalisierung – das Beispiel Palästina*. In : Pawelka, Peter/Lutz Richter-Bernburg (Hg.): *Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient. Die Islamische Welt im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden 2004. S.76-92

Bayart, Jean-Francois/Achille Mbembe/Comi Toulabor (1992): *Le politique par le bas en Afrique noire. Contributions à une problématique de la démocratie*. Editions Karthala, Paris, 1992

Belaala, Selma (2004): *Misère et djihad au Maroc. Fabrique de la violence*. *Le Monde Diplomatique*, Novembre 2004. S. 1, 16-17

Belghazi, Saâd (2004): *Evaluation préliminaire des effets du Programme de Préparation des Petites et Moyennes Entreprises à la Mise à Niveau dans le cadre du Projet Taahil Al Mukawalat*. Nicht veröffentlichte version provisoire. Rabat, 16 juillet 2004

Bendourou, Omar (1996): *Power and Opposition in Morocco*. *Journal of Democracy*, Vol.7, N.3, 1996. S.108-123

Bertelsmann-Stiftung (2003): *Bertelsmann Transformations Index 2003: Marokko*. Gütersloh 2003

Bistolfi, Robert (2000): « L'Europe et la Méditerranée : Une entreprise virtuelle ? », Confluences Méditerranée, No. 35, Automne 2000. S. 9-23

Blumenthal, Hans R./Errarhib, Mourad (2003), FES-Analyse: Marokko. Mehr Demokratie für mehr Monarchie. Herausgegeben von Alfred Koschützke, Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Februar 2003

Blumenthal, Hans R (2004).: Bedrohung des Okzidents, Befreiung (Modernisierung?) des Orients? Islamismus als Januskopf: Partner und Gegner. Manuskript; erscheint in Internationale Politik und Gesellschaft.

Boughzala, Mongi (1997): Impact on workers of reduced trade barriers: The case of Tunisia and Morocco. International Labour Review, Vol.136, No.3, autumn 1997

Burnell, Peter (Hg.) (2000) : Democracy Assistance : Internatioinal Co-operation for Democratization. London : Franc Cass Publishers, 2000

Cabinet Masnaoui (2004): Annuaire des associations professionnelles 2004. Cabinet Masnaoui, Casablanca 2004

Camau, Michael (1996) : Politique dans le passé, politique aujourd'hui au Maghreb. In : Bayart, J.-F. (Hg.): La greffe de l'Etat. Editions Karthala, Paris 1996. S.63-96

Catusse, Myriam (1998a) : « La confédération générale des entreprises du Maroc : aléas de l'institutionnalisation », Annuaire de l'Afrique du Nord, tome XXXVII, CNRS édition, Paris 1998. S. 259-271

Catusse, Myriam (1998b): « Maroc : « Un état de droit pour les affaires » », Annuaire de l'Afrique du Nord, tome XXXVII, CNRS édition, Paris 1998. S. 245-257

Catusse, Myriam (1998c): « De la lutte des classes au dialogue social. Les recompositions des relations professionnelles au Maroc », Monde arabe Maghreb Machrek, La Documentation française, No. 162, octobre – décembre 1998. S. 18-38

Catusse, Myriam (2000a): « Le débat sur les privatisations au Maroc : un procès exemplaire », Monde arabe Maghreb Machrek, La Documentation française, No. 167, janvier - mars 2000. S. 38-48

Catusse, Myriam (2000b): « Affaires, scandales et urnes de verre à Casablanca. Les ambiguïtés de la « démocratie locale » à l'ère de la « bonne gouvernance » », Annuaire de l'Afrique du Nord, CNRS éditions, Paris 2000-2001, vol XXXIX. S. 279-306

Catusse, Myriam (2000c): « Economie des élections au Maroc », Monde arabe Maghreb Machrek, La Documentation française, No. 168, avril - juin 2000. S. 51-66

Catusse, Myriam (2002a): « L'émancipation territoriale des acteurs économiques marocains : mobilisation de réseaux transnationaux et réforme de l'espace économique et social national », dans : Césari, J. (dir.), « La Méditerranée des réseaux. Marchands, entrepreneurs et migrants entre l'Europe et le Maghreb », Paris, Maisonneuve et Larose / Maison Méditerranéenne des sciences de l'homme 2002. S. 203-229

Catusse, Myriam (2002b): « Le charme discret de la société civile. Ressorts politiques de la formation d'un groupe dans le Maroc « ajusté » », *Revue Internationale de Politique Comparée*, Vol.9, No.2, 2002. S. 297-318

Catusse, Myriam (2004): Acteurs privés, action publique. Patronat et politique au Maroc. In : Roque, Maria-Angels (ed.): *La société civile au Maroc. L'émergence de nouveaux acteurs de développement*. Publisud 2004. S. 161-188

CGEM (2002): Dix questions au cœur de la création de richesse et d'emplois dans notre pays. Contribution de la CGEM à la définition d'une politique de croissance soutenue. Casablanca, Juillet 2002

CGEM (2003a): Soixante mesures concrètes pour la mise en application des dix questions au cœur de la création de richesses et d'emplois dans notre pays. Casablanca, Janvier 2003

CGEM (2003b): Rapport économique 2003. Casablanca 2003

Chourou, Bechir (2002): *The Challenge of Democracy in North Africa. Democratization*, Vol.9, T.1, 2002, S. 17-39

Crawford, Gordon (2000): *European Union Development Co-operation and the Promotion of Democracy*. In: Peter Burnell (Hg.), *Democracy Assistance: International Co-operation for Democratization*. London: Franc Cass Publishers, 2000

Crawford, Gordon (2003a): *Promoting Democracy from Without – Learning From Within (Part I)*. *Democratization*, Vol.10, T.1, 2003, S. 77-98

Crawford, Gordon (2003b): *Promoting Democracy from Without – Learning From Within (Part II)*. *Democratization*, Vol.10, T.2, 2003, S. 1-20

Dahl, Robert A. (1971): *Polyarchy. Participation and Opposition*. New Haven and London, Yale University Press, 1971

Dalle, Ignace (2004): *Espérances déçues au Maroc. Bilan de cinq ans de réformes*. *Le Monde Diplomatique*, Aout 2004, S.18-19

Denoeux, G. (1998): *Understanding Morocco's "Sanitisation Campaign" (December 1995 to May 1996)*. *Journal of North African Studies* 3/1

Denoeux, G./A. Maghraoui (1998): *King Hassan's Strategy of Political Dualism*. *Middle East Policy* 5/4

Desrues, Thierry/Moyano, Eduardo (2001): *Social Change and Political Transition in Morocco*. *Mediterranean Politics*, Vol.6, No. 1 (Spring 2001), S. 21-47

Diamond, Larry (1997): *The End of the Third Wave and the Global Future of Democracy*. Institut für Höhere Studien, Wien: *Reihe Politikwissenschaft* No.45, July 1997

- Dillman, Bradford (2002): International Markets and Partial Economic Reforms in North Africa: What Impact on Democratization? *Democratization*, Vol.9, T.1, 2002, S. 63-86
- Dorraj, Manochehr (1999): Islam, Governance and Democracy. In: Magnarella, Paul J.: Middle East and North Africa: governance, democratization, human rights. Ashgate Publishing Company, Brookfield 1999
- Doyle, M. (1983): Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs (1983). In: Brown, M. et al. (Hg.): *Debating the Democratic Peace*, Cambridge (Mass.), MIT Press, 1996, S. 3-57
- Eßer, Klaus (et al.) (1996a): Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Band 112, Köln 1996
- Eßer, Klaus/Wolfgang Hillebrand/Dirk Messner/Jörg Meyer-Stamer (1996b): Systemische Wettbewerbsfähigkeit. Anforderungen an Unternehmen, Staat und Gesellschaft. In: Eßer, Klaus (et al.): Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Band 112, Köln 1996. S. 73-103
- Ethier, Diane (2003): Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives. *Democratization*, Vol.10, T.1, 2003, S. 99-120
- EUMC (2004): Manifestations of Antisemitism in the EU 2002-2003. Wien 2004
- Euro-Mediterranean Human Rights Network (EMHRN) (2000) : The MEDA Democracy Program. Recommendations by the Euro-Mediterranean Human Rights Network (EMHRN) to the European Commission, the European Parliament and the EU member states regarding MEDA Democracy Programme. Copenhagen, February 2000
- Europäische Kommission (1999a): Cox, Aidan/Jenny Chapman, The European External Cooperation Programmes. Policies, Management and Distribution. Overseas Development Institute, London 1999 (Published by the European Commission, Brussels)
- Europäische Kommission (1999b): Evaluation of the Meda Regulation. Final Report, Brussels, 2 February 1999
- Europäische Kommission (1999c): Karkutli, Nadim/Dirk Bützler, Final Report. Evaluation of the MEDA Democracy Programme 1996-1998. European Commission, Brussels, April 1999
- Europäische Kommission (2001): Partenariat Euro-Med: Maroc. Document de Strategie 2002-2006 et Programme Indicatif National 2002 – 2004. Bruxelles, Décembre 2001
- Europäische Kommission (2003): Evaluation de la Strategie Pays de la Commission Europeenne pour le Maroc. Elaboré par MWH SA, Bruxelles, Juillet 2003
- Europäische Kommission (2004) : Partnerschaft Europa-Mittelmeer. Marokko. Nationales Richtlinienprogramm 2005-2006. Brüssel, 2004

Faist, Thomas (2001): Transnationale Räume. Bielefeld, 2001

FAO (2004): Morocco: Compendium of Food and Agricultural Indicators.
http://www.fao.org/es/ess/compendium_2004/pdf/ESS_MOR.pdf.

Fenech, Dominic (1997): The Relevance of European Security Structures to the Mediterranean (and Vice Versa). In: Gillespie, Richard (Hrsg.): The Euro-Mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives. Franc Cass, London, 1997. S.149-176

Ferrié, Jean-Noël (2000): « Les politiques de la morale en Egypte et au Maroc », Monde arabe Maghreb Machrek, La Documentation française, No. 167, janvier - mars 2000. S. 6-13

Ferrié, Jean-Noel (2003): Entering the 'Vicious Circle': Strength of Democratic Designs in Egypt and Morocco. In: Kienle, Eberhard (Hg.): Politics from above, politics from below. London: Saqi, 2003

Finnmore, Martha/Sikkink, Kathryn (1998): International Norm Dynamics and Political Change. In: International Organization 52, S. 887-917

Forecast International (2003): "Military-Spending Remains Low in Crisis-Stricken Africa". Press Release, 2. Dezember 2003. Abgerufen am 29.3.2005 von www.forecast1.com/press0.cfm

Freedom House (2003): Freedom in the World Country Rankings 1972 through 2003. www.freedomhouse.org

Freedom House (2005): Freedom in the world 2005. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties. www.freedomhouse.org

Friedrich Ebert-Stiftung Marokko (2004): Barcelona Monitoring. Suivi de l'accord de libre-échange. Rabat 2004

Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man. London, 1992

Ghalioun, Burhan (2004): The Persistence of Arab Authoritarianism. Journal of Democracy, Vol.15, Nr.4, 2004. S.126-132

Giddens, Anthony (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration. Berkeley/Los Angeles 1984

Gillespie, Richard (Hg.) (1997): The Euro-Mediterranean Partnership. Political and Economic Perspectives. Franc Cass, London, 1997

Gillespie, Richard/Youngs, Richard (2002a): Themes in European Democracy Promotion. Democratization, Vol. 9, T.1, 2002, S. 1-16

- Gillespie, Richard/ Richard Youngs (Hrsg.) (2002b): The European Union and democracy promotion: the case of North Africa. Franc Cass Publishers, London 2002
- Gillespie, Richard/Laurence Whitehead (2002): European Democracy Promotion in North Africa : Limits and Prospects. In: Gillespie, Richard/ Richard Youngs (Hrsg.): The European Union and democracy promotion : the case of North Africa. Franc Cass Publishers, London 2002
- De la Guérivière, Jean (2003): « Maroc : Des Elections Pour Presque Rien ». Géopolitique, Hiver 2003, No 9, S. 239-246
- Gold, Peter (1999): Immigration into the European Union via the Spanish Enclaves of Ceuta and Melilla: A Reflection of Regional Economic Disparities. Mediterranean Politics, Vol.4, No.3 (Autumn 1999) S. 23-36
- Gräfe, Sebastian (2003): Privatunternehmer und Unternehmerverbände im Prozeß wirtschaftlicher Liberalisierung. Klientelstrukturen, Patronage und Aneignung von Renten im ägyptischen Saatgutsektor. Diskussionspapier Nr. 92 des Fachgebiets Volkswirtschaft des Vorderen Orients, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Freie Universität Berlin.
- Haddadi, Said (2002): Two Cheers for Whom? The European Union and Democratization in Morocco. Democratization, Vol.9, T.1, 2002, S. 149-169
- Haddadi, Said (2004): The EMP and Morocco: Diverging Political Agendas? In: Jünemann, Annette (Hg.): Euro-Mediterranean relations after September 11: international, regional and domestic dynamics. London 2004
- Hegasy, Sonja (1997): Staat, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in Marokko. Die Potentiale der sozio-kulturellen Opposition. Deutsches Orient-Institut, Hamburg 1997
- John Herz (1950): Idealist Interventionalism and the Security Dilemma. World Politics, 2 (2), January 1950
- Hibou, Béatrice (2002): The World Bank: Missionary Deeds (and Misdeeds). In: Schraeder, Peter J. (Hg.): Exporting democracy: rhetoric vs. reality. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 173-191
- Hillebrand, Wolfgang (1996): Erfolgreiche Entwicklung jenseits von "Markt versus Staat". In: Eßer, Klaus (et al.): Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Band 112, Köln 1996. S. 29-38
- Hunt, Diana (1998): Development Economics, the Washington Consensus and the Euro-Mediterranean Partnership Initiative. The Journal of North African Studies, Vol.3, Nr.2, 1998, S.16-38
- Huntington, Samuel P. (1993): The third wave: democratization in the late twentieth century. University of Oklahoma: 1993

- Huntington, Samuel (1997): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York 1997
- Hurtienne, Thomas/Dirk Messner (1996): *Neue Konzepte internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Industrie- und Entwicklungsländern*. In: Eßer, Klaus (et al.): *Globaler Wettbewerb und nationaler Handlungsspielraum. Neue Anforderungen an Wirtschaft, Staat und Gesellschaft*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Band 112, Köln 1996. S. 39-71
- Ibrahim, Saad Eddin (1993): *Crises, Elites, and Democratization in the Arab World*. *Middle East Journal*, Vol.47, No.2, Spring 1993. S. 292-305
- Joffé, George (1997): *Maghribi Islam and Islam in the Maghrib. The Eternal Dichotomy*. In: Westerland, David/Eva Evers Rosander (eds.): *African Islam and Islam in Africa. Encounters between Sufis and Islamists*. London, 1997. S. 55-78
- Joffé, George (1998): *The Moroccan Political System after the Elections*. *Mediterranean Politics*, Vol.3, No.3 (Winter 1998). S. 106-125
- Johansson-Nogués, Elisabeth (2005): *The Euro-Mediterranean Partnership: Intents of Overcoming the Bottom-Up deficit?* Paper presented at the Sixth Mediterranean Social and Political Research Meeting of the Mediterranean Programme of the Robert Schuman Centre for Advanced Studies at the European University Institute, Montecatini Terme, March 2005.
- Johnson, Juliet (2002): *In Pursuit of a Prosperous International System*. In: Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 31-51
- Joyner, Christopher C. (2002): *The United Nations: Strengthening the International Norm*. In: Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 147-172
- Jünemann, Annette (2002): *From the Bottom to the Top: Civil Society and Transnational Non-Governmental Organizations in the Euro-Mediterranean Partnership*. *Democratization*, Vol.9, T.1, 2002. S. 87-105
- Jünemann, Annette (Hg.) (2004): *Euro-Mediterranean relations after September 11: international, regional and domestic dynamics*. London 2004
- Kant, Immanuel (1795): *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*. Stuttgart 1984 (erstmalig erschienen in Königsberg, 1795)
- Kegley, Charles W., Jr./Margaret G. Hermann (2002): *In Pursuit of a Peaceful International System*. In: Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 15-29
- Khosrowshahi, Cameron (1997): *Privatization in Morocco: The Politics of Development*. *Middle East Journal*, Vol.51, No.2, Spring 1997. S. 242-255

Kienle, Eberhard (1995): Arab Unity Schemes Revisited: Interest, Identity, and Policy in Syria and Egypt. *International Journal of Middle East Studies*, Vol.27, No.1, 1995, S. 53-71

Kienle, Eberhard (Hg.)(2003) : *Politics from above, politics from below*. London : Saqi: 2003

Kienle, Eberhard (2004): Globalisierung und Demokratisierung in der arabischen Welt. In: Pawelka, Peter/Lutz Richter-Bernburg (Hg.): *Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient. Die Islamische Welt im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden 2004. S. 60-75

Kiminich, Otto/Hobe, Stephan (2000): *Einführung in das Völkerrecht*. 7. Auflage, Tübingen/Basel, 2000

Lachenmann, Gudrun (1995): „Methodenstreit“ in der Entwicklungssoziologie. Working Paper No.241, Universität Bielefeld, Bielefeld 1995

Lachenmann, Gudrun (1997): *Zivilgesellschaft und Entwicklung*. In: Schulz, Manfred (Hrsg.): *Entwicklung. Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997. S. 187-211

Lachenmann, Gudrun (1998): *Frauenbewegungen als gesellschaftliche Kraft des Wandels. Beispiele aus Afrika*. In: Ruppert, Uta (Hg.): *Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*. Frankfurt a.M., 1998. S. 208-232

Lachenmann, Gudrun (2004): *Weibliche Räume in muslimischen Gesellschaften Westafrikas*. *Peripherie, Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Nr.95, 24.Jahrgang, August 2004. S. 322-340

Lakoff, Sanford (2004): *The Reality of Muslim Exceptionalism*. *National Endowment for Democracy*, Vol.15, Nr.4, 2004, S.133-139

Lopez Garcia, Bernabé (1992): *Le makhzen, la 'amma et l'arbitre au Maroc: Administration et société civile aux élections locales et législatives 1992-1993*. *Annuaire de l'Afrique du Nord*, T.31, 1992. S. 415-436

Luhmann, Niklas (1998) : *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. FfM : Suhrkamp

Maghraoui, Abdeslam (2001): *Monarchy and political reform in Morocco*. *Journal of Democracy*, Vol.12, N.1, 2001. S. 73-87

Maghraoui, Abdeslam (2003): *Ambiguities of Sovererignty: Morocco, The Hague and the Western Sahara Dispute*. *Mediterranean Politics*, Vol.8, No.1 (Spring 2003). S. 113-126

Magnarella, Paul J. (1999): *Middle East and North Africa: governance, democratization, human rights*. Ashgate Publishing Company, Brookfield 1999

- Marks, Jon (1998): The European Challenge to North African Economies: The Downside to the Euro-Med Policy. *The Journal of North African Studies*, Vol.3, Nr.2, 1998. S. 47-58
- Martin-Munoz, Gema (2000): Political Reform and Social Change in the Maghreb. *Mediterranean Politics*, 2000, Vol.5, T.1. S. 96-132
- Mednicoff, David M. (1998): Civic Apathy in the Service of Stability? Cultural Politics in Monarchist Morocco. *The Journal of North African Studies*, Vol.3, No.4, Winter 1998, S.1-27
- Meyer, Frank (1997): Die Fasi. Ein Beitrag zu Eliten, Modernisierung und sozialem Wandel in der marokkanischen Gesellschaft. *Orient*, J.38, N.4, 1997. S.693-717
- Mohamedou, Mohammad-Mahmoud (1999): The Rise and Fall of Democratization in the Maghreb. In: Magnarella, Paul J.: *Middle East and North Africa: governance, democratization, human rights*. Ashgate Publishing Company, Brookfield 1999
- Moisseron, Jean-Yves (2002): La crise du régionalisme en Méditerranée. *Revue Tiers Monde*, t.XLIII, janvier-mars 2002
- Morgenthau, Hans (1951): *In Defense of the National Interest*. New York 1951
- Moutadayene, Abdellatif (2001): Economic Crises and Democratisation in Morocco. *The Journal of Nord African Studies*, Vol.6, T.3, 2001. S.70-82
- Nuino, Mohamed (2000): Le Maroc à l'épreuve. *Revue générale*, A.135, N.2, 2000. S.77-83
- Olsen, Gorm Rye (2002): The European Union: An Ad Hoc Policy with a Low Priority. Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 131-145
- Pawelka, Peter/Lutz Richter-Bernburg (Hg.) (2004): *Religion, Kultur und Politik im Vorderen Orient. Die Islamische Welt im Zeichen der Globalisierung*. Wiesbaden 2004
- Perthes, Volker (2004): *Geheime Gärten. Die neue arabische Welt*. München 2004
- Perthes, Volker (2005): Stolz und Mißtrauen. Wie der Konflikt mit dem Westen im Iran gesehen wird. *Internationale Politik*, Februar 2005, Nr.2, 60.Jahrgang. S. 56-65
- Pippan, Christian (2002): *Die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft*. FfM: Lang, 2002
- Radi, Lamia (2000): « Archaisme social et modernité politique. Le « local », lieu d'émergence de nouveaux acteurs », *Les cahiers de l'Orient : Le Maroc de Mohammed IV*, deuxième trimestre 2000, No. 58. S. 67-71

- El Rassi, Michel (2000): Le Maroc sous la houlette du fonds monétaire international. Les Cahiers de l'Orient, No. 58 : Le Maroc de Mohammed VI. Deuxième Trimestre 2000
- Roque, Maria-Angels (ed.) (2004a): La société civile au Maroc. L'émergence de nouveaux acteurs de développement. Publisud 2004
- Roque, Maria-Angels (2004b): Clés politiques et sociologiques de la société civile au Maroc. In: Roque, Maria-Angels (ed.): La société civile au Maroc. L'émergence de nouveaux acteurs de développement. Publisud 2004. S. 19-80
- Rousset, Michel (1992): Le Pouvoir Hiérarchique dans l'Administration Marocaine du Mauvais Usage de l'Autorité. Revue Juridique et Politique. Indépendance et Coopération. N.4, 1992. S.399-406
- Rummel, R. (1983): Libertarianism and International Violence. Journal of Conflict Resolution, 27 (1), März 1983. S. 27-71
- Russet, B. (1993): Grasping the Democratic Peace. Princeton, Princeton University Press, 1993
- Santiso, Carlos (2003): Responding to Democratic Decay and Crises of Governance: The European Union and the Convention of Cotonou. Democratization, Vol.10, T.3, 2003. S. 148-172
- Santucci, Jean-Claude (1993): « Etat, légitimité et identité au Maghreb. Les dilemmes de la modernité », Confluences Méditerranée, No. 6, Printemps 1993
- Sassen, Saskia (1996): Migarnten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt a.M., 1996
- Sater, James (2002a): The Dynamics of State and Civil Society in Morocco. The Journal of North African Studies, Vol.7, No.3, Autumn 2002. S.101-118
- Sater, James (2002b): Civil Society, Political Change and the Private Sector in Morocco: The Case of the Employer's Federation Confédération Générale des Entreprises du Maroc (CGEM). Mediterranean Politics, Vol.7, No.2 (Summer 2002). S. 13-29
- Sater, James N. (2003): Morocco after the Parliamentary Elections of 2002. Mediterranean Politics, Vol.8, No.1 (Spring 2003). S. 135-142
- Scott, James M. (2002): Political Foundations and Think Tanks. In: Schraeder, Peter J. (Hg.): Exporting democracy: rhetoric vs. reality. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 193-213
- Schlumberger, Oliver (2000a): Arab Political Economy and the European Union's Mediterranean Policy: What Prospects for Development? New Political Economy, Vol.5, T.2, 2000. S.247-268

Schlumberger, Oliver (2000b): The Arab Middle East and the Question of Democratization: Some Critical Remarks. *Democratization*, Vol.7, No.4, Winter 2000. S.104-132

Schraeder, Peter J. (Hg.) (2002): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002

Schraeder, Peter J. (2002a): Promoting an International Community of Democracies. In: Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 1-11

Schraeder, Peter J. (2002b): Making the World Safe for Democracy? In: Schraeder, Peter J. (Hg.): *Exporting democracy: rhetoric vs. reality*. London, Lynne Rienner Publishers, 2002. S. 217-235

Schraeder, Peter J. (2003): The State of the Art in International Democracy Promotion: Results of a Joint European-North American Research Network. *Democratization*, Vol.10, T.2, 2003. S. 21-44

Schubert, Gunter/Rainer Tetzlaff (Hrsg.) (1998): *Blockierte Demokratien in der Dritten Welt*. Leske + Budrich, Opladen 1998

Schumacher, Tobias (1998): *Die Maghreb-Politik der Europäischen Union, Gemeinschaftliche Assoziierungspraxis gegenüber Algerien, Marokko und Tunesien*, Wiesbaden, 1998

Schulz, Manfred (Hg.) : *Entwicklung : Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1997

Sedjari, Ali (Hg.) (2002): *Elites, gouvernance et gestion du changement*. Ed. L'Harmattan, Paris 2002

Sen, Amartya (1999): Democracy as a Universal Value. In: *Journal of Democracy*, Vol.10, Nr.3, 1999. S. 3-17

Séran, Dominique (2004): La gouvernance des associations professionnelles au Maroc. In : *Critique économique: Gouvernance et Entreprise. L'entreprise marocaine comme enjeu de réforme*. No 13, cinquième année, Été 2004. S. 137-158

Small, M./Singer, D. (1976): The War-Proneness of Democratic Regimes 1816-1965. *Jerusalem Journal of International Relations*, 1 (4), Summer 1976. S. 50-69

Stepan, Alfred/Graeme B. Robertson (2004a): An 'Arab' More Than 'Muslim' Electoral Gap. *Journal of Democracy*, Vol.14, Nr.3, July 2004. S. 30-44

Stepan, Alfred/Graeme B. Robertson (2004b): Arab, not Muslim Exceptionalism. *Journal of Democracy*, Vol.15, Nr.4, 2004. S.140-146

Stetter, Stephan (2003): Democratization without Democracy? The Assistance of the European Union for Democratization Processes in Palestine. *Mediterranean Politics*, Vol.8, Number 3, Summer-Autumn 2003. S. 153-173

- Stichweh, Rudolf (2000): Die Weltgesellschaft. Soziologische Analysen. FfM: Suhrkamp.
- Suleiman, Michael W. (1985): Socialization to Politics in Morocco: Sex and Regional Factors. *International Journal of Middle East Studies*, Vol.17, No.3, Aug.1985. S. 313-327
- Tahi, Sofiane (2000): « Vers de nouveaux modes de coopération Euro-Maghreb. Joint-ventures et Outsourcing », *Cahiers de l'Orient : Le Maroc de Mohammed IV*, deuxième trimestre 2000, No 58. S. 95-110
- Tetzlaff, Rainer (1997): Staat und Gesellschaft in Afrika : ein prekäres Verhältnis im Wandel. In : Manfred Schulz (Hg.) : *Entwicklung : Die Perspektive der Entwicklungssoziologie*. Opladen : Westdeutscher Verlag, 1997
- Testas, Abdelaziz (2001): Maghreb-EU Migration: Interdependence, Remittances, the Labour Market and Implications for Economic Development. *Mediterranean Politics*, Vol.6, No.3 (Autumn 2001). S. 64-80
- Tlemcani, Mohamed Benlahcen/Patrick Mairet (2000): Quelle stratégie d'insertion internationale pour les pays du Maghreb? *Les Cahiers de l'Orient: Le Maroc de Mohammed VI*. No.58, deuxième trimestre 2000. S. 79-94
- Transparency International (2004): *Corruption Perceptions Index 2004*. Berlin 2004
- Transparency Maroc (2001): Synthèse de l'enquête nationale de l'intégrité auprès des entreprises. Réalisé par: CSA-TMO Maroc. Etude 0041, Décembre 2001
- UNDP (2002): *The Arab human development report 2002: creating opportunities for future generations*. United Nations Development Program (UNDP), Regional Bureau for Arab states, New York 2002
- Wehr, Hans (1985): *Arabisches Wörterbuch für die Schriftsprache der Gegenwart : arabisch-deutsch*. 5. Auflage, Wiesbaden 1985
- Wendt, Alexander (1995): Anarchy is What the States Make of it. The Social Construction of Power Politics. In: Der Derian, James: *International Theory. Critical Investigations*. London 1995. S. 129-177
- Westerland, David/Eva Evers Rosander (eds.) (1997): *African Islam and Islam in Africa. Encounters between Sufis and Islamists*. London, 1997
- Willis, Michael J. (1999): "After Hassan: A New Monarch in Morocco", *Mediterranean Politics*, Vol.4, No.3 Autumn 1999. S. 115-128
- Willis, Michael J. (2004): "Morocco's Islamists and the Legislative Elections of 2002: The Strange Case of the Party That Did Not Want to Win", *Mediterranean Politics*, Vol.9, No. 1 (Spring 2004). S. 53-81

Wolf, Jürgen H. (1993): La pensée politique dans l’Islam, la légitimation du pouvoir et la démocratie moderne: le cas du Maroc. *Annuaire de l’Afrique du Nord*, T.32, 1993. S.361-381

Wurzel, Ulrich G. (2003): Meso-level Structures as Preconditions for Collective Action and Social Integration. In: Kienle, Eberhard (Hg.): *Politics from above, politics from below*. London: Saqi, 2003. S. 98-117

Youngs, Richard (2001a): *The European Union and the Promotion of Democracy*. Oxford University Press, New York, 2001

Youngs, Richard (2001b): European Union Democracy Promotion Policies: Ten years on. *European Foreign Affairs Review*, Vol.6, T.3, 2001. S. 355-372

Youngs, Richard (2002): The European Union and Democracy Promotion in the Mediterranean: A New or Distingous Strategy? *Democratization*, Vol. 9, T.1, 2002. S. 40-62

Youngs, Richard (2003): European approaches to democracy assistance: learning the right lessons? *Third World Quarterly*, Vol.24, No.1, 2003. S. 127-138

Youngs (2004): Democracy and the Multinationals. *Democratization*, Vol.11, No.1, February 2004. S.127-147

Zaoual, Hassan (1999): „The Maghreb Experience: A Challenge to the Rational Myths of Economics“. In: *Review of African Political Economy*, No 82, 1999. S. 469-478